

Deutschland und Israel heute

Verbindende Vergangenheit, trennende Gegenwart?



Deutschland und Israel heute

Verbindende Vergangenheit, trennende Gegenwart?

Autoren

Dr. Steffen Hagemann

Dr. Roby Nathanson

Mit einem Kommentar

von Prof. Dr. Dan Diner

Inhalt

Vorwort	6
Einleitung	8
Erhebungsmethode	10
1. Staat und nationale Identität	12
2. Geschichte und Holocaust	22
3. Israelisch-deutsche Beziehungen heute	32
4. Besondere Beziehungen und Verantwortung	42
5. Fazit	54
Kontinuität trotz Wandel? Einsichten in das deutsch-israelisch/jüdische Verhältnis – von Dan Diner	58
Anhang	66
Literaturverzeichnis	74
Die Autoren	75
Impressum	76

Vorwort

Liz Mohn
stellvertretende Vorsitzende
des Vorstands der
Bertelsmann Stiftung



Deutschland hat aufgrund seiner Geschichte eine besondere Verantwortung für das jüdische Volk und den Staat Israel. Seit Gründung der Bertelsmann Stiftung vor bald vierzig Jahren ist es meinem Mann und mir immer wichtig gewesen, sich für die Aussöhnung der beiden Völker zu engagieren. Bei unseren zahlreichen Besuchen in Israel haben uns die offenen und herzlichen Begegnungen mit den Menschen besonders bewegt. Viele von ihnen wurden zu guten Freunden. So konnten wir beispielsweise mit der Unterstützung von Persönlichkeiten wie Shimon Peres, Teddy Kollek oder Dov Judkowski wichtige Projekte verwirklichen wie den Aufbau eines deutsch-israelischen Young-Leaders-Austauschs, die Förderung eines Instituts zur Demokratie- und Toleranz-erziehung oder die Errichtung der ersten Journalistenschule Israels.

Deutschland und Israel haben sich in den vergangenen Jahrzehnten einander angenähert und pflegen heute intensive Beziehungen auf allen Ebenen und in den unterschiedlichsten Bereichen. Dies ist vor allem ein Verdienst der Generationen, die den Schrecken der Vergangenheit aus eigenem Erleben kannten. Sie wussten, wie wichtig es ist, sich für die Aussöhnung zu engagieren und Wege in eine gemeinsame Zukunft zu ebnen.

Doch auch viele junge Menschen in beiden Ländern haben heute ein großes Interesse aneinander und engagieren sich für eine gemeinsame Zukunft. Ein wesentliches Ziel dabei: voneinander und miteinander zu lernen. Nur so kann es uns gelingen, unsere Welt ein Stück weit gerechter und friedlicher zu machen.

Um den Dialog zwischen unseren Völkern weiter ernsthaft und in Offenheit zu führen, ist es auch von großer Bedeutung zu wissen, wo Differenzen in der Wahrnehmung bestehen und wie sich das gegenseitige Verständnis im Laufe der Zeit verändert. Israel befindet sich in einem politischen Umfeld, das der Reflexion der einzelnen Standpunkte bedarf. Gerade deshalb ist es so wichtig, den Blick für die Hoffnungen und Sorgen der Menschen nicht zu verschließen. Dazu soll die hier vorliegende Studie beitragen. Ihr liegen Ergebnisse einer aktuellen Befragung von über 2000 Menschen aus Deutschland und Israel zugrunde, die sich ganz persönlich zu ihren Einstellungen und Überzeugungen geäußert haben.

Die Erkenntnisse, die wir in dieser Untersuchung gewinnen, sollen uns dabei helfen, einander gerade auch in unserer Unterschiedlichkeit besser zu verstehen und zu respektieren. Das ist in unserer weiter zusammenwachsenden Welt entscheidend. Um Gemeinsamkeiten zu entdecken, brauchen wir darüber hinaus die persönliche Begegnung und den offenen, von echtem Interesse geprägten Dialog. Denn aus dem Kennenlernen erwächst Verstehen. Und aus dem Verständnis entstehen Vertrauen und Freundschaft.



Einleitung

Im Mai 2015 begehen Israel und Deutschland den fünfzigsten Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Seitdem haben die beiden Länder nicht nur auf politischer und wirtschaftlicher Ebene, sondern auch in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen ihre Kontakte vertieft und gemeinsame Projekte ins Leben gerufen. Dafür stehen die deutsch-israelische Wissenschafts- und Forschungszusammenarbeit, gemeinsame kulturelle Initiativen und zahlreiche Begegnungsprogramme für junge Menschen beider Länder. Zeichen der besonderen Bedeutung der bilateralen Beziehungen sind auch die jährlichen Regierungskonsultationen beider Staaten, die 2008 anlässlich des sechzigsten Jahrestages der Staatsgründung Israels aufgenommen wurden.

Resultierend aus der Verantwortung Deutschlands für den Holocaust gehören das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels und die Mitverantwortung für die Sicherheit des Landes zu den scheinbar unverrückbaren Grundpositionen deutscher Außenpolitik. Das haben deutsche Spitzenpolitiker bei zahlreichen Gelegenheiten immer wieder betont. Das Verhältnis zwischen beiden Ländern ist weit davon entfernt, als „normal“ zu gelten. Nach wie vor prägt die Vergangenheit die beiderseitigen Beziehungen und offenbart sich deren Zerbrechlichkeit. Das zeigt sich in vielen Debatten der letzten Jahre,

etwa um das Israel-Gedicht des Schriftstellers Günter Grass („Was gesagt werden muss“), und auch die jüngste Eskalation des Konflikts zwischen Israel und der Hamas im Sommer 2014 brachte tief verwurzelte Emotionen an die Oberfläche. Der Krieg im Nahen Osten löste in Deutschland einen Anstieg antisemitischer Aktivitäten bis hin zu körperlichen Angriffen auf Juden aus. Im öffentlichen Diskurs wurden im Zuge der Kritik an der israelischen Regierung wiederholt antisemitische Rollenklischees bemüht und die israelische Politik sogar mit dem Nationalsozialismus verglichen.

Es stellt sich daher die Frage, wie es um das Verhältnis zwischen Deutschen und jüdischen Israelis tatsächlich bestellt ist. Welches Bild haben die Menschen in beiden Ländern voneinander, welche Bedeutung messen sie der Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen zu und wie beurteilen sie die deutsche und die israelische Politik? Schließlich: Inwiefern haben sich diese Wahrnehmungen und Einstellungen in den letzten Jahren verändert?

Für die Zukunft der Beziehungen zwischen Deutschland und Israel haben differenzierte Einblicke in die Facetten dieser gegenseitigen Wahrnehmung eine hohe Bedeutung. Denn die Erkenntnisse, die sich daraus ergeben, können als Indikator für mögliche Krisen und Herausforderungen dienen.

Damit zeigen sie Handlungsbedarf für all diejenigen an, die für den Dialog und die Verständigung zwischen beiden Ländern arbeiten.

Die Bertelsmann Stiftung hat deswegen 2013 zum zweiten Mal nach 2007 eine demoskopische Untersuchung in Auftrag gegeben, in deren Rahmen in Israel und Deutschland jeweils rund 1000 Personen über 18 Jahre befragt wurden (in Israel der Themenstellungen wegen nur jüdische Bürger). Die Fragestellungen in den repräsentativen Studien der beiden Jahre sind nicht vollständig, aber in weiten Teilen identisch. Zur Verfügung standen zudem Daten einer Untersuchung im Auftrag des Nachrichtenmagazins DER SPIEGEL aus dem Jahr 1991, die ebenfalls eine vergleichende Analyse der Einstellungen und Befindlichkeiten von Deutschen und Israelis zum Gegenstand hatte. Für einige der Fragestellungen sind daher Vergleiche über einen längeren Zeitraum möglich.

Um zu prüfen, ob sich seit der Erhebung der Daten Anfang 2013, insbesondere durch den Gaza-Krieg im Sommer 2014, in der Meinung der deutschen Bevölkerung wesentliche Veränderungen ergeben haben, wurden sieben der Fragen im Oktober 2014 in Deutschland erneut im Rahmen einer repräsentativen Befragung erhoben. Die Ergebnisse zeigen im Kern, dass viele der Einstellungen im Wesentlichen relativ

stabil sind. Allerdings hat sich die Meinung gegenüber Israel bei den deutschen Befragten deutlich verschlechtert und auch in der Frage einer politischen Unterstützung Israels bzw. der Palästinenser zeigt sich eine steigende Frustration und Ratlosigkeit der deutschen Bevölkerung.

Für die Analyse und Bewertung der Ergebnisse sind wir vor allem den Autoren Roby Nathanson und Steffen Hagemann zu Dank verpflichtet. Darüber hinaus gilt unser Dank Dan Diner für seinen Kommentar, der die Ergebnisse einer kritischen Betrachtung unterzieht und wesentlich einzuordnen hilft. Außerdem danken wir Roland Imhoff und Stephan Stetter, die uns bei der Entwicklung des Fragebogens und der Auswertung unterstützt haben, und TNS Emnid in Deutschland sowie TNS Teleseker in Israel für die Durchführung der Meinungsumfrage.

Stephan Vopel
Director
Programm Lebendige Werte

Erhebungsmethode

Die Daten dieser Untersuchung wurden in einer telefonischen Befragung erhoben (Computer Assisted Telephone Interviewing). Folgende Parameter lagen dabei zugrunde:

Land	Grundgesamtheit	Stichprobenumfang	Durchführungszeitraum
Deutschland	18+	1,000	07.–19.01.2013
Israel (Juden)	18+	1,001	07.–10.01.2013

In Israel und Deutschland hat das Befragungsinstitut TNS Teleseker sowohl 1991 als auch 2007 ähnliche Erhebungen durchgeführt. Einige Fragen aus diesen Erhebungen wurden hier zu Vergleichszwecken aufgegriffen, andere wurden neu hinzugefügt. Die Datenerhebung für Deutschland hat TNS Emnid vorgenommen. Dieser Befragung ging eine Pilotstudie voraus, die dazu diente, den angemessenen Anteil von Festnetz- und Mobilanschlüssen zu ermitteln. Auf dieser Basis ließen sich Stichproben von Festnetz- und Mobiltelefonbenutzern mithilfe der Dual-Frame-Methode erstellen.

Die mittlere Fehlertoleranz der Anteilswerte beträgt ± 3 Prozentpunkte (bei einer Sicherheitswahrscheinlichkeit von 90 Prozent, eine Stichprobengröße von $n = 1000$ zugrunde gelegt).

Bei den Daten für Israel ist zu beachten, dass arabische Staatsbürger nicht befragt wurden. Die Befragung wurde auf die jüdische Bevölkerung beschränkt, da die Ergebnisse hinsichtlich der Beziehungen zwischen den beiden Ländern in direktem Zusammenhang mit der ethnischen Zugehörigkeit der Befragten stehen.

1. Staat und nationale Identität

Die Erinnerung an den Holocaust prägt nach wie vor die politische Kultur der deutschen wie der israelischen Gesellschaft. Da die nationalen Identitätsdiskurse nicht umhin kommen, sich – in welcher Form auch immer – mit der Judenverfolgung der Nazizeit auseinanderzusetzen, prägt die Geschichte weiterhin das Selbstverständnis und die kollektiven Identitätsvorstellungen beider Völker und bildet in ihren Beziehungen zueinander einen negativen Bezugspunkt. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erlebte die deutsche Gesellschaft einen Identitätsbruch, da mit Blick auf den Holocaust eine uneingeschränkt positive Identifikation mit der Nation nicht mehr möglich war. Der zuvor stark ausgeprägte Nationalismus wurde zudem durch das Bewusstsein der vollständigen Niederlage und die kollektive Katastrophe des Krieges untergraben. Im ersten Nachkriegsjahrzehnt bewältigte die Bevölkerung diese Identitätskrise, indem die Erinnerungen an den Holocaust nicht beachtet oder unterdrückt wurden; erst später gewann das Gedenken an die Judenverfolgung im kollektiven Gedächtnis der Deutschen an Bedeutung. Seither sind der kritische Vorbehalt gegenüber jedem Versuch einer Festlegung deutscher Wesensmerkmale und das Bekenntnis zu universellen Werten und Normen zu bestimmenden Faktoren für die Neubestimmung der deutschen Identität geworden. Gleichzeitig bleibt jedoch die Tradition eines ethnisch geprägten Nationalismus

nach wie vor in der deutschen politischen Kultur verwurzelt.

„Die Erinnerung an den Holocaust prägt nach wie vor die politische Kultur der deutschen wie der israelischen Gesellschaft.“

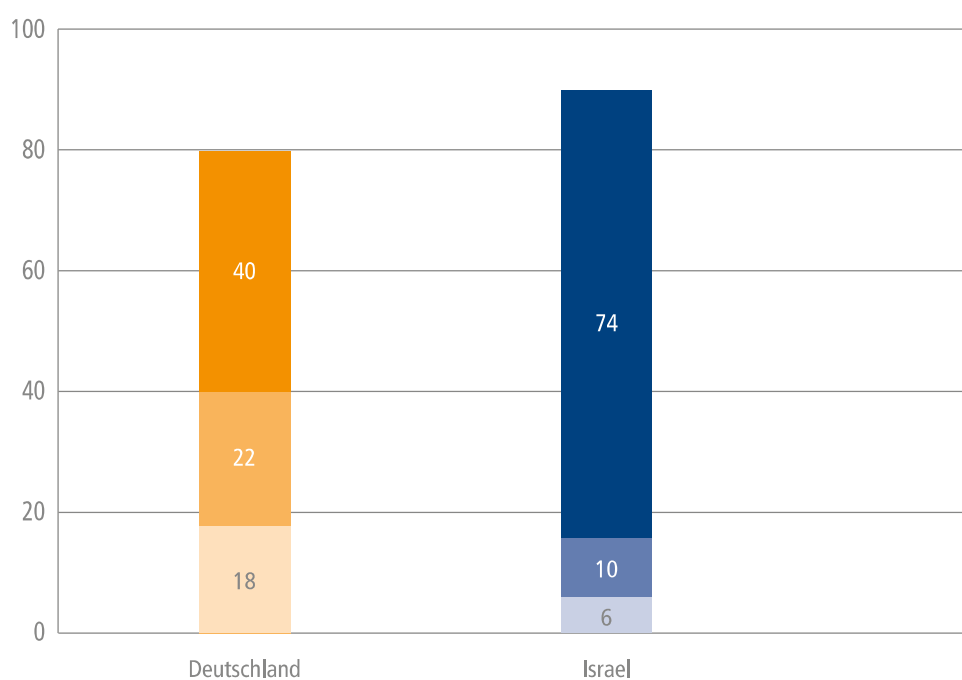
In Israel bildete der Holocaust ein wichtiges Rechtfertigungsnarrativ für die Staatsgründung, stellte er nach Auffassung der zionistischen Führung doch den endgültigen Beweis für die Notwendigkeit eines jüdischen Staates dar. Dieses Selbstverständnis prägt noch heute die nationale Identität Israels. Außerdem ist das Rechtfertigungsnarrativ von ungebrochener Relevanz im öffentlichen Diskurs Israels, da das nach wie vor unvollendete Projekt der Staatsbildung sowohl von innen als auch von außen immer wieder angefochten wird. In diesem Kapitel betrachten wir die Auswirkungen der unterschiedlichen politischen Kulturen Deutschlands und Israels auf die nationale Identifikation und die kollektive Identitätsbildung.

Nation und Identität

Insgesamt 80 Prozent der Deutschen stimmen der Aussage zu, dass ihre nationale



Abbildung 1: Identifikation mit der eigenen Nation (Angaben in %)



Skalenwert 1 („trifft völlig zu“) ↔ 6 („trifft überhaupt nicht zu“).
Abgebildet sind die Skalenwerte 1, 2 und 3.

■ Skalenwert 1 (trifft völlig zu) ■ Skalenwert 2 ■ Skalenwert 3

Zustimmung zur Aussage: „Deutsch/Israelisch zu sein ist ein wichtiger Teil meiner Identität.“

Quelle: TNS Emnid 2013

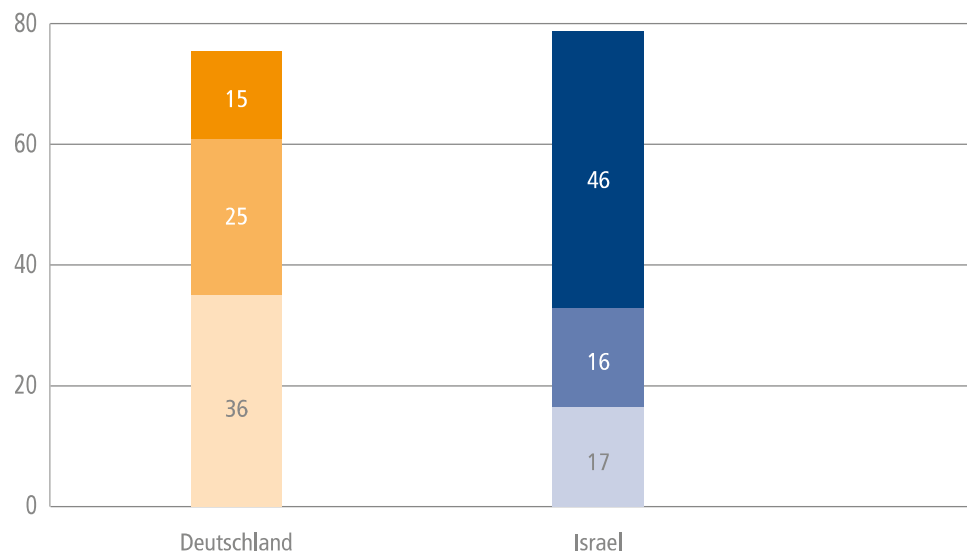
| BertelsmannStiftung

Zugehörigkeit ein wichtiger Teil ihrer Identität sei, wobei dies aber für weniger als die Hälfte (40%) „völlig“ zutrifft. Bei den israelischen Befragten hält eine Mehrheit von 90 Prozent ihre israelische Identität für wichtig,

wobei sogar 74 Prozent ihr nationales Zugehörigkeitsgefühl als stark beschreiben.

Ähnliche Ergebnisse zeigen sich bei der Frage nach der moralischen Überlegenheit der

**Abbildung 2: Moralische Überlegenheit der eigenen Nationen
(Angaben in %)**



Skalenwert 1 („trifft völlig zu“) ————— 6 („trifft überhaupt nicht zu“).
Abgebildet sind die Skalenwerte 1, 2 und 3.

■ Skalenwert 1 (trifft völlig zu) ■ Skalenwert 2 ■ Skalenwert 3

Zustimmung zur Aussage: „Verglichen mit anderen Nationen ist Deutschland/Israel eine sehr moralische Nation.“

Quelle: TNS Emnid 2013

| BertelsmannStiftung

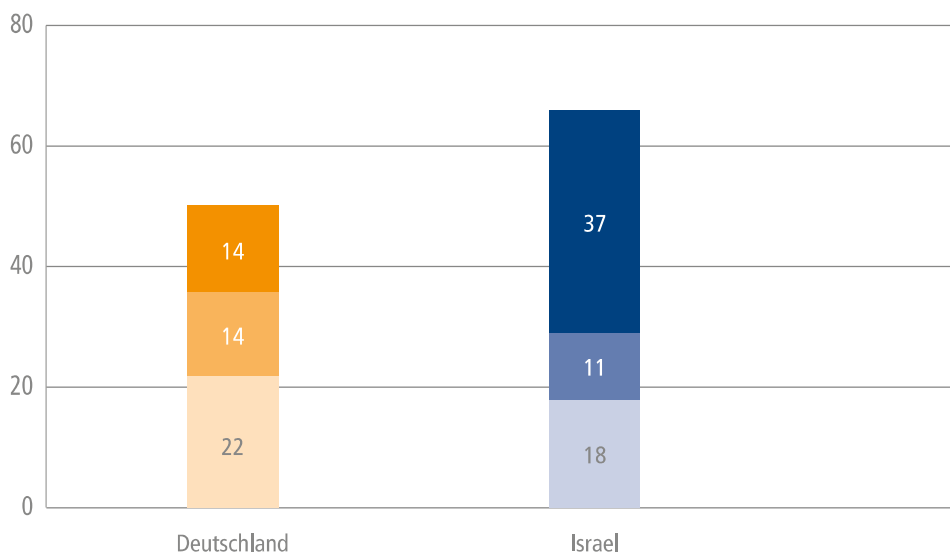
eigenen Nation. 40 Prozent der deutschen, aber 62 Prozent der israelischen Befragten stimmen der Aussage „völlig“ oder „ziemlich“ zu, dass ihr eigenes Land „im Vergleich mit anderen Nationen eine sehr moralische Nation“ ist (Abb. 2). Insgesamt erreicht in Israel die Aussage „Verglichen mit anderen Nationen ist Israel eine sehr moralische Nation“ einen Zustimmungsgrad von fast 80 Prozent, wobei fast die Hälfte der Befragten „völlig“ zustimmt. Damit ist der Anteil derer, die „völlige“ Zustimmung signalisieren, dreimal so hoch wie in Deutschland. Zwar stimmen in beiden Ländern etwa gleich viele Befragte der Aussage grundsätzlich zu, jedoch schätzen die Deutschen ihr Land in moralischer Hinsicht wesentlich differenzierter ein. Die Tatsache, dass trotz des Holocausts immerhin 76 Prozent der Deutschen die mehr oder minder starke Überzeugung hegen, dass ihr Land im Vergleich zu anderen Staaten „sehr moralisch“ sei, könnte im Zusammenhang

mit der Vergangenheitsbewältigung stehen: Deutschland hat nach diesem Verständnis die Geschichte des Holocausts aufgearbeitet und ist so zu einem Selbstverständnis als „reife Nation“ gelangt, die aus der Vergangenheit die notwendigen Lehren gezogen hat.

Diese Daten weisen auf eine für das heutige Deutschland typische Dichotomie der Gefühle hin: Zwar wird die nationale und kulturelle Identität als wichtig empfunden, jedoch galt eine öffentliche Zurschaustellung von Nationalstolz seit dem Zweiten Weltkrieg lange Zeit als unpassend oder sogar gefährlich, da hierdurch auch ein „falscher“ Nationalismus gefördert werden könnte. Das nationale Zugehörigkeitsgefühl der Deutschen ist dennoch stark ausgeprägt, jedoch differenzierter als das der Israelis.

So stimmen 14 Prozent der Deutschen „völlig“ und insgesamt die Hälfte mehr oder minder

Abbildung 3: Bewertung von Kritik an der eigenen Nation (Angaben in %)



Skalenwert 1 („trifft völlig zu“) ↔ 6 („trifft überhaupt nicht zu“).
Abgebildet sind die Skalenwerte 1, 2 und 3.

Skalenwert 1 (trifft völlig zu) Skalenwert 2 Skalenwert 3

Zustimmung zur Aussage: „Es ist illoyal, wenn Deutsche Deutschland kritisieren/Israelis Israel kritisieren.“

Quelle: TNS Emnid 2013

BertelsmannStiftung

stark der Aussage zu: „Es ist illoyal, wenn Deutsche Deutschland kritisieren“. In Israel hingegen signalisiert etwa ein Drittel keine Zustimmung. Demgegenüber halten zwei Drittel der Israelis Kritik an Israel für illoyal. Auf diese Thematik gehen wir im Folgenden näher ein.

Wie wir bereits gesehen haben, ist bei den befragten israelischen Juden der Nationalstolz stark ausgeprägt. Dies war auch in der Vergangenheit der Fall: In den späten 1990er Jahren und bis zur Mitte der 2000er Jahre gaben etwa 90 Prozent der befragten israelischen Juden an, dass sie stolz darauf seien, Israeli zu sein (Arian, Barnea und Ben-Nun 2004). Das Level dieses Stolzes sank 2004 um einige Prozent, ist aber seither wieder auf den alten Wert angestiegen (Israeli Democracy Index Surveys, 2003–2012). Zur Erklärung des starken Patriotismus, der zurzeit das israelische Selbstverständnis prägt, lässt sich auf die wachsende internationale Kritik

an der israelischen Politik und die Tatsache verweisen, dass dies in Israel zunehmend wahrgenommen wird. Daraus mag wenigstens teilweise eine defensive Haltung oder sogar die Sorge resultieren, dass die Legitimität Israels zur Debatte stehen könnte. Das erhöht eventuell sogar die Bereitschaft der Befragten, kritisches Nachdenken über ihr Land hintanzustellen, um den Staat zu verteidigen. Festzuhalten gilt es jedenfalls, dass sich die starke emotionale Verbundenheit der israelischen Befragten mit ihrem Land deutlich von der sehr viel zurückhaltenderen nationalen Identifikation der Deutschen abhebt.

„Die starke emotionale Verbundenheit der israelischen Befragten mit ihrem Land hebt sich deutlich von der sehr viel zurückhaltenderen nationalen Identifikation der Deutschen ab.“

Wie bereits erwähnt stimmen zwei Drittel der israelischen Befragten der Aussage „Es ist illoyal, wenn Israelis Israel kritisieren“ zu. Das war in der Vergangenheit anders; es gab Zeiten, in denen eindeutig zwischen zulässiger Kritik und staatsfeindlichen Aktivitäten differenziert wurde: Ab dem Beginn des ersten Libanonkrieges 1982 hatten Israelis, die der Politik ihres Landes kritisch gegenüberstanden, keinen Vorwurf der Illoyalität zu befürchten. Das änderte sich Mitte der 1990er Jahre, als das Land auf eine Welle von Terroranschlägen scharf reagierte und Kritik von links als Sympathie mit dem Feind – und somit grundsätzlich als staatsfeindlich – eingeordnet wurde.

In Israel sind mehr als doppelt so viele Befragte wie in Deutschland „völlig“ überzeugt, dass Kritik am eigenen Land illoyal ist, und die Gesamtzahl derer, die dieser Aussage zustimmen, ist exakt doppelt so hoch wie die Zahl jener, die sie ablehnen. Der Grund dafür liegt vermutlich darin, dass es in Deutschland unstrittiger ist, was es heißt, Staatsbürger und Deutscher zu sein. Das trägt zu einer weniger defensiven Haltung in der Gesellschaft bei, da die nationale Identität durch Kritik nicht gefährdet zu sein scheint.

„Die nationale Identität scheint in Deutschland durch Kritik nicht gefährdet zu sein.“

In Israel, wo eine eindeutige Definition der Zugehörigkeit bzw. Nichtzugehörigkeit zum Gemeinwesen noch aussteht, ist dies noch nicht der Fall.

Diese Gefühle sind von demographischen Faktoren unabhängig, allerdings mit der Ausnahme, dass Nichtreligiöse weniger dazu neigen, Kritik als illoyal zu werten. Nur knapp mehr als die Hälfte (58 %) der nicht religiösen Israelis, aber drei Viertel der religiösen Befragten halten Kritik am Staat für illoyal. Ähnlich stark (70 %) wird diese

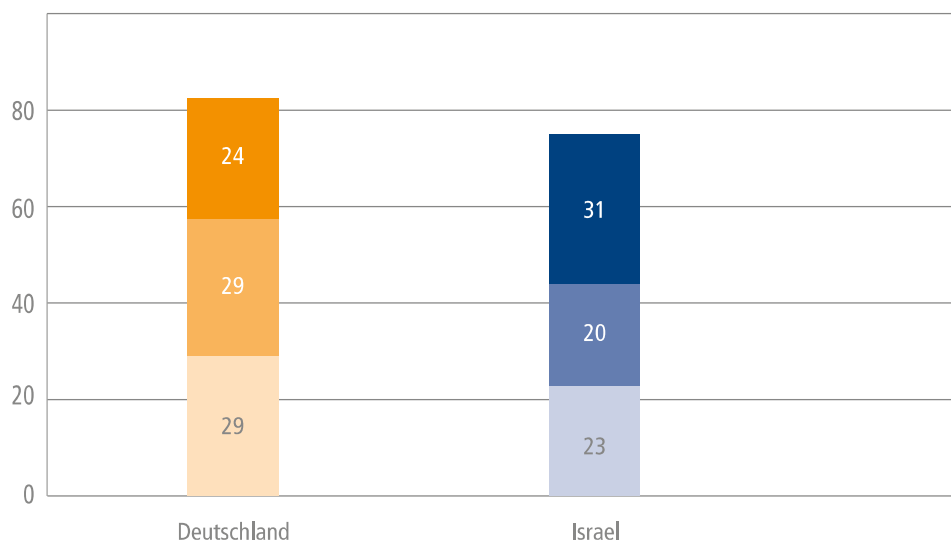
Ansicht von jenen Befragten vertreten, die sich selbst als traditionell beschreiben.

Zusammengehörigkeit, Lektionen aus der Vergangenheit und der Andere

Zwar glaubt eine Mehrheit der Israelis, dass ihre Gesellschaft bestimmte Haltungen, Traditionen und Werte teilt, jedoch ist der Anteil derer, die so denken, in Israel immer noch kleiner als in Deutschland (74 % verglichen mit 82 %, siehe Abb. 4). Zudem stimmt fast die Hälfte der Aussage nur mit Vorbehalt zu. Angesichts der Klassenunterschiede und der tiefen Spaltung der israelischen Gesellschaft zwischen Juden und Arabern, religiösen und nicht religiösen, eingewanderten und alteingesessenen Einwohnern ist es kaum verwunderlich, dass die Überzeugung von der Existenz einer alle einbeziehenden kollektiven Identität bei den Israelis geringer ausgeprägt ist. Tatsächlich haben Zweifel darüber, ob die israelische Gesellschaft überhaupt in der Lage ist, sich dauerhaft auf gemeinsame Werte zu einigen, die israelische Politik bereits seit der Staatsgründung begleitet. Zwar wurden in dem neu gegründeten Staat die ersten Wahlen zum Zweck der Bildung einer verfassungsgebenden Versammlung abgehalten. Diese scheiterte aber an ihrem Auftrag. Aus der Versammlung ging zwar die erste Knesset (Parlament) hervor, jedoch ist Israel bis heute ein Staat ohne schriftlich fixierte Verfassung – ein Gradmesser für die Schwierigkeit des Landes, die unterschiedlichen Strömungen in der Gesellschaft zusammenzubringen.

In Deutschland hingegen scheint der Gesellschaftsvertrag tragfähiger zu sein. Der deutschen Gesellschaft liegt – trotz zahlreicher historischer Herausforderungen und Umbrüche – eine recht klare Vorstellung von einem vereinten Volk mit gemeinsamer kultureller Identität zugrunde. Das deutsche Volk war eindeutiger definiert und sowohl geographisch als auch kulturell weniger zerstreut und verfügte somit über eine ausreichend große gemeinsame Erfahrungsbasis,

Abbildung 4: Nationale Kollektivität (Angaben in %)



Skalenwert 1 („trifft völlig zu“) ↔ 6 („trifft überhaupt nicht zu“).
Abgebildet sind die Skalenwerte 1, 2 und 3.

■ ■ Skalenwert 1 (trifft völlig zu) ■ ■ Skalenwert 2 ■ ■ Skalenwert 3

Zustimmung zu der Aussage: „Die Deutschen/Israelis wird man immer anhand bestimmter Traditionen und Überzeugungen beschreiben können.“

Quelle: TNS Emnid 2013

BertelsmannStiftung

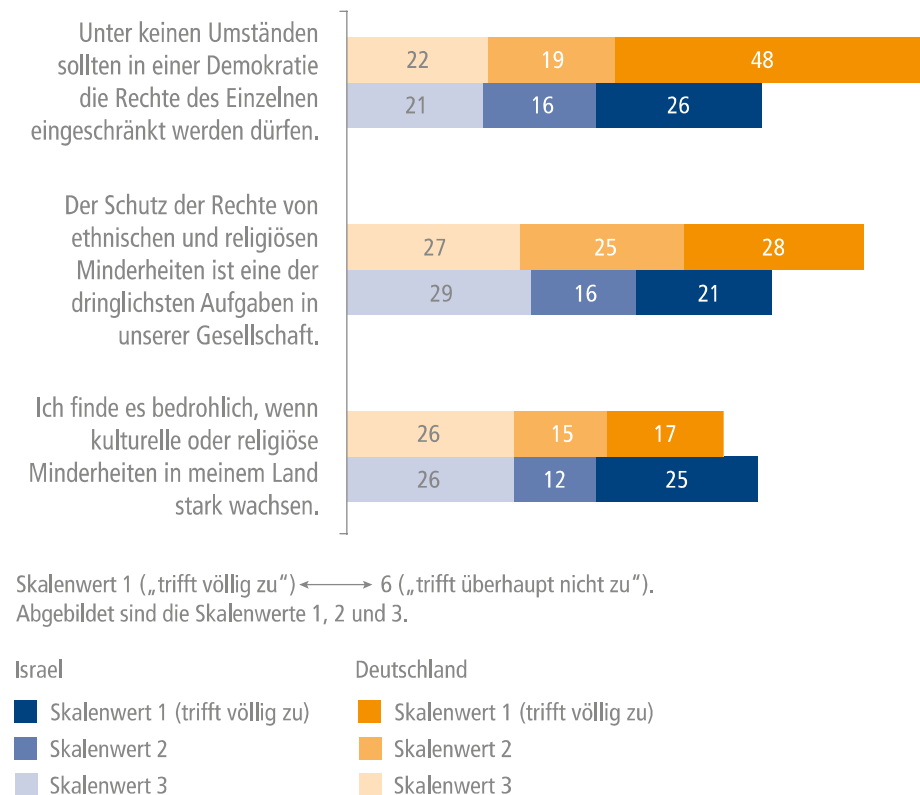
um ein Gefühl der Zusammengehörigkeit auszubilden. In der Nachkriegszeit arbeitete man in Deutschland zudem mit aller Kraft an der Entwicklung gemeinsamer sozialer Normen und Werte mit dem ausdrücklichen Anspruch, mit der Vergangenheit zu brechen. Dies ist mit ein Grund für die Stärke der gesellschaftlichen Solidarität in diesem Land.

„Deutschlands ausdrücklicher Anspruch, nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Vergangenheit zu brechen, ist ein Grund für die Stärke der gesellschaftlichen Solidarität.“

Gleichzeitig aber glauben 58 Prozent der Deutschen, dass eine starke Zunahme kultureller oder religiöser Minderheiten im Land in gewissem Grad eine Bedrohung darstellt,

wie wir noch sehen werden. Das positive Selbstbild der Deutschen scheint angesichts der steigenden ethnischen, kulturellen und religiösen Vielfalt in Deutschland zunehmend unter Druck zu geraten. Im Diskurs um die Neudefinition deutscher Identität – wie etwa in der Leitkulturdebatte – wird den Muslimen zunehmend die Rolle des Anderen zugewiesen: Umfragedaten belegen, dass die Deutschen eine eher negative Einstellung gegenüber Menschen islamischen Glaubens haben, nur etwa ein Drittel spricht von „positiven Gefühlen“ (Pollack u. a. 2010). In öffentlichen Debatten definieren Vertreter eines Kulturnationalismus die deutsche Nation in einer Weise, die muslimische Einwanderer ausschließt. Zwar stellen Anhänger eines liberaleren und inklusiven Ansatzes, der die deutsche nationale Identität mit Werten wie Gleichheit, Toleranz und Minderheitenschutz verbindet, den muslimischen Migranten die Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft in Aussicht. Aber sogar dieses

Abbildung 5: Lehren aus der Geschichte – Einstellungen und Werte (Angaben in %)



Zustimmung zu den genannten Aussagen.

Quelle: TNS Emnid 2013

BertelsmannStiftung

liberale Verständnis von Nation setzt voraus, dass Migranten sich bis zu einem gewissen Grad kulturell anpassen. So ist etwa Lehrerinnen an öffentlichen Schulen in einigen deutschen Bundesländern das Tragen des muslimischen Kopftuchs verboten und der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft wird an das Bestehen eines Einbürgerungstests gebunden.

„Umfragen in Israel haben wiederholt bestätigt, dass die Kluft zwischen Juden und Arabern als tiefste Spaltung in der israelischen Gesellschaft wahrgenommen wird.“

Im israelischen Kontext sind es primär die Araber, mit denen die Juden den Begriff des Anderen verbinden. Umfragen in Israel haben wiederholt bestätigt, dass die Kluft zwischen Juden und Arabern als tiefste Spaltung in der israelischen Gesellschaft wahrgenommen wird, und diese Ansicht ist seit dem vergangenen Jahrzehnt eher noch häufiger anzutreffen als zuvor. So sah laut einer Studie die jüngere Generation 1998 noch die Spaltung zwischen religiösen und nicht religiösen Israelis als tiefste im Land an. Aus zwei Tracking-Umfragen seit 2004 geht jedoch die Kluft zwischen Juden und Arabern als wichtigste soziale Spaltung hervor (Hexel und Nathanson 2010). Bemerkenswert in Bezug auf die Wahrnehmung des Anderen in Israel ist, dass sich die arabische Gemeinschaft auch aus der Perspektive der Juden als vielfältig darstellt. So leisten Drusen und

einige Beduinen sogar Militärdienst in der israelischen Armee, werden aber dennoch meist gemeinsam als Fremde wahrgenommen. Die Umfrageergebnisse deuten somit darauf hin, dass das Bild, das sich die jüdischen Israelis von den Arabern machen, wahrscheinlich überwiegend von eindimensionalen, negativen Stereotypen geprägt ist. Da die arabischen Mitbürger ganz offenbar mit den als feindlich angesehenen Palästinensern assoziiert werden, haben israelische Befragte auch eine geringere Bereitschaft als die Deutschen, den Schutz der Rechte für „ethnische und religiöse Minderheiten“ (unter denen die meisten Israelis vorwiegend arabische Gruppen verstehen) als dringlich anzuerkennen. Zwar sind zwei Drittel der Befragten dazu bereit, dieser Wert ist jedoch deutlich niedriger als in Deutschland (80 %, siehe Abb. 5).

Diese Unterschiede zwischen Deutschland und Israel lassen sich durch die Folgen des Zweiten Weltkrieges sowie die historischen und politischen Kontexte beider Länder erklären. In Deutschland gilt der Holocaust als Ereignis, das die deutsche Identität negativ mitbestimmt. Die nationale Identität durchlief einen mit harten Kämpfen, Ambivalenzen und Widersprüchen verbundenen Transformationsprozess, der dazu führte, dass die alten Traditionen und kollektivistischen Ideologien durch universalistische Werte und Normen ersetzt wurden. Unsere Umfrage bestätigt, dass dieser Universalismus als Lektion aus dem Zweiten Weltkrieg und dem Holocaust zu einem bestimmenden Faktor deutscher Identität geworden ist. 89 Prozent der Deutschen treten für den absoluten Vorrang der Rechte des Einzelnen ein, die unter keinen Umständen eingeschränkt werden dürfen, und 80 Prozent halten den gesetzlichen Schutz ethnischer und religiöser Minderheiten für eine der dringlichsten Aufgaben unserer Gesellschaft. Nun können sowohl die Rechte des Einzelnen als auch der Minderheitenschutz als gemeinsame Werte bezeichnet werden. Jedoch wird diese liberale Gesinnung in Deutschland, anders als in Israel,

kaum auf die Probe gestellt. Deutschland befindet sich inmitten Europas in einer geographisch sicheren Lage und verfügt über eine homogenere Bevölkerungsstruktur als Israel, wo eine nationale Minderheit mehr als ein Fünftel der Gesamtbevölkerung stellt. Dass jedoch 58 Prozent der Befragten in Deutschland die Zunahme ethnischer und religiöser Minderheiten als bedrohlich ansehen, ist ein Warnsignal dafür, dass die Geltung liberaler Werte in Krisenzeiten nicht als gegeben vorausgesetzt werden kann.

„Die liberale Gesinnung
wird in Deutschland,
anders als in Israel, kaum auf
die Probe gestellt.“

Zwar bekennen sich auch die Israelis zu demokratischen Werten, jedoch auf differenziertere Weise, was Ausdruck ihrer ganz anderen Nachkriegserfahrungen und der unlösbaren Konflikte im Land ist. Die Zahl der Israelis, die sich dazu bekennen, dass die Freiheit des Einzelnen nicht beschränkt werden sollte, ist fast doppelt so hoch wie die Zahl derer, die das ablehnen. Allerdings ist die Zustimmung unter den Israelis wesentlich niedriger als unter den Deutschen, die ein viel stärkeres Bekenntnis zur Freiheit des Einzelnen erkennen lassen. Aus den Antworten auf diese Frage geht hervor, dass sich die Israelis als Volk verstehen, das demokratische Werte anerkennt. Allerdings spricht sich mehr als ein Drittel offen dafür aus, dass unter bestimmten Umständen die individuellen Freiheitsrechte auch eingeschränkt werden dürfen. Dieses Außerkraftsetzen der Rechte des Einzelnen halten viele Israelis angesichts der ständigen Bedrohungen für die Sicherheit – und ihrer Auffassung nach sogar die Existenz – des Landes für gerechtfertigt. In dieser Hinsicht unterscheidet sich Israel sehr stark von Deutschland, das eine solche Bedrohung von Sicherheit und Existenz nicht kennt. In Israel ist die Anzahl derer, die dem

Primat der Rechte des Einzelnen „völlig“ zustimmen, weit geringer als in Deutschland (26 % respektive 48 %). Darüber hinaus sind nicht alle gesellschaftlichen Gruppierungen im gleichen Maße von der überragenden Wichtigkeit der Individualrechte überzeugt. Etwas mehr als die Hälfte der religiösen (54 %), aber zwei Drittel der nicht religiösen Befragten stimmen dieser Aussage zu. Unter den weniger Gebildeten liegen Zustimmung und Ablehnung auf etwa gleichem Niveau.

„Deutschland befindet sich
in keinem vergleich-
baren Zustand der
existenziellen Unsicherheit.“

Die vorliegenden Daten belegen die sehr unterschiedlichen Erfahrungswelten Deutschlands und Israels in der heutigen Zeit. Dadurch werden auch die Einstellungen der Bevölkerungen zur nationalen Identität und zu demokratischen Werten unterschiedlich geprägt. Israel befindet sich in einer Lage der permanenten Bedrohung auf militärischer wie politischer Ebene. Deutschland befindet sich – ungeachtet aller Schwierigkeiten der Identitätsbildung einschließlich der Fragen von Minderheitenrechten und sozialer Inklusion – in keinem vergleichbaren Zustand der existenziellen Unsicherheit (dies gilt insbesondere für die Zeit nach dem Mauerfall). In Israel hingegen steht die ständig präsente Bedrohung des Staates dem vorbehaltlosen Bekenntnis zu liberaldemokratischen Werten im Weg, obwohl eine Mehrheit der Bevölkerung ein solches vorbehaltloses Bekenntnis bevorzugen würde.

2. Geschichte und Holocaust

Vergangenheitsbezüge prägen die Konstruktion und Legitimierung nationaler Identitäten. Gleichwohl ist die Interpretation der Vergangenheit immer beeinflusst durch die Bedürfnisse der Gegenwart und die sich wandelnden politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. In diesem Sinne sind der Holocaust und der Nationalsozialismus von anhaltend hoher Relevanz und wirken sich auch weiterhin – in einem dynamischen und kontroversen Wechselspiel – auf das nationale Selbst- und Geschichtsverständnis und die Wahrnehmung des Anderen aus.

„Beide Gesellschaften besitzen ihr eigenes Verständnis und ihre eigene Sicht auf die heutige Bedeutung der Geschichte.“

In diesem Kapitel widmen wir uns der Art und Weise, wie sich Deutsche und Israelis mit dem Holocaust auf emotionaler und kognitiver Ebene auseinandersetzen. Beide Gesellschaften besitzen jeweils ihr eigenes Verständnis und ihre eigene Sicht auf die heutige Bedeutung der Geschichte im Allgemeinen und des Holocausts im Besonderen.

Bleibende Relevanz des Holocausts oder Forderung nach Schlussstrich?

Nach 1945 war in Deutschland die Propagierung einer uneingeschränkt positiven nationalen Identität politisch nicht mehr möglich, da der Holocaust bei jedem Zugriff auf kollektive Erzählungen und Identifikationen als negativer Bezugspunkt präsent war. Fast 70 Jahre später und nach vollzogenem Generationenwechsel schwinden die Geschehnisse des Krieges jedoch langsam aus dem öffentlichen Gedächtnis und es besteht kein Zweifel, dass viele Deutsche nun die Vergangenheit hinter sich lassen möchten. Eine große Mehrheit von 77 Prozent der Befragten stimmt in einem allgemeinen Sinne der Aussage zu, „man sollte die Geschichte ruhen lassen und sich gegenwärtigen oder zukünftigen Problemen widmen“ (siehe Abb. 6).

Die Zustimmung zu dieser Aussage in Bezug auf die Judenverfolgung ist sogar noch etwas höher (siehe Abb. 7): Insgesamt 81 Prozent der deutschen Befragten möchten in dieser Hinsicht die Geschichte des Holocausts hinter sich lassen, wobei der Anteil derjenigen, die diesem Anliegen „völlig“ zustimmen, bei 37 Prozent liegt. Diese Gruppe ist zwar kleiner als die Gesamtheit derjenigen, die weniger stark zustimmen. Dennoch bleibt festzuhalten, dass eine Mehrheit der Deutschen es ausdrücklich befürwortet, einen Schluss-

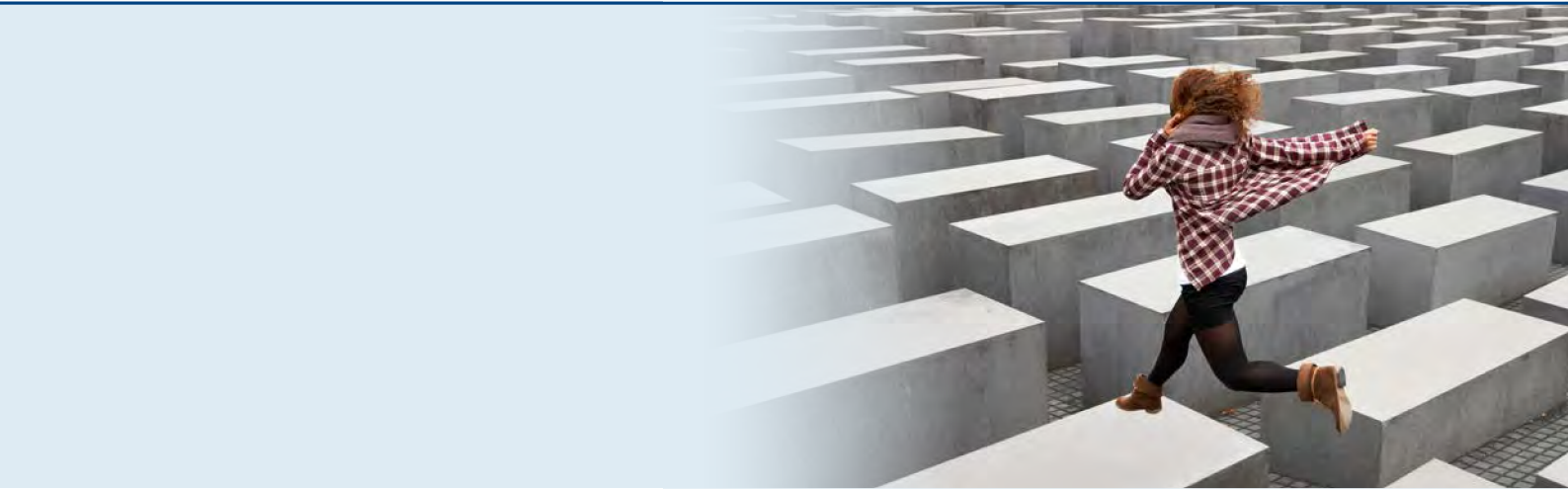
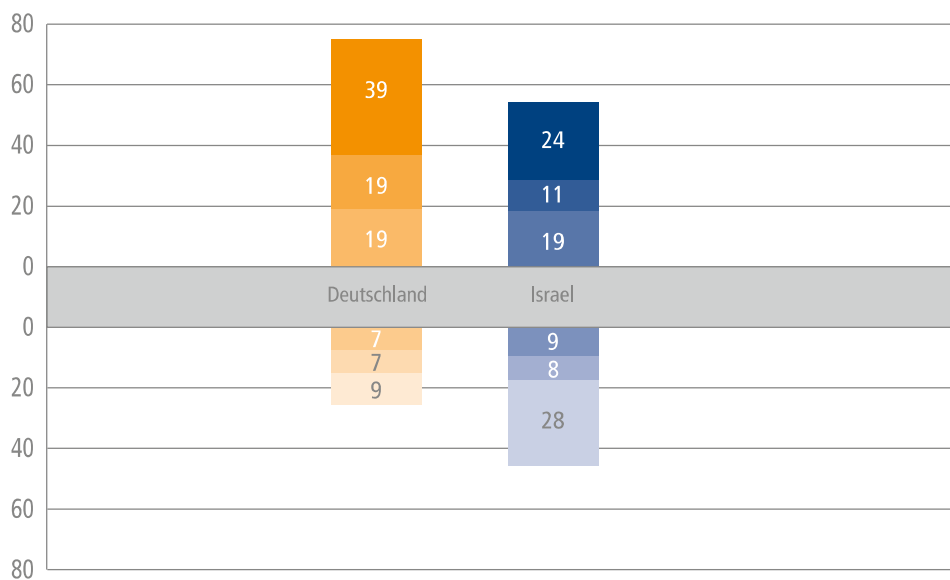


Abbildung 6: Die Geschichte ruhen lassen (Angaben in %)



Skalenwert 1 („trifft völlig zu“) ← → 6 („trifft überhaupt nicht zu“).

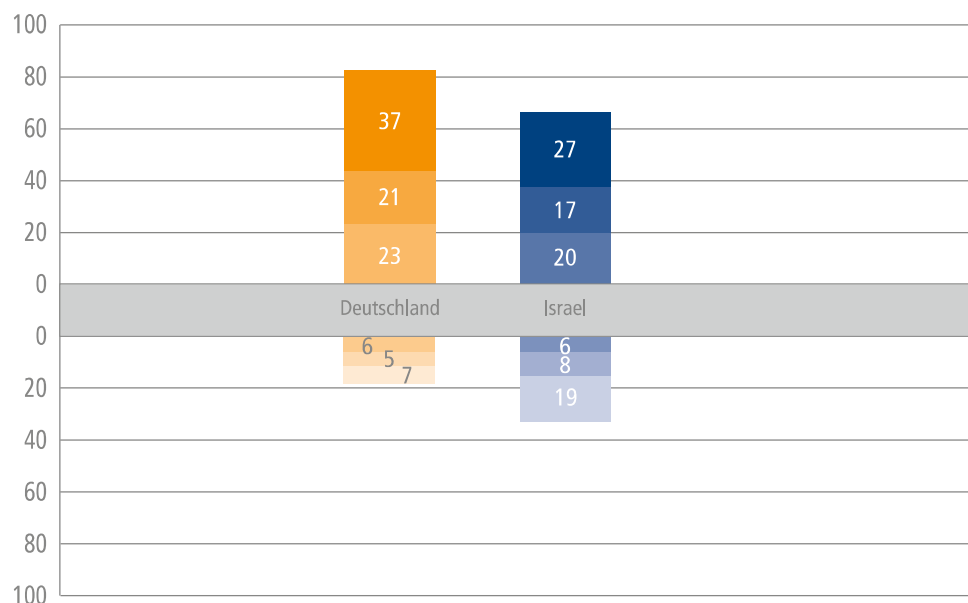
■ ■ Skalenwert 1 (trifft völlig zu)
 ■ ■ Skalenwert 2
 ■ ■ Skalenwert 3
■ ■ Skalenwert 4
 ■ ■ Skalenwert 5
 ■ ■ Skalenwert 6

Zustimmung zu der Aussage: „Ich denke, man sollte die Geschichte ruhen lassen und sich gegenwärtigen oder zukünftigen Problemen widmen.“

Quelle: TNS Emnid 2013

| BertelsmannStiftung

Abbildung 7: Konzentration auf gegenwärtige Probleme (Angaben in %)



Skalenwert 1 („trifft völlig zu“) ← → 6 („trifft überhaupt nicht zu“).

Abgebildet sind die Skalenwerte 1, 2 und 3 als Zustimmung und 4, 5 und 6 als Nichtübereinstimmung.

■ Skalenwert 1 (trifft völlig zu) ■ Skalenwert 2 ■ Skalenwert 3
 ■ Skalenwert 4 ■ Skalenwert 5 ■ Skalenwert 6

Zustimmung zu der Aussage: „Wir sollten uns lieber gegenwärtigen Problemen widmen als den Verbrechen an den Juden, die mehr als 60 Jahre zurückliegen.“ An 100 % fehlend: „weiß nicht, keine Angabe“.

Quelle: TNS Emnid 2013

BertelsmannStiftung

strich zu ziehen und nicht mehr so oft über die Judenverfolgung zu sprechen (Abb. 8).

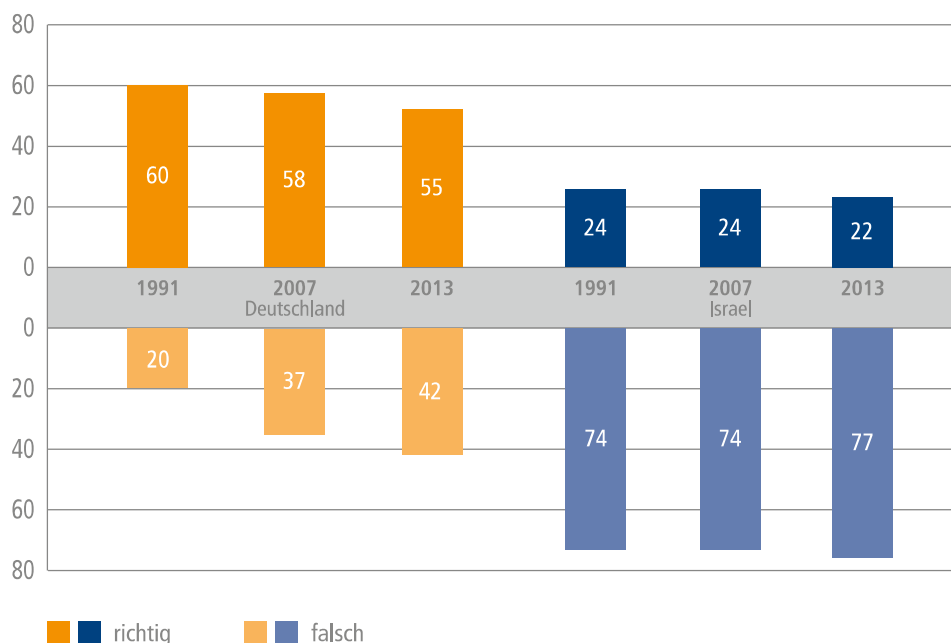
„In Deutschland gilt die Judenverfolgung zwar als dunkles Kapitel in der eigenen Geschichte, aber nicht als wesentlicher Teil der nationalen Identität.“

In Deutschland gilt die Judenverfolgung zwar als dunkles Kapitel in der eigenen Geschichte, aber nicht als wesentlicher Teil der nationalen Identität – im Gegenteil: Die

Deutschen würden lieber von einer Anomalie sprechen. Zwar will niemand die Geschichte leugnen, dennoch ist in der deutschen Öffentlichkeit ein klares Bekenntnis zur Entwicklung einer positiven Identität festzustellen, die nicht auf diesem dunklen Kapitel der Geschichte, sondern auf anderen Aspekten der eigenen Kultur fußt.

Tatsächlich bekundet mehr als die Hälfte (55%) der Befragten Zustimmung zu der Aussage: „Heute, beinahe 70 Jahre nach Kriegsende, sollten wir nicht mehr so viel über die Judenverfolgung reden, sondern endlich einen Schlussstrich unter die Vergangenheit ziehen“ (siehe Abb. 8). Allerdings ist in den letzten zwei Jahrzehnten die Anzahl derer, die dieser Aussage nicht zustimmen,

Abbildung 8: Schlusstrich unter die Vergangenheit ziehen
(Angaben in %)



Antwort auf die Frage: „Heute, beinahe 70 Jahre nach Kriegsende, sollten wir nicht mehr so viel über die Judenverfolgung reden, sondern endlich einen Schlusstrich unter die Vergangenheit ziehen. Halten Sie diese Aussage für richtig oder falsch?“;
an 100 % fehlend: „weiß nicht, keine Angabe“.

Quelle: TNS Emnid 1991, 2007, 2013

BertelsmannStiftung

„Viele Deutsche ärgern sich darüber,
dass sie noch immer für die Verbrechen Deutschlands
an den Juden verantwortlich gemacht werden.“

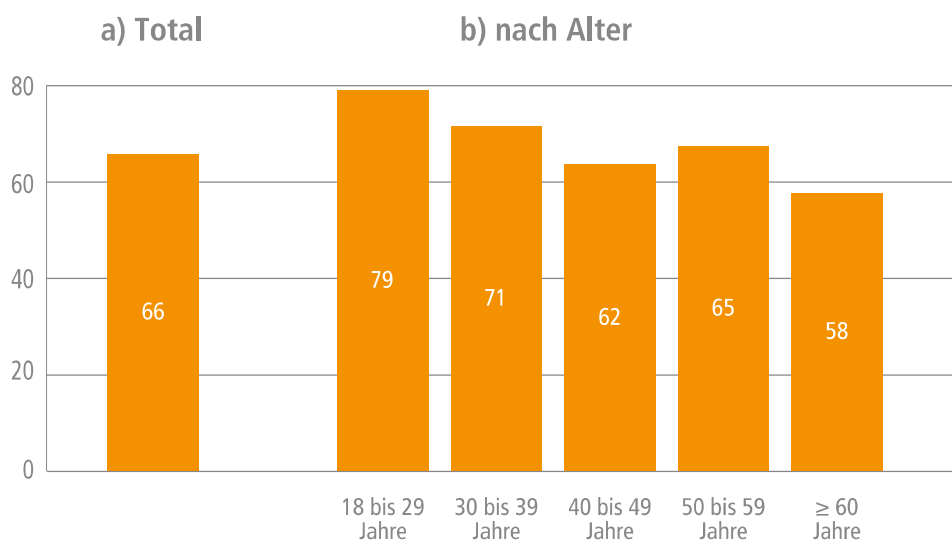
stetig gestiegen: Während es 1991 noch ein Fünftel (20 %) der Befragten ablehnte, einen Schlusstrich zu ziehen, tat dies 2007 bereits mehr als ein Drittel (37 %) und schließlich 2013 beinahe die Hälfte (42 %).

Die Umfrageergebnisse zeigen für Deutschland einen deutlichen Zusammenhang mit dem Alter der Befragten, der 2007 noch nicht festzustellen war: 67 Prozent der jüngeren Befragten unter 40 Jahren, aber nur 51 Prozent der älteren sprechen sich für einen Schlusstrich aus. Ein Großteil der nach 1970 Geborenen, deren Eltern in der Regel keine direkte Verbindung mehr zu den Verbrechen des Naziregimes haben, trägt diesen

Ruf nach einem Schlusstrich mit. Dabei scheint eine Korrelation zwischen wachsender historischer Distanz und dem Wunsch nach Ausbildung einer positiveren, zukunftsorientierten nationalen Identität zu bestehen. Eine Entwicklung, die eine wichtige Herausforderung für das kollektive deutsche Gedächtnis der Deutschen markiert, sofern sich der Holocaust als historisches Ereignis zunehmend von konkreten familiären Erfahrungen und mündlichen Überlieferungen löst.

Außerdem schlagen bei diesem Thema insbesondere bei der jüngeren Generation die Emotionen hoch. Viele Deutsche ärgern sich darüber, dass sie noch immer für die

Abbildung 9: Ärger darüber, dass Verbrechen an Juden noch vorgehalten werden (Angaben in %)



Abgebildet sind die Werte für „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“.

Zustimmung zu der Aussage: „Ich ärgere mich darüber, dass den Deutschen auch heute noch die Verbrechen an den Juden vorgehalten werden.“; an 100 % fehlend: „weiß nicht, keine Angabe“.

Quelle: TNS Emnid 2013

BertelsmannStiftung

Verbrechen Deutschlands an den Juden verantwortlich gemacht werden (66 % Zustimmung zu der entsprechenden Frage; ein Drittel gibt an, sich nicht zu ärgern). Der Anteil derer, die Ärger darüber empfinden, steigt mit sinkendem Alter der Befragten: In der jüngsten Altersgruppe (18 bis 29 Jahre) ärgern sich fast 80 Prozent, verglichen mit einer noch immer starken Mehrheit von 58 Prozent unter den ältesten Befragten (ab 60 Jahre). Die jüngeren Befragten unserer Studie scheinen sich danach zu sehnen, dass „Deutsch sein“ als etwas „Normales“ betrachtet wird (Abb. 9).

Anders als in Deutschland ist bei den israelischen Befragten die Einstellung zur Geschichte über die Jahre weitgehend konstant geblieben. In der Stichprobe findet sich zur allgemeinen Geschichte ein geteiltes Meinungsbild, jedoch ist eine klare Mehrheit dafür, das Andenken an den Holocaust wachzu-

halten. 77 Prozent der israelischen Befragten halten die Aussage: „Wir sollten nicht mehr so viel über die Judenverfolgung reden, sondern endlich einen Schlussstrich unter die Vergangenheit ziehen“ für falsch. Der Anteil der israelischen Juden, für die die Geschichte der Judenverfolgung im Zweiten Weltkrieg nicht der Vergangenheit angehört, ist seit 1991 (74 %) sogar leicht gestiegen (Abb. 8). Die thematisch verwandte Frage, ob es Zeit sei, die Geschichte ruhen zu lassen und sich gegenwärtigen oder zukünftigen Problemen zu widmen, wird von einer knappen Mehrheit (54 %) bejaht (darunter ein Viertel „völlige“ Zustimmung) und von fast der Hälfte (45 %) verneint (siehe Abb. 6). Diejenigen, die eine solche Abkehr von der Vergangenheit ablehnen, spiegeln wahrscheinlich die große Mehrheit derjenigen Befragten wider, die ein Gedenken an die Judenverfolgung für notwendig halten. Ganz allgemein kommt in der israelischen Gesellschaft der Juden-

verfolgung des 20. Jahrhunderts eine besondere Bedeutung zu, da sie der Staatsgründung vorausging und auch zur ihrer Rechtfertigung beitrug. Die Gründung Israels wird als historische Notwendigkeit aufgefasst, da der Staat die einzig wirksame Überlebensgarantie für die Juden darstelle. Dies ist eines der zentralen Ergebnisse einer Befragung von Nathanson und Tzameret (2000). Darüber hinaus werden im heutigen Israel aktuelle Bedrohungen des Landes wie etwa aus dem Iran oder im Verhältnis zu den Palästinensern in einen Zusammenhang mit den antisemitischen Verfolgungen des 19. und 20. Jahrhunderts, aber auch früherer Zeiten, gestellt oder zumindest als historische Fortführungen dieser antisemitischen Verfolgungen betrachtet. Sowohl der Iran als auch die Palästinenser haben durch ihre Hetzrhetorik gegen Israel zu dieser Dynamik beigetragen. So lieferte der Iran unter seinem früheren Präsidenten Ahmadinejad durch die wiederholte Ankündigung, Israel zerstören zu wollen, reichlich Material in diesem Sinne; diese Brandreden wurden vom israelischen Premierminister Netanjahu ständig dazu herangezogen, um die Furcht vor existenzieller Bedrohung deutlich zu machen.

Dennoch ist eine knappe Mehrheit dafür, die Vergangenheit ruhen zu lassen. Da diese Frage im allgemeinen Teil der Umfrage stand, wurde sie von den Befragten möglicherweise eher weit ausgelegt. Viele dachten dabei wohl an die Verfolgungen des 20. Jahrhunderts und das damit verbundene Stereotyp der schwachen Juden in Europa, die sich zum Opfer machen ließen.

„In den ersten Jahren nach der Staatsgründung Israels versuchte das Land bewusst, eine nationale Identität auf Basis eines starken und selbstbewussten israelischen Judentums zu stiften.“

In den ersten Jahren nach der Staatsgründung versuchte Israel bewusst, dieses Bild abzustreifen und eine nationale Identität am Maßstab eines starken und selbstbewussten israelischen Judentums auszubilden. Die Befragten könnten in ihrem Antwortverhalten aber auch durch vorausgehende Fragen beeinflusst worden sein, in denen es um die Berechtigung einer Kritik am eigenen Land, um Minderheitenrechte und die steigende Zahl von Minderheiten in Israel ging. Dadurch mögen manche an die aktuellen Konflikte und ihre Konsequenzen gedacht haben. Wenn sie dabei an das von Juden verursachte Leid der Palästinenser – auch im Zusammenhang mit der Staatsgründung – erinnert wurden, könnten sich einige Befragte dafür entschieden haben, die Vergangenheit besser ruhen zu lassen, um mit diesen Themen nicht konfrontiert sein zu müssen.

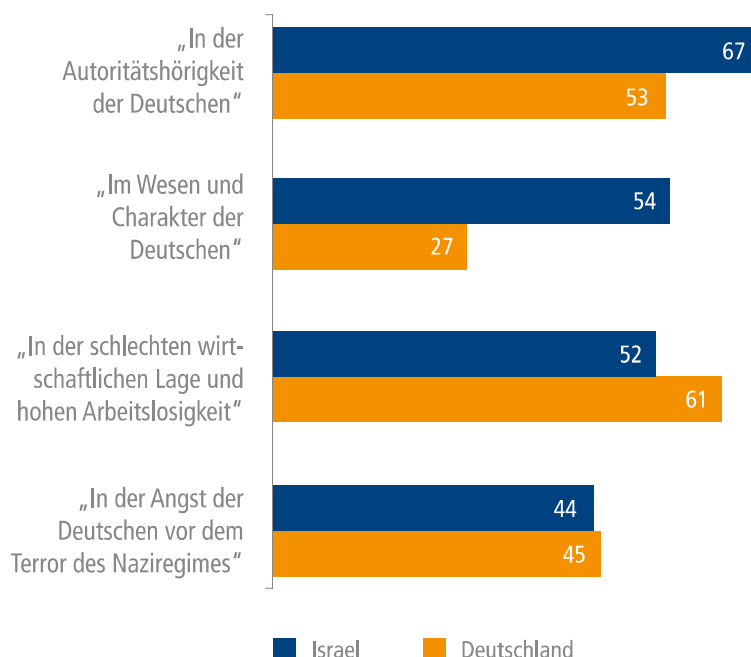
Historische Erklärungsmuster des Holocaust

Der Wunsch nach einem Schlussstrich und die Bereitschaft, die Vergangenheit ruhen zu lassen, könnten ebenso mit unterschiedlichen Erklärungsweisen des Holocausts in Deutschland und Israel zusammenhängen.

„Wenn die Nazizeit als ein anormales Ereignis angesehen wird, das nichts mit spezifisch „deutschen Charaktereigenschaften“ zu tun hat, ist es leichter, eine positive nationale Identität herauszubilden.“

Wenn die Nazizeit als ein anormales Ereignis angesehen wird, das nichts mit spezifisch „deutschen Charaktereigenschaften“ zu tun hat, ist es leichter, eine positive nationale Identität herauszubilden. So ist es nicht verwunderlich, dass nach Ansicht der deutschen

Abbildung 10: Vermutete Ursachen für Nationalsozialismus und Holocaust (Angaben in %)



Antwort auf die Frage: „Welche Ursachen hatte Ihrer Meinung nach der Nationalsozialismus und der Holocaust in Deutschland? ... Die Ursache lag ...“; 5er-Skala: 1 (trifft völlig zu) bis 5 (trifft überhaupt nicht zu). Dargestellte Anteile: Skalenwerte 1 + 2.

Quelle: TNS Emnid 2013

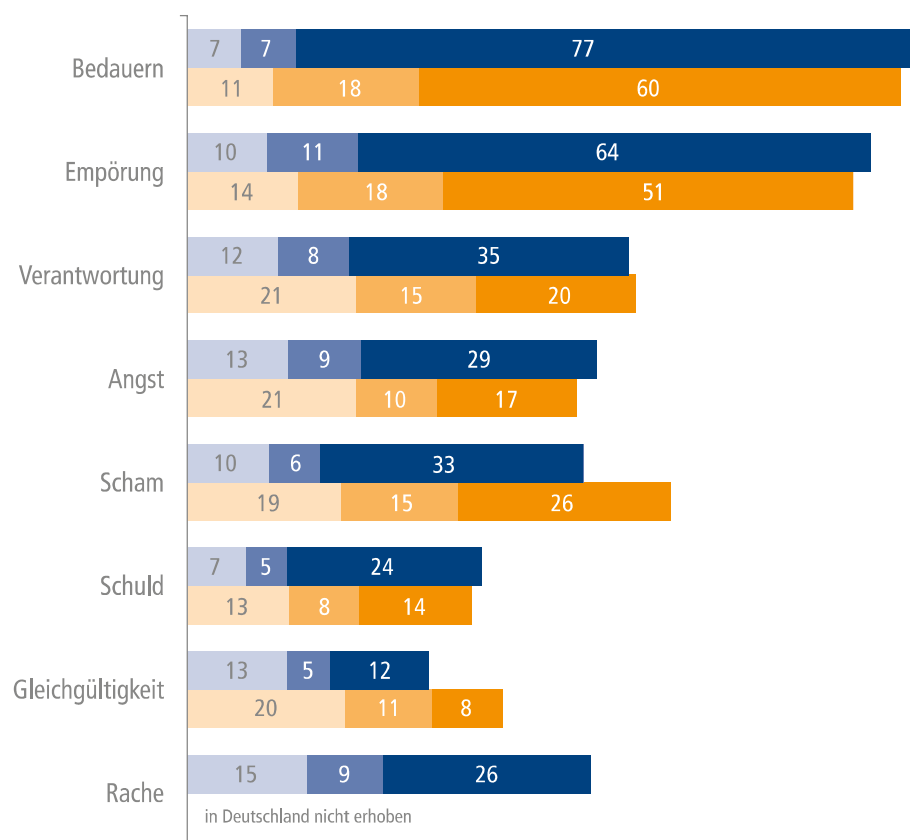
BertelsmannStiftung

Befragten vor allem externe Faktoren den Aufstieg der Nazis ermöglicht haben: 61 Prozent machen die schlechte Wirtschaftslage und hohe Arbeitslosigkeit dafür verantwortlich. Im Gegensatz dazu sehen die israelischen Befragten den Hauptgrund in einem deutschen Charakterzug, nämlich der Neigung, Befehlen zu gehorchen. Mehr als die Hälfte (54 %, doppelt so viele wie unter den deutschen Befragten) verweisen auf den „deutschen Charakter“ als Begründung. Trotz dieser Unterschiede sind sich die Befragten aus beiden Ländern hinsichtlich der Autoritätshörigkeit der Deutschen, ihrer Angst vor dem Terrorregime der Nazis sowie der Bedeutung der Wirtschaftskrise überraschend einig: Sowohl die Israelis als auch die Deutschen glauben, dass der Holocaust durch äußerliche Faktoren und durch die Autoritätshörigkeit vieler Deutscher verursacht wurde (Abb. 10).

Bedauern, Schuld, Verantwortung? Gedenken und Emotionen

Der Vergangenheit zu gedenken ist nicht nur ein kognitiver, sondern auch ein emotionaler Prozess. Die Erinnerung weckt Emotionen, die nicht einer individuellen, sondern einer gruppenbezogenen und gesellschaftlichen Deutung bedürfen. Emotionen – etwa Scham oder Stolz angesichts der Handlungen anderer Gruppenmitglieder – können von ganzen Gruppen empfunden werden; gleichzeitig ist die Art der zu empfindenden Emotionen von der Gesellschaft vorgegeben. Die Stärke der Emotion stellt einen Gradmesser für die Aktualität und Relevanz eines Themas für den Einzelnen und die Gruppe dar. Somit ist es von zentraler Bedeutung, die Art und Intensität der Emotionen zu bestimmen, die das Andenken an die Judenverfolgung bei Deutschen und Israelis hervorruft.

Abbildung 11: Empfindungen beim Gedanken an die Judenverfolgung
(Angaben in %)



Skalenwert 1 („sehr stark“) ← → 6 („gar nicht“).
Abgebildet sind die Skalenwerte 1, 2 und 3.

Israel	Deutschland
■ Skalenwert 1 (sehr stark)	■ Skalenwert 1 (sehr stark)
■ Skalenwert 2	■ Skalenwert 2
■ Skalenwert 3	■ Skalenwert 3

Antworten auf die Frage: „Wenn Sie an die Judenverfolgung unter Hitler denken, wie stark empfinden Sie da ...?“

Quelle: TNS Emnid 2013

BertelsmannStiftung

„Emotionen können von ganzen Gruppen empfunden werden; gleichzeitig ist die Art der zu empfindenden Emotionen von der Gesellschaft vorgegeben.“

Von besonderem Interesse sind dabei die frappierenden Ähnlichkeiten in der Einstellung der Deutschen und Israelis von heute zum Holocaust. In beiden Ländern empfinden etwa jeder neunte der Befragten Bedauern und jeder achte Empörung; die Hälfte der Juden und 60 Prozent der Deutschen empfinden Scham und jeweils die

Hälfte beider Gruppen Angst. Das wohl bemerkenswerteste Ergebnis ist, dass ähnlich viele Deutsche wie Israelis – jeweils knapp mehr als ein Drittel – Schuld empfinden und nahezu gleich viele (56 % der Deutschen und 55 % der Juden) sich verantwortlich fühlen (Abb. 11).

Die Ergebnisse machen deutlich, dass eine Mehrheit der Deutschen (jene zwei Drittel, die sich nicht schuldig fühlen) weit genug von der Kriegsgeneration entfernt ist, um sich nicht persönlich schuldig zu fühlen. Zugleich ist die Mehrheit von 56 Prozent der Befragten, die Verantwortung empfinden, ein Indiz dafür, dass die Haltung der Verantwortung von einer breiteren Öffentlichkeit anerkannt wird als die der persönlichen Schuld. Mit wachsender zeitlicher Distanz werden offenbar weniger intensive Emotionen wie Verantwortung und Bedauern stärker – allerdings empfinden 83 Prozent der Befragten weiterhin Empörung. Demgegenüber geben 39 Prozent an, der Judenverfolgung unter Hitler gleichgültig gegenüberzustehen.

Die von einem Drittel der israelischen Juden empfundene Schuld ist anders zu deuten und eher Ausdruck des Gefühls, dass von den Juden selbst nicht rechtzeitig oder ausreichend Maßnahmen zum eigenen Schutz getroffen wurden. Dieses Gefühl geht offenbar auch einher mit der Auffassung, dass die Existenz des Staates Israel die Juden in die Lage versetzt, sich gegen zukünftige Bedrohungen rasch und schlagkräftig zu verteidigen bzw. solchen Bedrohungen sogar vorzubeugen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass der Holocaust bei der Hälfte der befragten Israelis Rachegefühle hervorruft. Angesichts der überwiegend gesunden Einstellung zu Deutschland (siehe unten) ist jedoch nicht klar, gegen wen sich eine praktische Umsetzung dieser Rachegefühle richten würde.

3. Israelisch-deutsche Beziehungen heute

Nicht nur die Selbstwahrnehmung und die kollektive Identität der Deutschen und der Israelis sowie ihre jeweilige Definition des Anderen werden durch die Geschichte beeinflusst, sondern auch die Beziehungen zwischen beiden Ländern. Die bilateralen Beziehungen sind nach wie vor durch das Trauma des Holocausts gekennzeichnet und werden daher – ungeachtet der wachsenden Gleichgültigkeit und der Forderungen nach einer Normalisierung – als besonders angesehen.

„Die bilateralen Beziehungen sind nach wie vor durch das Trauma des Holocausts gekennzeichnet und werden daher – ungeachtet der wachsenden Gleichgültigkeit und der Forderungen nach einer Normalisierung – als besonders angesehen.“

Die Israelis sind sich dessen bewusst, dass die Geschichte des Holocausts noch heute ihre Einstellung prägt: Mehr als drei Viertel geben an, dass die Geschichte ihre Gefühle

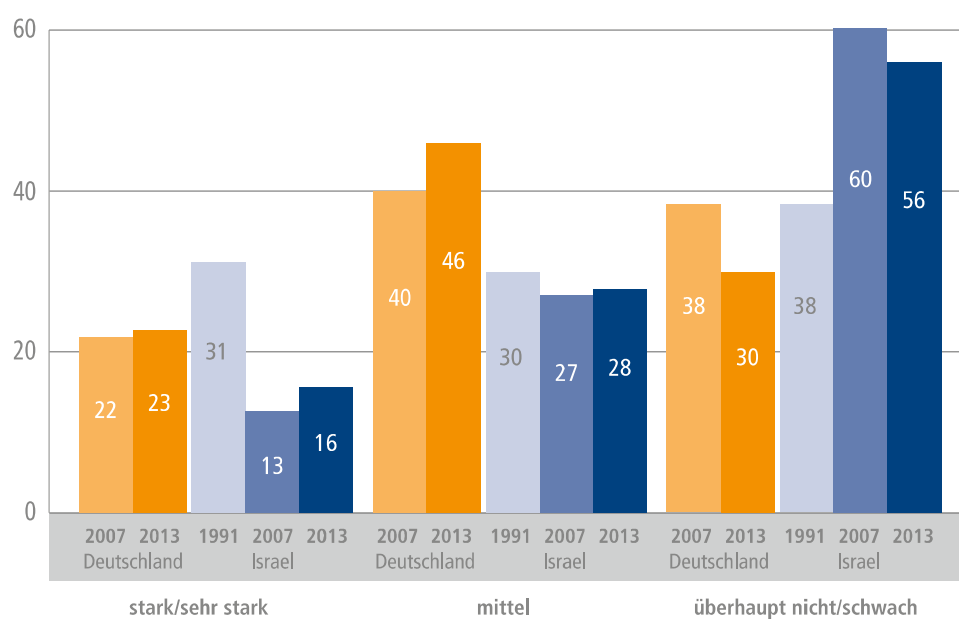
gegenüber dem heutigen Deutschland negativ beeinflusst. Allerdings beeinträchtigen die mit der Vergangenheit verbundenen negativen Gefühle nicht die Beziehungen zum modernen Deutschland, sondern kommen gegenwärtig vor allem in Form von Gleichgültigkeit zum Ausdruck: Lediglich 16 Prozent geben an, stark oder sehr stark an Deutschland interessiert zu sein, etwas mehr als im Jahr 2007 (Abb. 12).

Hier ist aber zu berücksichtigen, dass das Interesse an anderen Ländern immer auch vom Tagesgeschehen abhängig ist. Dieser Umstand erklärt möglicherweise die hohen Werte, die im Jahr 1991 in der israelischen Bevölkerung für das Interesse an Informationen über Deutschland gemessen wurden (31 %). Damals hatten die Überfälle und Brandanschläge auf Migranten und Flüchtlinge in Deutschland weltweit für Aufsehen gesorgt und damit auch das Informationsbedürfnis der Israelis kurzfristig in die Höhe schnellen lassen. Daher verwundert es auch nicht, dass das derzeitige Interesse an Informationen über Deutschland deutlich geringer ausfällt als damals.

Die Deutschen neigen dazu, den anhaltenden Einfluss des Holocausts auf die israelisch-jüdische Wahrnehmung und das Image Deutschlands zu unterschätzen. So glauben



Abbildung 12: Interesse an Informationen über das andere Land
(Angaben in %)



Antwort auf die Frage: „In welchem Maß interessieren Sie sich für Informationen über das heutige Israel/Deutschland? Würden Sie sagen sehr stark, stark, mittel, schwach oder überhaupt nicht?“, an 100% fehlend: „weiß nicht, keine Angabe“, Frage 1991 in Deutschland nicht gestellt.

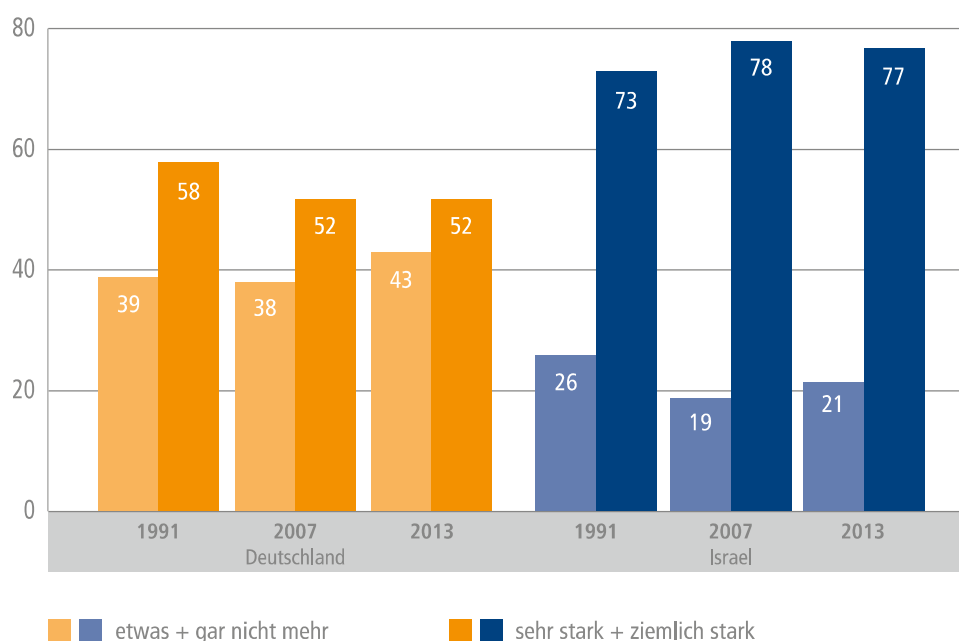
Quelle: TNS Emnid 1991, 2007, 2013

BertelsmannStiftung

43 Prozent der deutschen Befragten, dass die heutigen Beziehungen von der Vergangenheit nur etwas oder gar nicht mehr belastet sind; diese Meinung wird jedoch in Israel nur von 21 Prozent der Befragten geteilt (Abb. 13).

„Die Deutschen neigen dazu, den anhaltenden Einfluss des Holocausts auf die israelisch-jüdische Wahrnehmung und das Image Deutschlands zu unterschätzen.“

Abbildung 13: Belastung der israelischen Einstellung zu den Deutschen durch die Judenverfolgung (Angaben in %)



Antwort auf die Frage: „Belasten die Judenverfolgungen unter Hitler heute noch die Einstellung der Israelis zu den Deutschen? Ist das sehr stark, ziemlich stark, etwas oder gar nicht mehr der Fall?“; an 100 % fehlend: „weiß nicht, keine Angabe“.

Quelle: TNS Emnid 1991, 2007, 2013

Bertelsmann Stiftung

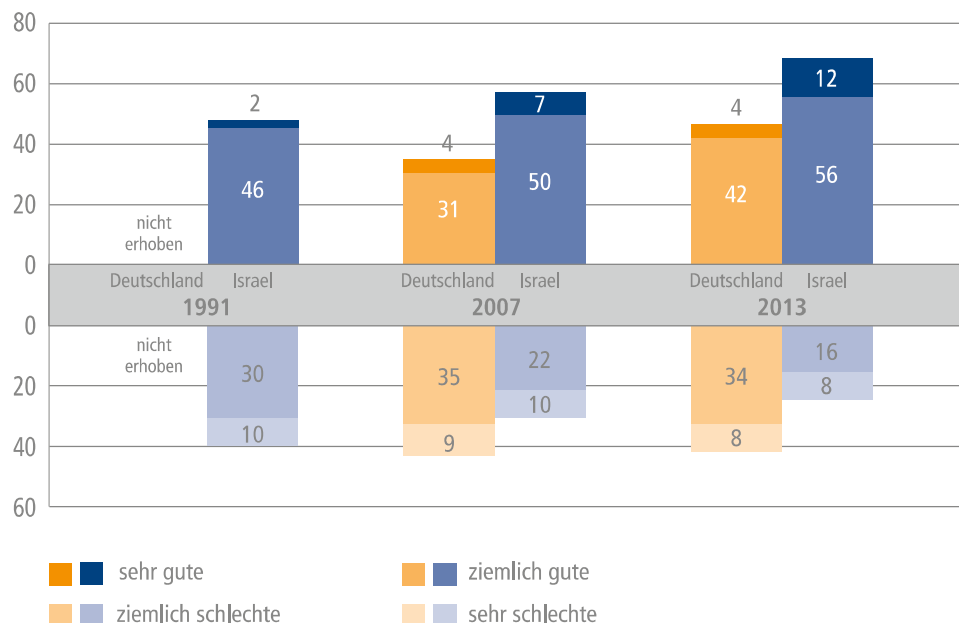
Das Interesse am und die Wahrnehmung des Anderen

Trotz des Phänomens, dass zahlreiche, vorwiegend junge, nicht religiöse Israelis in die deutsche Hauptstadt ziehen, und trotz einer leicht gestiegenen Neugier am Anderen bleibt doch festzuhalten: Das Interesse der meisten Israelis am modernen Deutschland ist bestenfalls mäßig. Die Deutschen scheinen ein größeres Interesse an Israel zu haben, denn fast ein Viertel gibt an, sich sehr stark oder stark für Informationen aus Israel zu interessieren. Diese Diskrepanz erklärt sich wohl zumindest teilweise aus der überproportionalen medialen Präsenz des israelisch-palästinensischen Konflikts in der deutschen Öffentlichkeit. Außerdem sollte das Interesse an Informationen über den Anderen nicht mit einer positiven Einstellung zum Anderen verwechselt werden.

Unter den deutschen Befragten halten sich positive und negative Einstellungen zu Israel in etwa die Waage (46 % zu 42 %). Lediglich 4 Prozent geben an, eine sehr positive Einstellung zu haben, doppelt so viele hingegen eine sehr negative. Demgegenüber fällt die Bewertung der Deutschen durch die Israelis deutlich positiver aus: Der Anteil der Befragten, die angeben, eine sehr positive Meinung von Deutschland zu haben, ist mit 12 Prozent dreimal so hoch wie die Anzahl der Deutschen, die sehr positiv über Israel denken. Allerdings hat sich die Einstellung der Deutschen gegenüber Israel seit 2007 etwas verbessert (Abb. 14).

Zwar rufen die Erinnerung an den Holocaust und das bleibende Gefühl, als Juden noch heute verfolgt zu werden, unter den israelischen Juden heftige Emotionen hervor. Bemerkenswert ist es jedoch, dass diese Emotionen auf gewisse Weise von den

Abbildung 14: Meinung über das andere Land (Angaben in %)



Antwort auf die Frage: „Was denken Sie ganz allgemein über das heutige Israel/Deutschland? Haben Sie eine sehr gute, ziemlich gute, eine ziemlich schlechte oder eine sehr schlechte Meinung über Israel/Deutschland?"; an 100 % fehlend: „weiß nicht, keine Angabe“.

Quelle: TNS Emnid 1991, 2007, 2013

BertelsmannStiftung

tatsächlichen Beziehungen zu Deutschland abgekoppelt werden. Eine deutliche Mehrheit von 68 Prozent der israelischen Juden hat eine insgesamt positive Einstellung gegenüber Deutschland – allerdings ist die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit nur mittelmäßig stark („ziemlich gut“).

„Eine deutliche Mehrheit der israelischen Juden hat eine insgesamt positive Einstellung gegenüber Deutschland.“

Bemerkenswert ist auch, dass der Anteil der israelischen Juden mit einer positiven Sicht auf Deutschland heute noch größer ist als 2007 und 1991. Damals gaben 57 Prozent bzw. 48 Prozent der Befragten an, eine gute Meinung von Deutschland zu haben (Abb.

14). Zudem haben 63 Prozent der Israelis auch eine gute Meinung von der deutschen Regierung (Abb. 15). Bei beiden Fragestellungen zeigt sich, dass vor allem die gebildeteren Israelis zu einem positiven Deutschlandbild tendieren. Fast drei Viertel der Israelis mit höchstem Bildungsabschluss, aber nur 59 Prozent derjenigen mit niedrigstem Bildungsabschluss geben an, eine positive Einstellung zu Deutschland zu haben. Ein ähnlicher Gegensatz wird in der Beurteilung der deutschen Regierung erkennbar: Eine positive Einschätzung teilen hier weniger als die Hälfte der Israelis mit niedrigstem Bildungsabschluss, aber zwei Drittel derjenigen mit höchstem Bildungsabschluss.

Die negativen Stereotype aus der Vergangenheit heben sich von dieser positiven Wahrnehmung der heutigen politischen Beziehungen ab. Dies ist nicht unbedingt ein Widerspruch, deutet es doch darauf hin, dass die Interpretationen des Nazismus und des Holocausts

hauptsächlich auf das historische Deutschland bezogen und weniger mit dem modernen Staat verbunden werden. Wir können nicht beurteilen, ob die Israelis den negativen Stereotypen des deutschen Charakters noch Glauben schenken, auf die sie den Holocaust zurückführen. Wenn sich diese negativen Einstellungen überhaupt auswirken, dann schwächen sie lediglich die mit den starken politischen Beziehungen der beiden Länder verbundenen positiven Gefühle, ohne ihnen jedoch maßgeblich zu schaden. Verallgemeinernd lässt sich sagen, dass die Israelis dazu neigen, die Außenbeziehungen ihres Landes in groben Zügen so zu kategorisieren: Die USA gelten als Verbündete Israels, Europa hingegen als Gegner, wobei Deutschland im Allgemeinen als treuer Verbündeter und damit als Ausnahme innerhalb Europas betrachtet wird.

„Die USA gelten als Verbündete Israels, Europa hingegen als Gegner, wobei Deutschland im Allgemeinen als treuer Verbündeter und damit als Ausnahme innerhalb Europas betrachtet wird.“

Gleichzeitig fällt ein bemerkenswerter Unterschied in der Einstellung zu Deutschland und der deutschen Regierung bei den jüngeren und bei den religiösen Befragten auf – unter letzteren sind typischerweise vermehrt rechtsgerichtete Einstellungen zu finden. Die jüngeren und die religiösen Befragten haben durchwegs eine wesentlich schlechtere Meinung von Deutschland und der deutschen Regierung.

So denken in der Altersgruppe bis 29 Jahre nur 53 Prozent der Befragten positiv über Deutschland – weniger als in allen anderen Altersgruppen und erheblich weniger als unter den Befragten über 60 Jahre, von denen 80 Prozent eine gute Meinung von Deutschland haben. Bei den religiösen Befragten ist

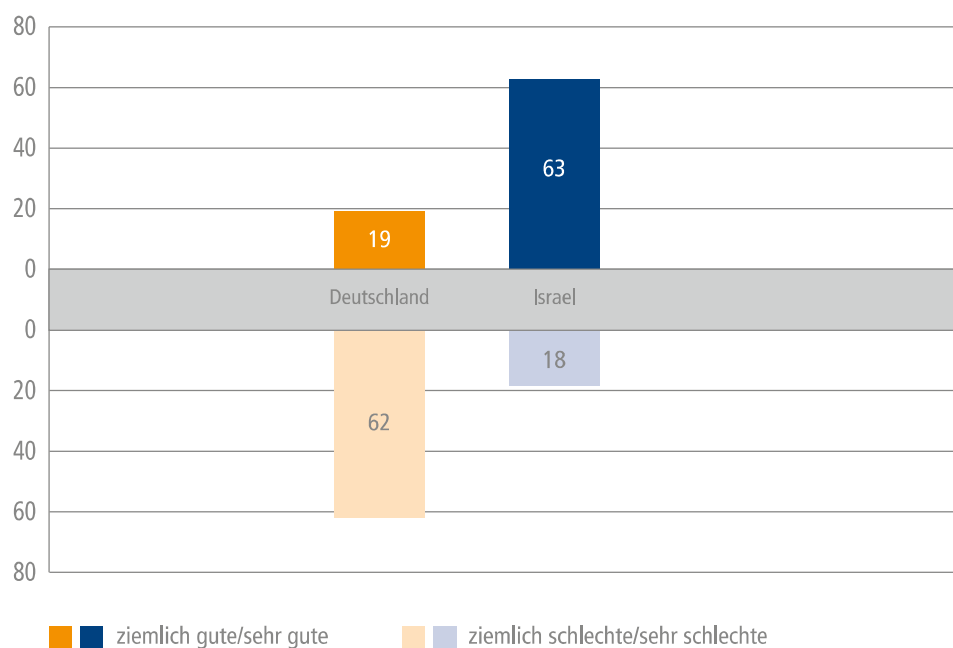
der Unterschied sogar noch dramatischer. Hier verbinden nur 37 Prozent positive Gefühle mit Deutschland, während unter den nicht religiösen Israelis insgesamt 84 Prozent (und zwei Drittel derer, die sich als „traditionell“ bezeichnen) positiv über Deutschland denken. Fast identisch verhält es sich mit der Einstellung dieser Bevölkerungsgruppen zur deutschen Regierung.

Weiterhin zeigt sich, dass die politisch eher rechts stehenden Bevölkerungsgruppen die historische Täterrolle Deutschlands für die Verbrechen an den Juden stärker hervorheben – möglicherweise mit dem Ziel, die national-israelische Geschichtsauffassung zu rechtfertigen. Impliziert werden kann damit, dass Deutschland noch immer als antisemitisch oder als Bedrohung für die heutigen Juden anzusehen ist. Dieser Trend wird durch eine Jugendstudie aus dem Jahr 2010 bestätigt. Aus ihr geht hervor, dass im Vergleich zu früher immer weniger säkulare junge Juden glauben, dass im heutigen Deutschland erneut ein Nazi-Regime an die Macht kommen könnte. Hingegen halten die Hälfte der religiösen Jugendlichen und sogar 60 Prozent der Ultraorthodoxen das sehr wohl für möglich (Hexel und Nathanson 2010: 29). Dies ist eine problematische Entwicklung, da in der jüngeren Generation der Anteil der religiösen, ultraorthodoxen und nach rechts tendierenden Personen höher ist und weiter wächst, sodass sich hier ein Trend für zukünftige Generationen ankündigen könnte.

„In der jüngeren Generation in Israel ist der Anteil der religiösen, ultraorthodoxen und nach rechts tendierenden Personen höher und wächst weiter.“

Bemerkenswert ist dennoch, dass fast zwei Drittel aller Juden in der Jugend-Stichprobe nicht glauben, dass das heutige Deutschland

**Abbildung 15: Meinung über die Regierung des anderen Landes
(Angaben in %)**



Antwort auf die Frage: „Was denken Sie ganz allgemein über die Regierung im heutigen Israel/Deutschland? Haben Sie eine sehr gute, ziemlich gute, eine ziemlich schlechte oder eine sehr schlechte Meinung über die Regierung in Israel/Deutschland?"; an 100% fehlend: „weiß nicht, keine Angabe“.

Quelle: TNS Emnid 2013

| Bertelsmann Stiftung

das gleiche ist wie während des Krieges und dass hier erneut ein Naziregime entstehen könnte (Hexel und Nathanson 2010: 103).

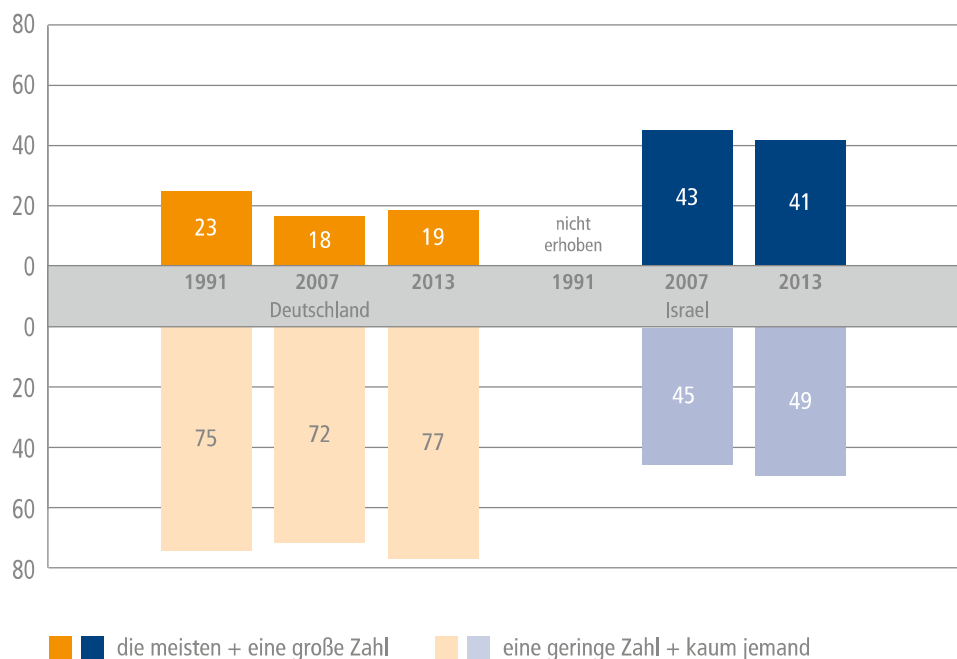
Die Deutschen haben eine differenzierte Sicht und unterscheiden klar zwischen der Politik des Staates Israel und dem jüdischen Volk – jedenfalls theoretisch und ihren Äußerungen nach. 46 Prozent der Deutschen geben an, eine ziemlich gute bzw. sehr gute Meinung von Israel im Allgemeinen zu haben (Abb. 14), während 62 Prozent eine ziemlich schlechte bzw. sehr schlechte Meinung über die israelische Regierung haben (Abb. 15). Die in Abbildung 18 zusammengefassten Ergebnisse deuten auf eine extreme Kritik, ja Verurteilung der aktuellen Politik Israels hin: Fast die Hälfte der Befragten vergleicht den Umgang Israels mit den Palästinensern mit dem Verhalten der Nazis gegenüber den Juden. Die Daten lassen erkennen, dass trotz einer tendenziellen Differenzierung zwischen

dem israelischen Volk und der politischen Führung die harsche Kritik an der israelischen Regierung auch die gegenseitige Wahrnehmung im Allgemeinen beeinträchtigt. Dies würde die weniger positive Meinung, die die Deutschen von Israel haben, erklären.

„Die Daten lassen erkennen,
dass trotz einer tendenziellen Differenzierung zwischen den Menschen und der Regierung die harsche Kritik an der israelischen Regierung auch die gegenseitige Wahrnehmung im Allgemeinen beeinträchtigt.“

Alles in allem lassen die Umfrageergebnisse auf eine Diskrepanz zwischen dem Blick der jüdischen Israelis auf Deutschland und die deutsch-israelischen Beziehungen und der

**Abbildung 16: Einschätzung des Antisemitismus in Deutschland
(Angaben in %)**



Antworten auf die Frage: „Wie beurteilen Sie die allgemeine Einstellung der Bundesbürger gegenüber den Juden? Sind die meisten, eine große Zahl, eine geringe Zahl oder kaum jemand gegen die Juden eingestellt?“, an 100 % fehlend: „weiß nicht, keine Angabe“.

Quelle: TNS Emnid 1991, 2007, 2013

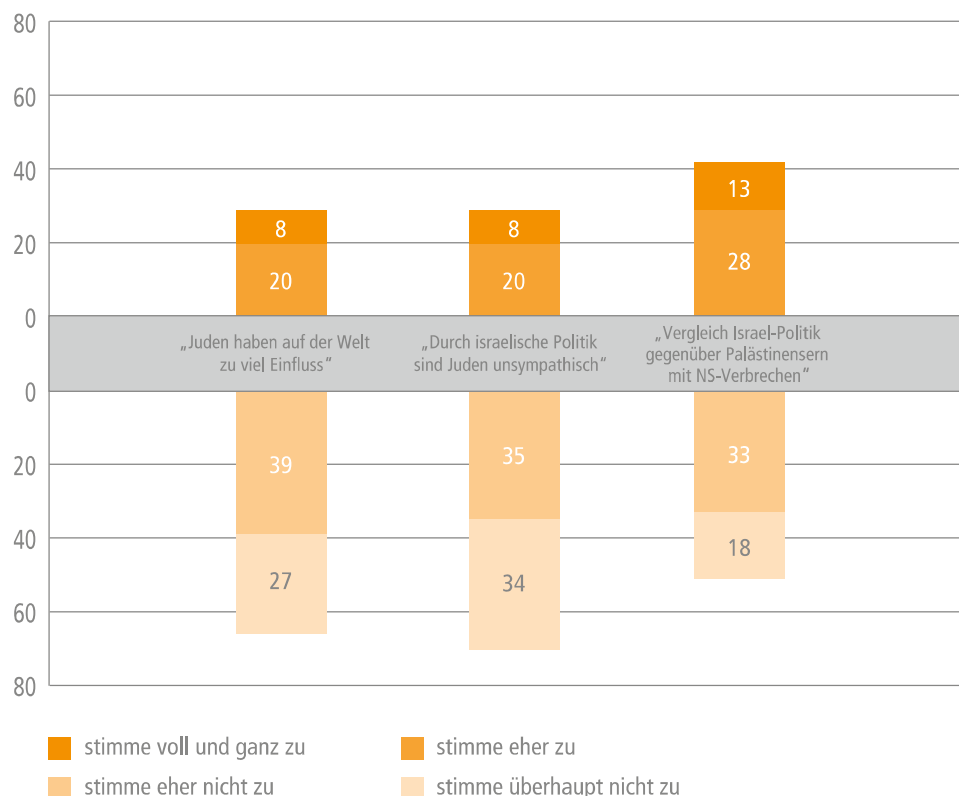
Bertelsmann Stiftung

Einstellung der Deutschen gegenüber dem heutigen Israel schließen. Unter den fünf großen Staaten, die 2013 im Rahmen des Pew Global Attitudes Project befragt wurden (Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Russland, USA), war in Deutschland der Anteil der Menschen, die Israel negativ beurteilen, mit 62 Prozent am höchsten. Zwar liefert die vorliegende Umfrage ein ausgewogeneres Bild, dennoch macht auch sie klar, dass die Deutschen nicht so positiv über Israel denken wie die Israelis über Deutschland. Tatsächlich halten Israelis die politische Unterstützung aus Deutschland möglicherweise für selbstverständlich, ohne die sich wandelnde öffentliche Meinung und den Zeitgeist im heutigen Deutschland ausreichend zu berücksichtigen.

Antisemitismus heute

Die Reaktionen auf den Gaza-Konflikt 2014 zeigten erneut, dass Kritik an der Politik der israelischen Regierung in Kritik an den Juden im Allgemeinen umschlagen und damit die Grenze zwischen berechtigter Kritik und Antisemitismus überschreiten kann. Daher spielen Fragen zu den unterschiedlichen Facetten von Antisemitismus in der vorliegenden Untersuchung auch eine wichtige Rolle. Die allgemeine Einstellung der Deutschen gegenüber den Juden wird in Deutschland ganz anders beurteilt als in Israel. Die Deutschen haben eine eher positive Selbsteinschätzung: Eine große Mehrheit von 77 Prozent glaubt, dass in Deutschland negative Einstellungen gegenüber den Juden nur selten oder gar nicht anzutreffen sind. Die Daten der israelischen Befragten machen diesbezüg-

Abbildung 17: Antisemitismus in Deutschland (Angaben in %)



Zustimmung zu den Aussagen: „Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss.“; „Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer.“; „Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip nichts anderes, als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben“; an 100 % fehlend: „weiß nicht, keine Angabe“.

Quelle: TNS Emnid 2013

BertelsmannStiftung

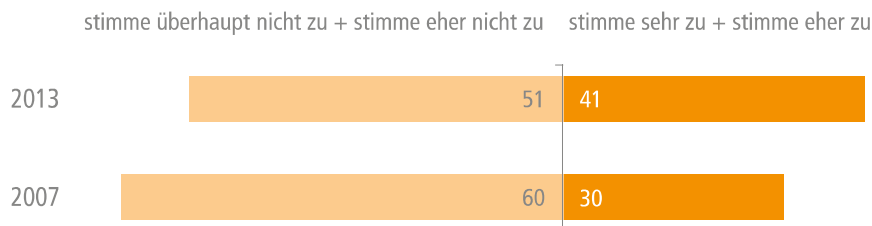
lich Skepsis geltend: Zwar glaubt eine knappe Mehrheit, dass die meisten Deutschen heute keine negative Meinung von den Juden haben (49 % antworten entweder mit „eine geringe Zahl“ oder „kaum jemand“), aber immerhin 41 Prozent vermuten, dass die meisten oder sehr viele Deutsche diese negativen Einstellungen gegenüber den Juden noch immer pflegen. Eine solche skeptische Sicht auf die Deutschen wird in Deutschland nur von 19 Prozent der Befragten geteilt (Abb. 16).

Die positivere Einschätzung der deutschen Befragten ist auf die deutsche politische Kultur seit der Nachkriegszeit zurückzuführen, in der traditionelle Spielarten des Antisemitismus und des religiös begründeten Antijudaismus als Tabu gelten.

„Ein traditioneller Antisemitismus besteht in latenter Form fort und tritt von Zeit zu Zeit auch öffentlich zutage.“

Der Theorie der kommunikativen Latenz zufolge ist davon auszugehen, dass durch den von politischen und gesellschaftlichen Eliten ausgehenden Druck eine Situation entstanden ist, in der antisemitisches Gedankengut öffentlich geächtet und somit in der Öffentlichkeit nicht kommuniziert wird. Gleichwohl besteht ein traditioneller Antisemitismus in latenter Form weiter fort und tritt von Zeit zu Zeit auch öffentlich zutage. Die häufigste Ausprägung eines solchen Antisemitismus ist heute die Vermutung einer jüdischen

Abbildung 18: NS-vergleichende Israelkritik (Angaben in %)



Zustimmung zu der Aussage: „Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip nichts anderes, als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben.“; an 100 % fehlend: „weiß nicht, keine Angabe“. Frage nicht in Israel gestellt.

Quelle: TNS Emnid 2007, 2013

| BertelsmannStiftung

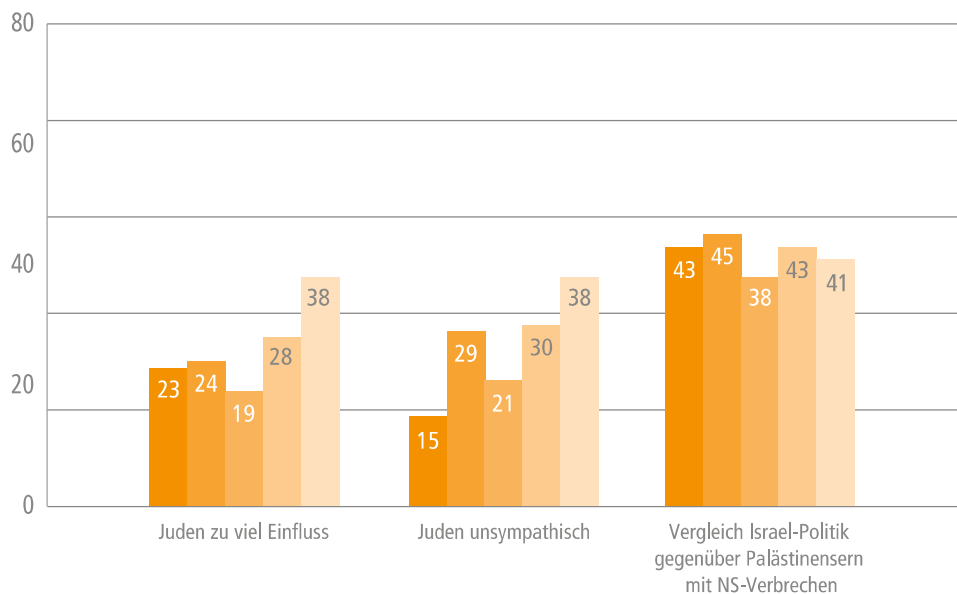
Verschwörung – die Annahme also, dass das Weltgeschehen von Juden gesteuert wird. So stimmt auch mehr als ein Viertel (28 %) der deutschen Befragten der Aussage zu, dass „Juden auf der Welt zu viel Einfluss“ haben. Diese Zahl ist im Vergleich zu anderen Umfragen, denen zufolge lediglich zwischen 11,6 Prozent (Decker, Kiess und Brähler 2014) und 16,4 Prozent (Heitmeyer 2010) der Befragten diese stereotype Vorstellung bejahten, besorgniserregend hoch (Abb. 17).

Auch eine weitere eigenständige Form des Antisemitismus ist in Deutschland von hoher gesellschaftlicher Relevanz. Der sekundäre Antisemitismus, der als Reaktion auf den Holocaust verstanden werden kann, äußert sich in der Relativierung, Trivialisierung oder Ablehnung von Schuld, zudem in dem Vorwurf, die Juden würden deutsche Schuldgefühle infolge des Holocausts ausnutzen, sowie in der Umkehrung der Rollen von Täter und Opfer. In jüngster Zeit richtet sich der sekundäre Antisemitismus außerdem gegen den Staat Israel, dessen Politik eine Gelegenheit zur Leugnung des Täter-Opfer-Verhältnisses bietet. Durch den Vergleich der Politik Israels mit den Verbrechen an

den Juden wird deren Status als Opfer des Holocausts infrage gestellt und die Schuld und Verantwortung Deutschlands minimiert oder sogar gänzlich geleugnet. 41 Prozent der deutschen Befragten sind der Ansicht, dass die Politik Israels gegenüber den Palästinensern im Prinzip das Gleiche ist wie das, was die Nazis den Juden im Dritten Reich angetan haben. Das sind erheblich mehr als in der Umfrage des Jahres 2007, damals stimmten 30 Prozent dieser Aussage zu (Abb. 18).

Kritik an Israel wird zudem dann problematisch, wenn den Juden eine kollektive Verantwortung zugeschrieben wird und die Unterscheidung zwischen Juden im Allgemeinen und der israelischen Regierung im Besonderen verwischt. Zwar lehnt eine große Mehrheit von zwei Dritteln der Deutschen die Aussage ab: „Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer.“ Dennoch bekundet auch mehr als ein Viertel (28 %) der Befragten Zustimmung zu dieser Aussage. Somit unterhält fast ein Drittel der Deutschen negative Vorurteile gegenüber Juden.

Abbildung 19: Antisemitismus nach Alter (Angaben in %)



Abgebildet sind die Werte für „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“.

■ 18 bis 29 Jahre ■ 30 bis 39 Jahre ■ 40 bis 49 Jahre
■ 50 bis 59 Jahre ■ ≥ 60 Jahre

Zustimmung zu den Aussagen: „Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss.“; „Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer.“; „Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip nichts anderes, als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben.“; Mögliche Antwortmöglichkeiten: „stimme voll und ganz zu“; „stimme eher zu“; „stimme eher nicht zu“ oder „stimme überhaupt nicht zu“.

Quelle: TNS Emnid 2013

BertelsmannStiftung

„Fast ein Drittel der Deutschen unterhält negative Vorurteile gegenüber Juden.“

Die Daten lassen zudem einen Generationswechsel erkennen. Die ältesten Befragten (60 Jahre und älter) stimmen häufiger den beiden folgenden Aussagen zu: 38 Prozent glauben, dass die Juden zu viel Einfluss in der Welt haben (diese Meinung teilt unter den jüngsten Befragten nur ein Viertel).

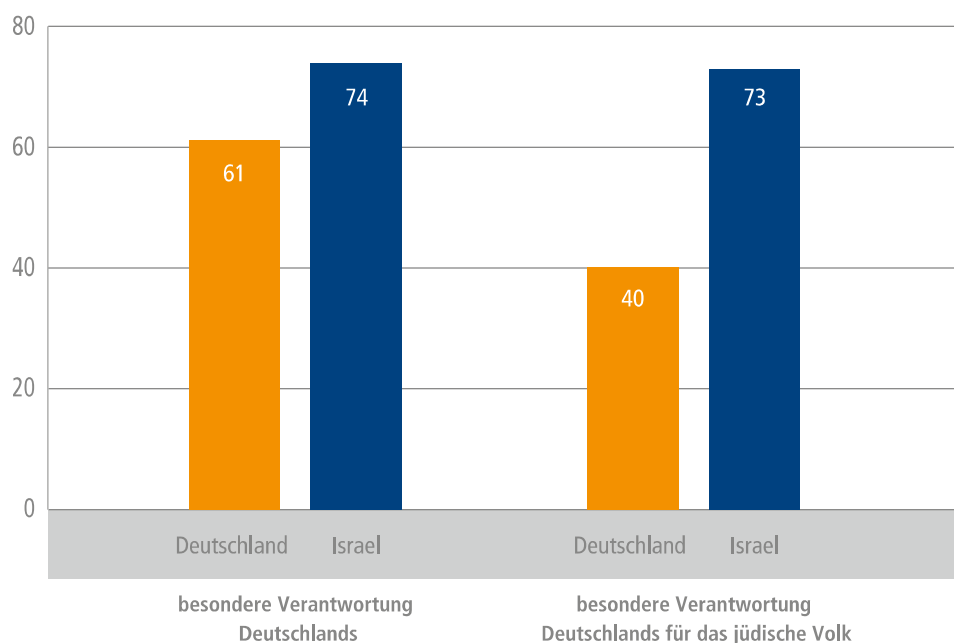
Ebenso viele (38 %, aber nur 15 % der jüngsten Befragten) finden die Juden aufgrund der israelischen Politik weniger sympathisch (Abb. 19). Ein auf den Staat Israel bezogener Antisemitismus ist hingegen unter allen Altersgruppen etwa gleich häufig anzutreffen.

4. Besondere Beziehungen und Verantwortung

Welche Konsequenzen hat nun die besondere Beziehung zwischen Deutschland und Israel in der heutigen Zeit? Haben die Deutschen aufgrund der nationalsozialistischen Vergangenheit ihres Landes eine besondere Verantwortung? In Israel ist die Antwort auf diese Fragen eindeutig: Israelische Juden sind in ihrer großen Mehrheit der Ansicht,

dass Deutschland nicht nur im Allgemeinen, sondern vor allem gegenüber den Juden eine besondere Verantwortung hat. Obgleich diese beiden Themen in der Umfrage in getrennten Fragen erhoben wurden, waren die Antworten der Israelis in beiden Fällen fast identisch, drei Viertel der Befragten stimmten zu (siehe Abb. 20).

Abbildung 20: Besondere Verantwortung Deutschlands (Angaben in %)



Skalenwert 1 („trifft völlig zu“) ————— 5 („trifft überhaupt nicht zu“).
Abgebildet sind die Skalenwerte 1 und 2.

Zustimmung zu den Aussagen: „Vor dem Hintergrund der Geschichte des Nationalsozialismus hat das heutige Deutschland eine besondere Verantwortung.“ und „Vor dem Hintergrund der Geschichte des Nationalsozialismus hat das heutige Deutschland eine besondere Verantwortung für das jüdische Volk.“



Wer trägt die Verantwortung?

Im Diskurs der deutschen politischen Eliten gilt die bleibende Verantwortung Deutschlands für das jüdische Volk als unveräußerlicher Teil der Staatsraison und wird als überparteiliches Anliegen immer wieder in Reden und Gedenkfeiern bekräftigt. Die Umfrageergebnisse zeigen jedoch, dass die Haltung der deutschen Befragten zu diesem Thema schwieriger auf den Punkt zu bringen ist. Zwar bekennen sich die Befragten mehrheitlich (61 %) zu der besonderen Verantwortung Deutschlands. Aber Gegenstand und Inhalt dieser Verantwortung sind weniger klar. Nur 40 Prozent der Befragten glauben, dass Deutschland eine besondere Verantwortung für das jüdische Volk habe (Abb. 20). Wie bereits erwähnt gründet Deutschlands Anspruch „Nie wieder“ in der Idee der universalen Menschenrechte und des Minderheitenschutzes. Zudem gehört zu den Lehren, die die Deutschen aus dem Krieg gezogen haben, auch eine Tendenz, den Krieg unter allen Umständen als politisches Mittel abzulehnen. Trotz aller Kontroversen über die Beteiligung der Bundeswehr an internationalen Militäreinsätzen bleibt diese pazifistische Einstellung dominierendes Element der politischen Kultur und trägt dazu bei, dass viele Deutsche die israelische Politik in einigen Teilen ablehnen.

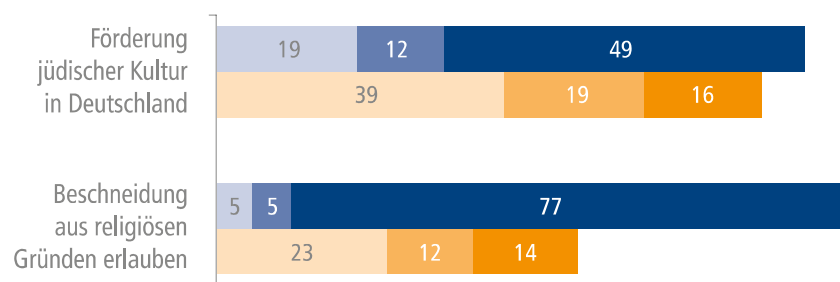
„Die unterschiedlichen Auffassungen von Verantwortung und die mit ihnen verbundenen Erwartungen können zu Kontroversen und Konflikten führen.“

Daher wird die Verantwortung Deutschlands oft in einem universalistischen Sinne definiert und nicht explizit mit Solidarität für Israel gleichgesetzt. Im Gegensatz dazu erwarten sich die Israelis von Deutschland Unterstützung für ihr Land und seine Politik – auch im Palästinenserkonflikt und gegen regionale Bedrohungen wie aus dem Iran. Diese unterschiedlichen Auffassungen von Verantwortung und die mit ihnen verbundenen Erwartungen können zu Kontroversen und Konflikten führen, wie wir im Folgenden sehen werden.

Verantwortung für die jüdische Kultur in Deutschland

Zwar verstehen die deutschen Befragten die besondere Verantwortung für das jüdische Volk nicht unbedingt im Sinne einer Unterstützung für und Solidarität mit Israel. Dennoch glaubt eine Mehrheit von 74 Prozent der Befragten, dass Deutschland die Verantwortung hat, die jüdische Religion und Kultur in Deutschland zu fördern. Von den israelischen Befragten teilen 80 Prozent diese Ansicht.

Abbildung 21: Jüdische Kultur und Religion in Deutschland (Angaben in %)



Skalenwert 1 („unter allen Umständen“) ← 6 („unter keinen Umständen“).
Abgebildet sind die Skalenwerte 1, 2 und 3.

Israel	Deutschland
■ Skalenwert 1 (unter allen Umständen)	■ Skalenwert 1 (unter allen Umständen)
■ Skalenwert 2	■ Skalenwert 2
■ Skalenwert 3	■ Skalenwert 3

Zustimmung zu den Aussagen: „Sollte die deutsche Bundesregierung die jüdische Kultur und Religion in Deutschland fördern?“ und „Sollte die deutsche Bundesregierung die Beschneidung aus religiösen Gründen erlauben?“; Antwortmöglichkeiten: 1 (unter allen Umständen) bis 6 (unter keinen Umständen), Skalenwerte 2 bis 5 konnten zur Abstufung verwendet werden.

Quelle: TNS Emnid 2013

BertelsmannStiftung

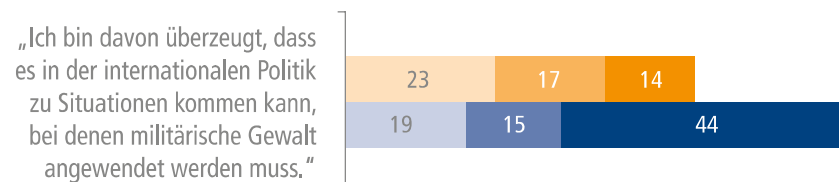
„Während der Wunsch geäußert wird,
die **jüdische Religion und Kultur**
in Deutschland zu fördern, ist die
Akzeptanz für die rituelle
Beschneidung eher gering.“

Die Daten in Abbildung 21 lassen den Wunsch erkennen, jüdisches Leben in Deutschland zu unterstützen. Gleichzeitig zeigt sich aber ein Widerspruch: Einerseits werden jüdische Religion und Kultur in Deutschland respektiert, andererseits ist die Akzeptanz für die rituelle Beschneidung eher gering. Lediglich 14 Prozent der deutschen Befragten sind der Meinung, die deutsche Regierung solle „unter allen Umständen“ die Beschneidung aus religiösen Gründen erlauben; insgesamt liegt die Zustimmungsrate bei 49 Prozent. Unter den israelischen Juden hingegen sind es 77 Prozent, die völlig zustimmen, die allgemeine Zustimmungsrate liegt bei 87 Prozent. Die Frage

wurde in der deutschen Öffentlichkeit heftig debattiert, nachdem die religiös motivierte Beschneidung 2012 vom Kölner Landgericht als rechtswidrige Körperverletzung gewertet wurde. Begründet wurde diese Entscheidung damit, dass das Recht des Kindes auf körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung schwerer wiege als das Recht der Eltern auf den Vollzug eines religiösen Rituals. Der von Vertretern der jüdischen und muslimischen Gemeinden als Angriff auf die freie Religionsausübung kritisierte Beschluss wurde als Gefahr für die jüdische und muslimische Kultur in Deutschland aufgefasst.

„Die deutsche Öffentlichkeit scheint den besonderen Rechten religiöser Minderheiten überaus kritisch gegenüberzu-
stehen und zu erwarten, dass sich diese der Mehrheitskultur anpassen.“

Abbildung 22: Anwendung von militärischer Gewalt (Angaben in %)



Skalenwert 1 („trifft völlig zu“) ← → 6 („trifft überhaupt nicht zu“).
Abgebildet sind die Skalenwerte 1, 2 und 3.

Israel	Deutschland
■ Skalenwert 1 (trifft völlig zu)	■ Skalenwert 1 (trifft völlig zu)
■ Skalenwert 2	■ Skalenwert 2
■ Skalenwert 3	■ Skalenwert 3

Zustimmung zu der genannten Aussage, Antwortmöglichkeiten: 1 (trifft völlig zu) bis 6 (trifft überhaupt nicht zu), Skalenwerte 2 bis 5 konnten zur Abstufung verwendet werden.

Quelle: TNS Emnid 2013

BertelsmannStiftung

Der Großteil der Stimmen in den öffentlichen Debatten zeigte kein Verständnis dafür, dass die Beschneidung für religiöse wie nicht religiöse Juden ein konstitutives Symbol der Zugehörigkeit zum jüdischen Volk darstellt. Die vorliegende Befragung belegt, dass die Zustimmung zur Beschneidung bei religiösen (93 %) wie nicht religiösen Juden (84 %) sehr hoch ist. Im öffentlichen Diskurs über die Beschneidung wurden teilweise sogar antisemitische Bemerkungen laut, die traditionelle und antijudaistische Stereotype wachriefen. Schließlich wurde vom deutschen Parlament jedoch ein Gesetz beschlossen, das die religiöse Beschneidung in Deutschland gestattet. Der Konflikt geht gleichwohl über die spezifische Frage der Beschneidung hinaus; er zeigt, dass die Bevölkerung angesichts der wachsenden öffentlichen Sichtbarkeit religiöser Praktiken von Minderheiten Unbehagen empfindet. Die deutsche Öffentlichkeit scheint den besonderen Rechten religiöser Minderheiten überaus kritisch gegenüberzustehen und zu erwarten, dass sich diese der Mehrheitskultur anpassen.

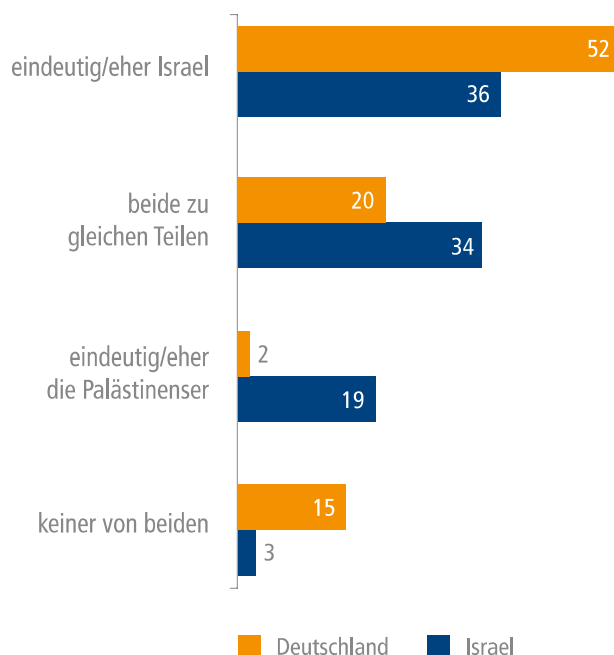
Verantwortung und der Palästinenserkonflikt

Auch im Kontext des israelisch-palästinensischen Konflikts gewinnt die deutsche Verantwortung eine besondere Bedeutung. Wie lassen sich diese Verantwortung und die Erinnerung an die Verbrechen der Vergangenheit in konkrete Politik übersetzen? Welchen Einfluss haben die Lektionen der Geschichte auf die Außenpolitik und die bilateralen Beziehungen? Inwieweit unterscheiden sich die deutsche und die israelische Wahrnehmung internationaler Konflikte und ihrer Lösungsmöglichkeiten?

„Deutsche und Israelis bekennen sich zwar beide zur Demokratie, vertreten jedoch im Hinblick auf den Einsatz des Militärs bei internationalen Konflikten unterschiedliche Auffassungen.“

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gilt für die deutsche Politik der unumstößliche Grundsatz, dass politische Probleme nicht

Abbildung 23: Wen unterstützt die deutsche Bundesregierung?
(Angaben in %)



Antworten auf die Frage: „Wer wird Ihrer Ansicht nach von der deutschen Bundesregierung unterstützt?“; an 100 % fehlend: „weiß nicht, keine Angabe“.

Quelle: TNS Emnid 2013

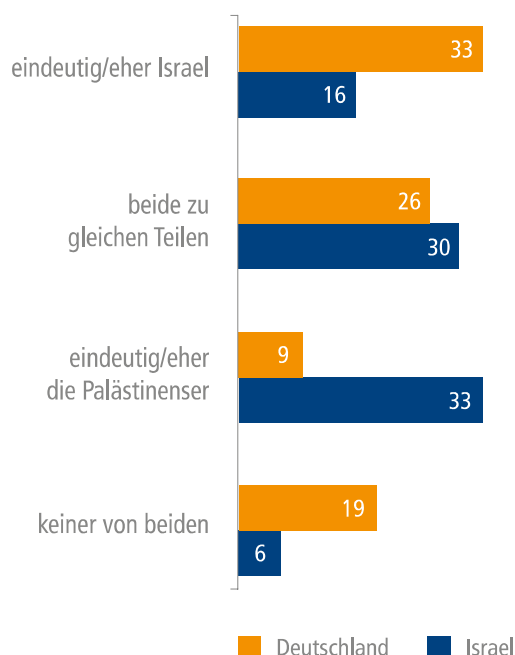
| BertelsmannStiftung

mit militärischen Maßnahmen zu lösen sind. Zwar hat sich das Land seit dem Mauerfall in Zusammenarbeit mit anderen Staaten an internationalen Militäreinsätzen beteiligt, aber meist nur in begrenztem Umfang und auf eine sehr abgestimmte Weise. Die öffentliche Meinung lehnt die Lösung politischer Probleme mit Waffengewalt noch immer ab. Ganz anders verhält es sich in Israel. Für die jüdische Bevölkerung bezeugt der Holocaust die Notwendigkeit eines starken, unabhängigen Staates, der in der Lage ist, Sicherheit und Überleben des jüdischen Volkes zu garantieren. Diese Überzeugung wurde durch Kriege und unlösbare Konflikte nur noch weiter verstärkt. Entsprechend stimmen 44 Prozent der israelischen Befragten, aber nur 14 Prozent der Deutschen der folgenden Aussage „völlig“ zu: „Ich bin davon überzeugt, dass es in der internationalen Politik zu Situationen kommen kann, bei denen militärische Gewalt angewendet werden muss“. Insgesamt stimmen mehr als

drei Viertel (78 %) der israelischen Befragten dem Einsatz von Gewalt unter bestimmten Bedingungen zu. In der deutschen Stichprobe halten sich Zustimmung (54 %) und Ablehnung (46 %) fast genau die Waage. Ähnliche Unterschiede sind in der Einschätzung des Palästinenserkonflikts und des Nahostkonflikts erkennbar (siehe Abb. 22).

Am 18. März 2008 bekräftigte Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Rede vor der israelischen Knesset das deutsche Bekenntnis zu und die Verantwortung für Israel mit den Worten: „Gerade an dieser Stelle sage ich ausdrücklich: Jede Bundesregierung und jeder Bundeskanzler vor mir waren der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels verpflichtet. Diese historische Verantwortung Deutschlands ist Teil der Staatsräson meines Landes. Das heißt, die Sicherheit Israels ist für mich als deutsche Bundeskanzlerin niemals verhandelbar“ (Presse- und Informationsamt der

Abbildung 24: Wen unterstützt die deutsche Bevölkerung?
(Angaben in %)



Antworten auf die Frage: „Wer wird Ihrer Ansicht nach von der Bevölkerung in Deutschland unterstützt?“; an 100% fehlend: „weiß nicht, keine Angabe“.

Quelle: TNS Emnid 2013

| BertelsmannStiftung

Bundesregierung 2008). Die derzeitige Koalitionsregierung aus CDU/CSU und SPD hat dieses Bekenntnis zur Sicherheit Israels in ihren Koalitionsvertrag aufgenommen und in Bezug auf den Palästinenserkonflikt erneut bestätigt, dass nur eine Zweistaatenlösung Sicherheit und Frieden für Israel und die Palästinenser garantieren kann (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2010).

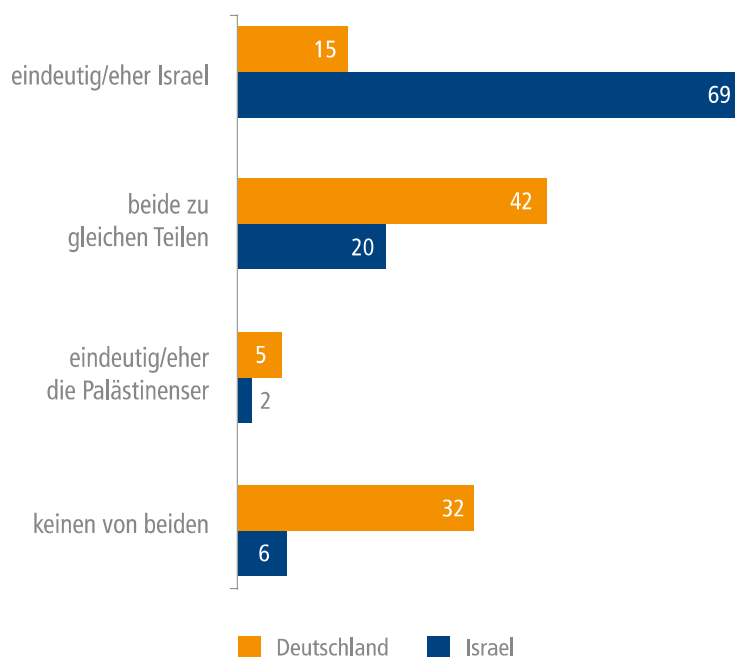
Auch wenn die offizielle politische Linie Deutschlands in dieser Hinsicht eindeutig ist, besteht offenbar Uneinigkeit darüber, auf wessen Seite die Regierung und die deutsche Bevölkerung tatsächlich stehen. Wie aus Abbildung 23 ersichtlich wird, glauben 52 Prozent der deutschen Befragten, dass die deutsche Regierung eher zu Israel steht. Ein Fünftel ist der Meinung, sie unterstütze beide Seiten, und nur 2 Prozent geben an, die deutsche Regierung sei aufseiten der Palästinenser. Hingegen glaubt nur ein Drittel der deutschen Befragten, dass die deutsche Bevöl-

kerung Israel unterstützt. 9 Prozent sind der Meinung, dass die Deutschen aufseiten der Palästinenser stehen, ein Viertel denkt, dass sie zu gleichen Teilen für beide Parteien sind, und 19 Prozent, dass sie keine der beiden unterstützen (siehe Abb. 24).

Diese Unterschiede deuten auf eine wachsende Kluft zwischen der Regierung und der Bevölkerung in Bezug auf die Israelpolitik hin. In der Tat sind die deutschen Befragten mehrheitlich gegen eine Parteinahme der deutschen Regierung in diesem Konflikt – lediglich 15 Prozent fordern Unterstützung für Israel und 5 Prozent für die Palästinenser, während die Mehrheit entweder beide Seiten gleichermaßen unterstützen (42 %) oder neutral bleiben will (32 %, siehe Abb. 25)

„Die jüngere Generation nimmt eine zunehmend distanzierte und kritische Haltung gegenüber Israel ein.“

Abbildung 25: Wen sollte die deutsche Bundesregierung unterstützen?
(Angaben in %)



Antworten auf die Frage: „Wenn Sie entscheiden könnten, wen sollte die deutsche Bundesregierung Ihrer Meinung nach unterstützen?“; an 100 % fehlend: „weiß nicht, keine Angabe“.

Quelle: TNS Emnid 2013

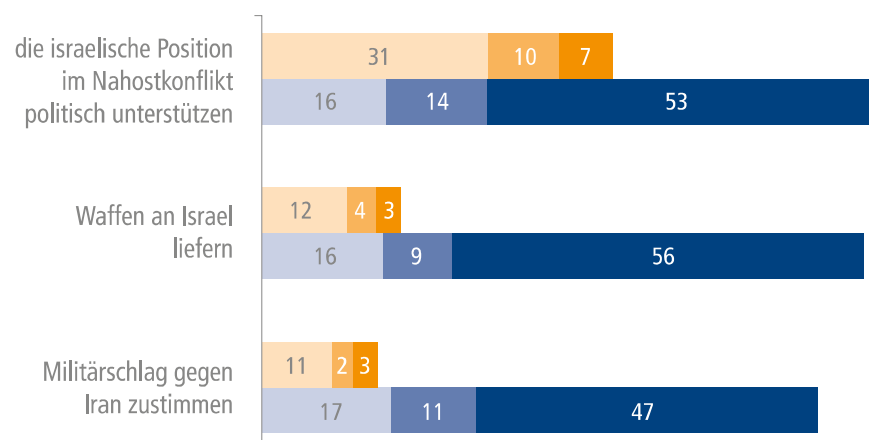
| BertelsmannStiftung

Der Wunsch nach einer deutschen Unterstützung für Israel ist unter den jüngeren Befragten besonders schwach ausgeprägt – nur 8 Prozent der unter 30-Jährigen sind dafür. Das zeigt, dass die jüngere Generation eine zunehmend distanzierte und kritische Haltung gegenüber Israel einnimmt.

Die israelischen Befragten sind hinsichtlich der Haltung der deutschen Bevölkerung und der deutschen Regierungslinie zum Palästinenserkonflikt geteilter Meinung. Ein Drittel (33 %) glaubt, dass die deutsche Bevölkerung für die Palästinenser Partei ergreift, und lediglich 16 Prozent denken, dass sie auf der Seite Israels steht (Abb. 24). Dies ist vielleicht das einzige Anzeichen dafür, dass die Israelis die israelkritische Stimmung im heutigen Deutschland wahrnehmen. Die übrigen Befragten glauben, dass die deutsche Bevölkerung beide Seiten gleichermaßen

unterstützt. Etwa ein Drittel der israelischen Befragten ist zudem der Ansicht, dass sowohl die Bevölkerung als auch die deutsche Regierung Israelis und Palästinenser gleichermaßen unterstützen. Daraus wird erneut ersichtlich, dass die Israelis der deutschen Bevölkerung zwar eher weniger vertrauen, bei der deutschen Regierung aber ein starkes politisches Engagement zugunsten Israels wahrnehmen – selbst wenn sich Deutschland um eine ausgewogene Position bemüht (Abb. 23 und 24). So ist der Anteil der Befragten, die glauben, dass die deutsche Regierung im Palästinenserkonflikt aufseiten Israels steht, mit 36 Prozent fast doppelt so hoch wie der Anteil derer, die eine Unterstützung der Palästinenser wahrzunehmen meinen (19 %). Die übrigen Befragten glauben, dass die deutsche Regierung beide Seiten gleichermaßen unterstützt. Die Zahlen wurden erhoben, nachdem die deutsche Kanzlerin Angela

Abbildung 26: Erwünschtes Verhalten der deutschen Bundesregierung (Angaben in %)



Skalenwert 1 („unter allen Umständen“) ← 6 („unter keinen Umständen“).
Abgebildet sind die Skalenwerte 1, 2 und 3.

Israel	Deutschland
■ Skalenwert 1 (unter allen Umständen)	■ Skalenwert 1 (unter allen Umständen)
■ Skalenwert 2	■ Skalenwert 2
■ Skalenwert 3	■ Skalenwert 3

Zustimmung zu den Aussagen: „Ihrer Ansicht nach: Sollte die deutsche Bundesregierung ...?“ Antwortmöglichkeiten: 1 (unter allen Umständen) bis 6 (unter keinen Umständen), Skalenwerte 2 bis 5 konnten zur Abstufung verwendet werden.

Quelle: TNS Emnid 2013

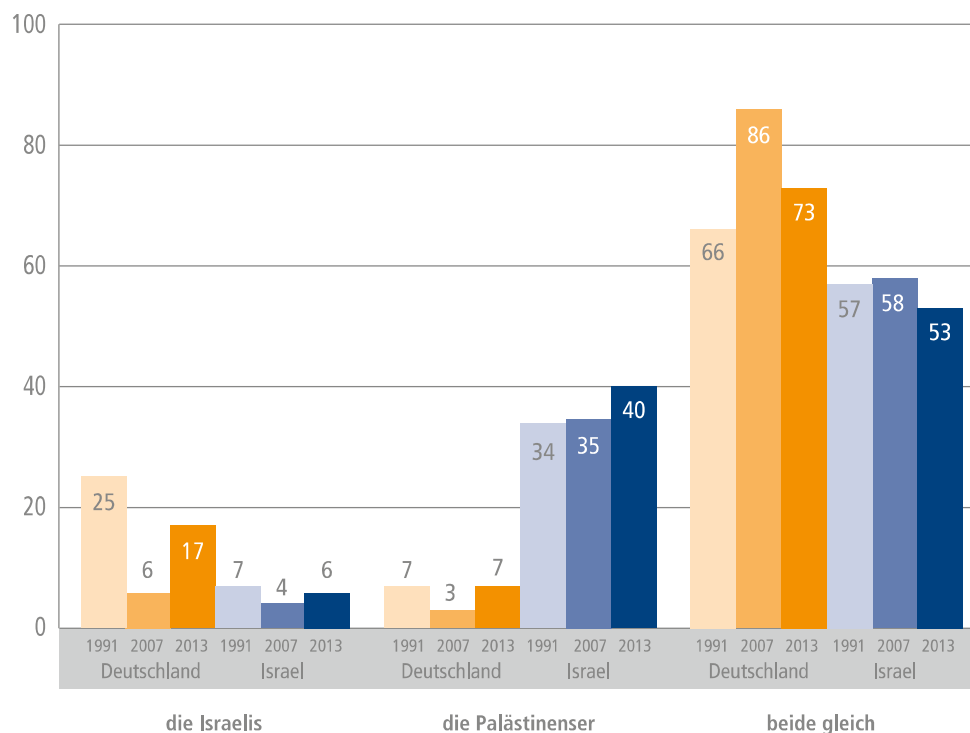
BertelsmannStiftung

Merkel bei verschiedenen Gelegenheiten zur israelischen Politik kritisch Position bezogen hatte: etwa durch Stimmenthaltung (statt der Abgabe einer Gegenstimme) bei der UN-Abstimmung über einen palästinensischen Staat im November 2012 und durch ihre offene Kritik an der Ausdehnung der Siedlungen im Dezember 2012, unmittelbar bevor diese Umfrage durchgeführt wurde.

„Die Israelis vertrauen der deutschen Bevölkerung zwar eher weniger, nehmen bei der deutschen Regierung aber ein **starkes politisches Engagement** zugunsten Israels wahr.“

Es steht außer Zweifel, dass die Israelis eine deutsche Parteinahme für Israel erwarten. Jedoch ist dies wahrscheinlich nur zum Teil auf die NS-Vergangenheit zurückzuführen. Der Hauptgrund ist vielmehr, dass die Israelis sich insgesamt eine starke Unterstützung von außen, insbesondere von den demokratischen Staaten Westeuropas, wünschen. Wie das Kapitel 1 deutlich gemacht hat, sehen sich die meisten Israelis moralisch im Recht. Es ist daher weniger erstaunlich, dass fast 70 Prozent der Befragten finden, die deutsche Regierung solle Israel unterstützen, als dass immerhin 20 Prozent dafür eintreten, dass Deutschland beide Seiten gleichermaßen unterstützt (Abb. 25).

Abbildung 27: Wer muss im Nahostkonflikt nachgeben (Angaben in %)



Antwort auf die Frage: „Wer muss im Nahostkonflikt Ihrer Meinung nach mehr nachgeben, die Israelis oder die Palästinenser oder beide gleich viel?“; an 100 % fehlend: „weiß nicht, keine Angabe“.

Quelle: TNS Emnid 1991, 2007, 2013

BertelsmannStiftung

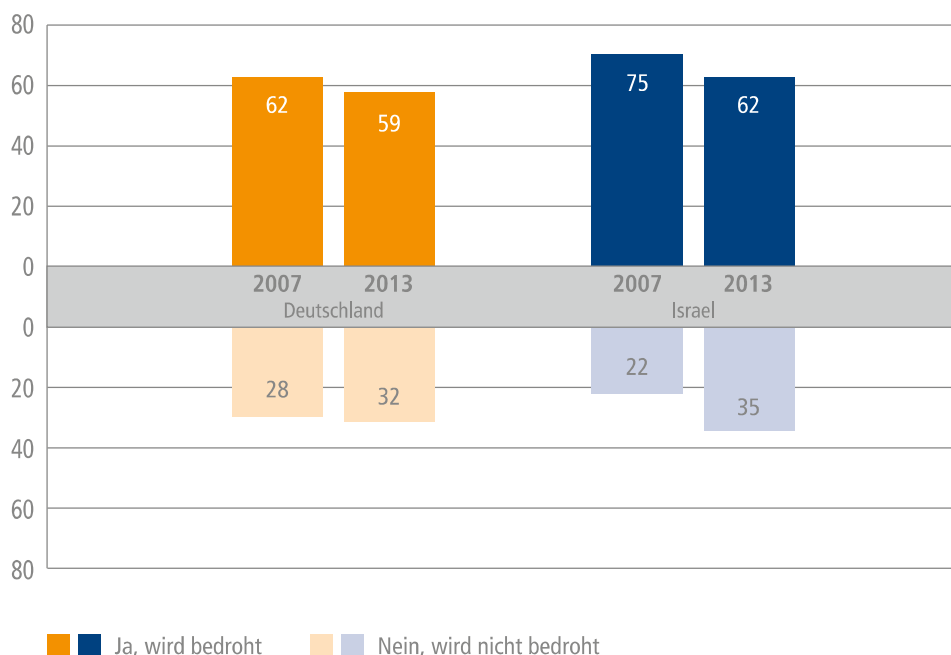
Das grundsätzliche Ergebnis der Umfrage – dass sich eine starke Mehrheit die Unterstützung der deutschen Regierung für Israel wünscht – wird an anderer Stelle bekräftigt: nämlich bei der Frage, ob die deutsche Regierung im Palästinenserkonflikt auf Israels Seite stehen sollte. Dies bejahen 83 Prozent der jüdischen Israelis, wobei mehr als die Hälfte völlige Zustimmung signalisiert. Darüber hinaus erwarten sich die Israelis auch konkrete Unterstützung bei der militärischen Verteidigung des Landes: 81 Prozent sagen, dass Deutschland Israel mit Waffenlieferungen unterstützen soll, und 75 Prozent wünschen sich Hilfe von der deutschen Regierung bei einem Militärschlag gegen den Iran. Die deutschen Befragten hingegen lehnen eine solche militärische Lösung des Konflikts und die Zustimmung ihrer Regierung dazu gleichermaßen ab. Waffenlieferungen

werden von weniger als einem Fünftel befürwortet und eine Zustimmung der deutschen Regierung zu einem Militärschlag gegen den Iran nur von 16 Prozent (Abb. 26).

Für eine Lösung des Palästinenserkonflikts ist es nach Ansicht einer großen Mehrheit der deutschen Befragten notwendig, dass beide Seiten Zugeständnisse machen. Allerdings ist die Zahl derer, die nur von Israel Kompromissbereitschaft einfordern, mit 17 Prozent höher als die Zahl derer, die das von den Palästinensern erwartet (7 %, siehe Abb. 26). Trotz kleinerer Schwankungen haben sich die Zustimmungsraten zu dieser Frage in mehreren Umfragen der letzten Jahre nicht dramatisch verändert.

Wenig überraschend ist, dass der Anteil der Israelis, die von den Palästinensern Kom-

Abbildung 28: Bedrohung Israels durch das iranische Atomprogramm
(Angaben in %)



Antwort auf die Frage: „Glauben Sie, dass Israel durch das iranische Atomprogramm in seiner Existenz bedroht wird?“;
an 100 % fehlend: „weiß nicht, keine Angabe“.

Quelle: TNS Emnid 2007, 2013

BertelsmannStiftung

promissbereitschaft einfordern (40 %) um einiges den Anteil derjenigen übersteigt, die von Israel mehr Zugeständnisse erwarten (6 %). Diese winzige Minderheit ist sogar noch kleiner als die Zahl der Israelis, die sich in der Regel als „linksgerichtet“ bezeichnen (18 bis 20 % der israelischen Juden).

„Somit existiert in beiden Ländern eine klare Mehrheit, die Kompromissbereitschaft von beiden Seiten fordert.“

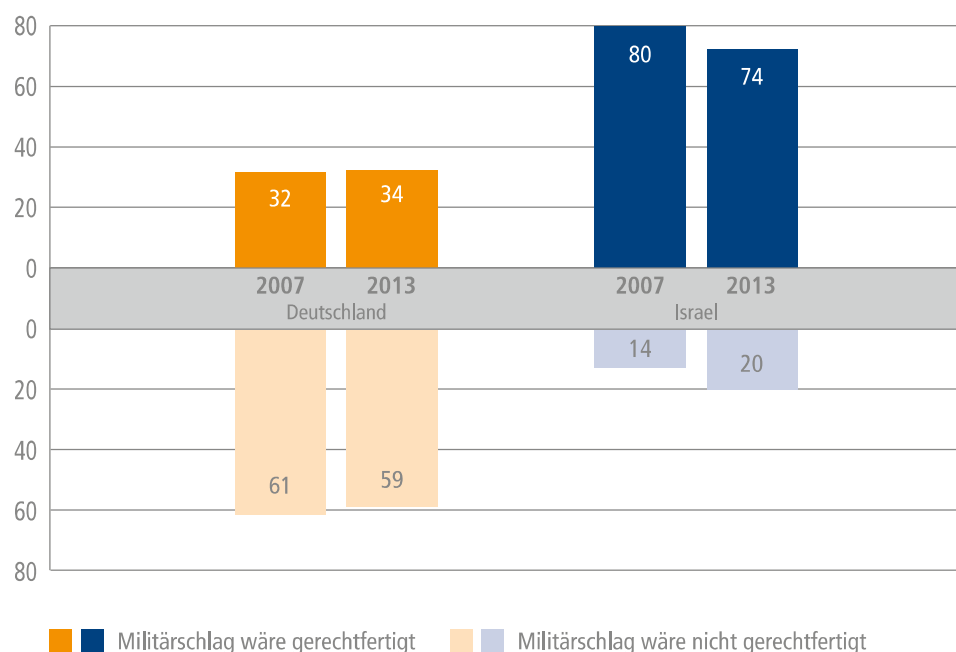
Allerdings glaubt auch mehr als die Hälfte (53 %) der Israelis, dass beide Seiten Zugeständnisse machen müssen (Abb. 27). Darin zeigt sich eine relativ ausgewogene Sicht auf den Konflikt und seine mögliche Beilegung. Diese Zahl ist seit der ersten Umfrage im

Jahre 1991 recht stabil. Somit existiert in beiden Ländern eine klare Mehrheit, die Kompromissbereitschaft von beiden Seiten fordert, auch wenn diese Mehrheit in Deutschland größer ist als in Israel.

Verantwortung und die Iranpolitik

Ähnlich wie in Israel vertritt auch in Deutschland eine Mehrheit (fast 60 %, siehe Abb. 28) die Auffassung, dass das iranische Atomprogramm eine existenzielle Bedrohung für Israel darstellt. Allerdings sind die Deutschen sehr viel vorsichtiger und zurückhaltender bei der Befürwortung eines Militärschlags gegen den Iran: Lediglich ein Drittel halten diesen im Fall eines Scheiterns von Sanktionen für gerechtfertigt. An diesen Zahlen hat sich seit 2007 nichts geändert. Dies mag daran liegen, dass die meisten Deutschen das iranische Atomprogramm

Abbildung 29: Legitimität eines Militärschlags gegen den Iran
(Angaben in %)



Antwort auf die Frage: „Ist ein Militärschlag gegen den Iran gerechtfertigt, wenn der Iran trotz umfangreicher Verhandlungen die Atombombe baut?“; an 100 % fehlend: „weiß nicht, keine Angabe“.

Quelle: TNS Emnid 2007, 2013

BertelsmannStiftung

nicht als direkte Bedrohung für sich selbst wahrnehmen. Zudem besteht in Deutschland allgemein die Sorge, dass aus einem Militärschlag gegen den Iran ein regionaler oder sogar globaler Konflikt erwachsen könnte. Auch die möglichen politischen und wirtschaftlichen Folgen der Unterstützung militärischer Schritte gegen den Iran für Deutschland mögen eine Rolle spielen.

Fast zwei Drittel der Israelis betrachten das iranische Atomprogramm als Gefahr für die Sicherheit ihres Landes. Bemerkenswert ist jedoch, dass mehr als ein Drittel (35 %) diese Meinung nicht teilt und dass der Anteil derjenigen, die diese Bedrohung wahrnehmen, seit 2007 von 75 auf 62 Prozent gesunken ist (Abb. 28). Dieser Befund wird jedoch davon überschattet, dass ganze drei Viertel einen Militärschlag mittragen würden, wenn der Iran sein Atomprogramm trotz diplo-

matischer Sanktionen weiterführt. Das sind allerdings sechs Prozentpunkte weniger als 2007, damals stimmten noch 80 Prozent der Befragten dieser Aussage zu (Abb. 29).

Zwar ist die Wahrnehmung einer existenziellen Bedrohung durch das iranische Atomprogramm in allen Bevölkerungsgruppen etwa gleich stark vorhanden. Einen Militärschlag aber wird von den religiösen Befragten und der jüngeren Generation durchweg stärker befürwortet. Während zwei Drittel der nicht religiösen Israelis im Falle des Scheiterns diplomatischer Bemühungen einen Militärschlag für gerechtfertigt halten, liegt die Zustimmungsrate unter den religiösen Befragten bei fast 90 Prozent. Bei den über 60-Jährigen stimmen 62 Prozent, bei den unter 29-Jährigen 84 Prozent einem Militärschlag zu. Dieser Befund bestätigt einmal mehr die Trends der Vergangenheit: In der

gesamten Geschichte Israels sind die religiöseren Mitglieder der Gesellschaft zugleich in vielerlei Hinsicht Vertreter einer harten Linie. Das sorgt, in Verbindung mit den hohen Geburtenraten in diesen Gruppen, für einen deutlichen Trend zu rechtsgerichteten, kompromisslosen Einstellungen in den jüngeren Altersgruppen in Israel.

„Deutschland genießt in Israel eine höhere politische Glaubwürdigkeit als jedes andere europäische Land.“

Die durchweg guten Noten, die die Israelis Deutschland geben, deuten darauf hin, dass es in Israel eine höhere politische Glaubwürdigkeit als jedes andere europäische Land genießt. Dazu hat sicherlich die langjährige deutsche Unterstützung für Israel in internationalen Gremien beigetragen. Dass Israelis und Deutsche zudem in ihrer Mehrheit beide der Ansicht sind, dass der israelisch-palästinensische Konflikt auf eine Kompromissbereitschaft beider Seiten (Israelis wie Palästinenser) angewiesen ist, lässt einen gewissen Konsens in diesem hochbrisanten Thema erkennen.

Unbeschadet des dauerhaften, überparteilichen Bekenntnisses der politischen Eliten Deutschlands zum Staat Israel zeigt die Umfrage jedoch, dass sich die Einstellung der Bevölkerung differenzierter darstellt: Die israelischen Befragten sind mehrheitlich der Ansicht, dass Deutschland eine Verantwortung für das jüdische Volk zukommt. Die Deutschen jedoch stimmen dieser Auffassung weniger stark zu und definieren Verantwortung eher über universalistische Ideen wie den Schutz von Individualrechten und Minderheiten. Infolgedessen steht eine Mehrheit der Befragten der vermeintlichen Unterstützung Israels durch die deutsche Regierung kritisch gegenüber und möchte nicht, dass Deutschland im Konflikt Partei ergreift.

Diese Unterschiede zeigen sich auch in der Haltung der beiden Gemeinwesen zum Gebrauch militärischer Mittel und zu den möglichen Antworten auf das iranische Atomprogramm.

Ihre Ursachen hat diese Diskrepanz sowohl in den völlig unterschiedlichen sicherheitspolitischen Gegebenheiten beider Länder als auch in den gänzlich unterschiedlichen Schlussfolgerungen, die die beiden Länder aus der Vergangenheit gezogen haben. Das um seine Sicherheit, ja seine Existenz fürchtende Israel (wo eine, wenn auch kleiner werdende Mehrheit den Iran weiterhin als existenzielle Bedrohung ansieht) ist wesentlich eher bereit, eine militärische Lösung zu rechtfertigen. Deutschland sieht sich zwar nicht in seiner Existenz bedroht, weiß jedoch, dass der Iran für Israel eine solche Bedrohung darstellt. Dennoch neigt es, in Übereinstimmung mit den in der Nachkriegszeit entwickelten Grundprinzipien, dazu, den Einsatz militärischer Mittel als Problemlösungsstrategie abzulehnen.

5. Fazit

Die vorliegende Studie wirft einen differenzierten Blick auf den Zustand der deutsch-israelischen Beziehungen. Diese sind, so ein Kernergebnis, keineswegs „normal“, sondern nach wie vor von der Vergangenheit geprägt. Für beide Länder ist der Holocaust ein negativer Referenzpunkt, der Identitäten und nationale Selbstverständnisse wesentlich formt. Für jüdische Israelis ist die Vergangenheit eng mit der Notwendigkeit eines jüdischen Staates verknüpft. Eine deutliche Mehrheit von ihnen möchte das Andenken an den Holocaust auch in Zukunft wachhalten und misst der Vergangenheit auch für die Gegenwart und in den Beziehungen zu Deutschland eine aktuelle Relevanz zu. Die deutschen Befragten hingegen unterschätzen, wie sehr der Holocaust das Bild Deutschlands in Israel auch heute noch prägt. Sie tendieren stärker dazu, sich auf Probleme der Gegenwart zu konzentrieren und einen Schlussstrich unter die Vergangenheit und explizit auch den Holocaust zu ziehen. Die Studie zeigt, dass die Forderung nach einem Schlussstrich überdurchschnittlich stark von den jüngeren deutschen Befragten vertreten wird.

Eine wesentliche Fragestellung der Studie richtet sich auf die Wahrnehmung und Interpretation der viel zitierten besonderen Verantwortung Deutschlands, die sich aus der Geschichte ergibt. Deutsche und Israelis

teilen die Beurteilung, dass Deutschland eine besondere Verantwortung trägt. Aber die damit verbundenen Implikationen, Erwartungen und Schlussfolgerungen differieren in beiden Ländern deutlich. Die Israelis erwarten sich von Deutschland Unterstützung nicht nur für das jüdische Volk, sondern auch Unterstützung für Israel in aktuellen Konflikten. Die Deutschen hingegen verorten ihre Verantwortung eher auf einer abstrakten Ebene, die sich in der Unterstützung für individuelle Menschenrechte und liberal-demokratische Grundsätze äußert. Zudem herrscht eine grundsätzliche Skepsis gegenüber dem Einsatz militärischer Gewalt in Konflikten. Die auch von den deutschen Befragten akzeptierte Verantwortung Deutschlands erstreckt sich daher nicht notwendigerweise auf die politische oder gar militärische Unterstützung Israels. Diese Diskrepanzen werden noch durch die jeweiligen Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft verstärkt, die beide Länder bewältigen müssen. Die Israelis, die sich von ständig schwelenden Konflikten bedroht sehen, die jederzeit offen ausbrechen können, sind eher zu militärischen Maßnahmen und unter gewissen Umständen auch zur Einschränkung liberaler Werte bereit als die Deutschen, die keinen vergleichbaren existenziellen Bedrohungen ausgesetzt sind. Die deutschen Befragten sind hinsichtlich militärischer Einsätze weitaus zögerlicher.

Trotz der Vergangenheit ist das Bild Deutschlands in Israel positiver als das der Deutschen von Israel, dies gilt sowohl für die Wahrnehmung der deutschen Regierung wie auch des Landes allgemein. Aus Sicht der meisten Israelis ist Deutschland heute eine freundlich gesinnte Nation und ein Verbündeter. Die positive Wahrnehmung Deutschlands hat in den vergangenen Jahrzehnten deutlich und kontinuierlich zugenommen. Allerdings stehen die jüngeren Israelis Deutschland und seiner Regierung deutlich kritischer gegenüber als die Älteren.

Die Wahrnehmung Israels in der deutschen Bevölkerung ist hingegen deutlich zwiespältiger, positive und negative Einstellungen sind nahezu gleich stark ausgeprägt. Die israelische Regierung wird gar mehrheitlich negativ bewertet, was sich auch auf die Gesamtwahrnehmung Israels negativ auswirken dürfte. Die Studie zeigt, dass die Haltung Israel gegenüber bei den meisten Deutschen nicht nur durch die Vergangenheit geprägt ist, sondern durch die Wahrnehmung des israelisch-palästinensischen Konflikts überlagert und beeinflusst wird. Das führt zu einer kritischen und in Teilen ablehnenden Haltung gegenüber Israel, insbesondere unter den jüngeren Deutschen.

Die Ergebnisse weisen somit auch auf eine zunehmende Diskrepanz zwischen den

politischen Eliten Deutschlands und der deutschen Bevölkerung hin: Jeder Zweite der Befragten steht einer politischen Unterstützung Israels im Nahostkonflikt durch die deutsche Regierung eher ablehnend gegenüber; Waffenlieferungen an Israel lehnen gar 80 Prozent aller Deutschen ab.

Erschreckend hoch ist die Zustimmung zu verschiedenen Formen des Antisemitismus. Mehr als ein Viertel der Befragten bejahten Stereotype des traditionellen Antisemitismus. Dieser scheint relativ konsistent, stabil und änderungsresistent zu sein und ist insbesondere unter älteren Befragten verbreitet. Die Umfrageergebnisse zeigen zudem einen besorgniserregenden Anstieg in den letzten Jahren des gegen Israel gerichteten Antisemitismus. Somit bleibt die Bekämpfung der verschiedenen Formen des Antisemitismus eine wichtige und andauernde Herausforderung für die deutsche Gesellschaft.

Was bedeuten diese Ergebnisse für die deutsch-israelischen Beziehungen knapp 50 Jahre nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen? In den vergangenen Jahrzehnten sind vielfältige Institutionen der Begegnung und des Austauschs zwischen Deutschland und Israel geschaffen worden. Erfolgreicher Dialog gelingt allerdings nur dann, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Dafür bedarf es gemeinsamer Erfahrungen in Ver-

gangenheit und/oder Gegenwart oder einer gemeinsamen Lebenswelt, die von ähnlichen Werten, Grundüberzeugungen, Interessen und Identitäten geprägt ist. Die vorliegenden Daten belegen, dass diese Voraussetzungen im Fall von Deutschland und Israel nicht immer gegeben sind.

Für die Zukunft ist es daher wichtig, Formen der Begegnung und des Dialogs zu schaffen, die ein gegenseitiges Verständnis der Unterschiede und Gemeinsamkeiten ermöglichen. Es bedarf eines differenzierten und vielschichtigen Diskurses, der den unterschiedlichen politischen, kulturellen und sicherheitspolitischen Kontexten Rechnung trägt und damit Missverständnisse und eine verzerrte Sicht auf den Anderen vermeidet. Dialog und Austausch können dann ein gemeinsames Lernen fördern und die Vertrauensbasis schaffen, auf der sich die Beziehungen auch in Zukunft nachhaltig entwickeln können.

Kontinuität trotz Wandel?

Einsichten in das deutsch-israelisch/ jüdische Verhältnis

von Dan Diner¹

Wer die aktuelle Erhebung zum deutsch-israelisch/jüdischen Verhältnis mit der vorausgegangenen Befragung (2007) vergleicht, findet keine auffälligen Abweichungen. Die ermittelten Werte sind wesentlich stabil geblieben. Auch weiter zurückliegende Untersuchungen bestätigten diesen Befund. Es kann von einer gleichsam strukturellen Konstanz gesprochen werden. Ist über das Verhältnis zwischen Deutschland/den Deutschen und Israel/den israelischen Juden also wirklich nichts Neues zu vermelden?

„Bei genauerer Betrachtung
erweist sich die empirisch erwiesene
Konstanz allerdings als
überaus ambivalent.“

Bei genauerer Betrachtung erweist sich die empirisch erwiesene normative Konstanz allerdings als überaus ambivalent. Dies wird dann offensichtlich, wenn sporadisch aufschäumende Skandalisierungen von sich reden machen. Man denke etwa an die im Erhebungszeitraum schlagartig ausgebrochene Erregung im Nahen Osten bezüglich Israels und an Vorkommnisse, die die jüdische Gemeinschaft in Deutschland zum Thema hatten – etwa die inzwischen in Vergessen-

heit geratene Grass-Affäre und die Beschneidungsdebatte. Günter Grass, der wohl bedeutendste lebende deutsche Schriftsteller und Nobelpreisträger, hat in einem polemisch zugespitzten politischen Gedicht Israel als einen chronischen Feind des Weltfriedens ausgemacht und dem jüdischen Staat dabei atomare Vernichtungsabsichten gegenüber dem Iran unterstellt. Die Juden wie Muslime betreffende Beschneidungsfrage ist da schon wesentlich komplexer gelegen – immerhin erweckte sie den Eindruck, dass sich dabei verbesserter Kinderschutz und eine archaische, völlig unzeitgemäße Körperverletzung gegenüberstünden. In diese Gegenüberstellung mischten sich freilich Töne und Untertöne, die auf tiefer gelegene Ebenen gleichsam theologischen Charakters, wenn auch in profanem Gewand, verwiesen.

„Die bei solchen Kontroversen
aufbrechenden
Leidenschaften machen
deutlich, dass das deutsch-
israelisch/jüdische
Verhältnis zu massiven
Verwerfungen neigt.“

¹ Dieser Text wurde im Frühjahr 2013 verfasst.

Die bei solchen und ähnlich gelagerten Kontroversen aufbrechenden Leidenschaften machen jedenfalls deutlich, dass jenes durch Umfragen belegte und als stabil erachtete deutsch-israelisch/jüdische Verhältnis zu massiven Verwerfungen neigt. Dies vor allem dann, wenn Kernbestände des jeweils eigenen Selbstverständnisses aufgerufen werden – sei es die vor dem Hintergrund historischer Erfahrung unterschiedlich besetzte Friedensfrage oder die Frage nach den religiös begründeten körperlichen Zugehörigkeitskennzeichen. Wie tief das von Grass heraufbeschworene Bild eines jüdischen Gemeinwesens reicht, dem die mutwillige Auslösung eines Weltenbrandes zugetraut wird (und zwar, jedenfalls was den Iran betrifft, in Umkehrung der tatsächlichen Gefahrenlage), wird allein schon in der Formulierung deutlich, die Grass seinem politischen Gesang auf den Weg in die Öffentlichkeit mitgab. Er war mit der Autorität eines testamentarischen Siegels versehen: Letzte Tinte, also das letzte Wort. So jedenfalls möchte Grass von der Nachwelt erinnert werden. Den Betrachter mag es verwundern, dass eine Person wie Grass, der seit den frühen 1960er Jahren für das aufgeklärte Gemeinwesen der Bundesrepublik Deutschland steht wie kaum ein anderer, sich zur späten Stunde derart – wenn auch verdeckt – theologisch zu Worte meldet. Es scheint so, als würde dem Staate Israel manches von dem aufgebürdet, was in christlicher Tradition seiner biblischen

Bedeutung zukommt, also jene Tiefenschichten, die offenbar von Mal zu Mal aufgerufen werden, ohne dass dies ihren Sprechern dabei bewusst wird. Dass diese Tiefenschichten gerade in der Beschneidungsdebatte zum Vorschein kommen, liegt nahe, zumal dieser Frage ohne die theologische Bedeutungsebene kaum der Status des Absoluten und Unbedingten zugekommen wäre.

Veränderte Ausgangslagen

Das Grass-Gedicht und die Beschneidungsdebatte sind Wegmarken einer sich über Jahrzehnte hinziehenden Chronik skandalisierter Auffälligkeiten im deutsch-israelisch/jüdischen Verhältnis. Sie gewinnen ihre eigentliche Bedeutung vor dem Hintergrund einer Beziehungsgeschichte, der inzwischen ein hohes Maß an Gelassenheit und Normalität zukommt, und verweisen damit auf einen Komplex, der letztendlich nur als hochambivalent bezeichnet werden kann. Die deutsch-israelisch/jüdischen Beziehungen sind paradoxe Beziehungen.

Auf dem Feld der Politik steht die Lage im Nahen und Mittleren Osten im Vordergrund: auch und vor allem der israelisch-palästinensische Konflikt, dessen historischer Verlauf eine eigentümliche Wiederholungsdynamik aufweist. Damit wird offenkundig, dass es um die Parameter seiner Bewältigung nicht zum Besten steht. Obwohl sich am Horizont

keine Lösung abzeichnet, sind erhebliche Veränderungen zu vermelden, die allerdings nicht den immer wieder aufkeimenden Konflikt, sondern die Region betreffen. Zwischen der Erhebung des Jahres 2007 zum deutsch-israelischen/jüdischen Verhältnis und den vorliegenden Daten haben sich die Verhältnisse in der Region gänzlich verändert. Die anfangs als „Arabischer Frühling“ bezeichneten Revolten, die in ihrer Wirkung von Land zu Land verschieden sind, haben das Umfeld des arabisch/palästinensischen-israelischen Konflikts umgepflügt. Gut zwei Jahre nach Beginn der Umwälzungen kann in Bezug auf die arabische Welt von einer sunnitisch eingefärbten Revolution gesprochen werden, die vor allem Syrien – zurückhaltend formuliert – übel mitspielt, ohne dabei die Verantwortung des Assad-Regimes zu mindern. Damit verschieben sich die regionalen Kräfteverhältnisse und die Einflussgrößen für eine mögliche Friedensstiftung massiv, wenn sie sie nicht überhaupt in weitere Ferne rücken. Nicht, dass auf diese Weise ein israelisch-palästinensischer Frieden auf der Grundlage zweier Staaten hinfällig würde. Ganz im Gegenteil wäre ein solcher – könnte er denn erreicht werden – ein Beitrag zur Entspannung. Doch die mit einem solchen Vorhaben verbundenen Erwartungen an regionaler Stabilität büßen ihre Bedeutung zunehmend ein. Oder noch dramatischer: Der arabisch-israelische Konflikt scheint angesichts der die Region erfassenden Erschütterungen und Beben seinen Primat zu verlieren.

„Der arabisch-israelische Konflikt scheint angesichts der die Region erfassenden Beben seinen Primat zu verlieren.“

Der zurückliegende soziale Protest ebenso wie der Ausgang der letzten israelischen Wahlen haben deutlich werden lassen, dass sich die Israelis nach innen kehren, die Lösung des Konflikts mit den Palästinensern

an Dringlichkeit verliert oder mehr noch: dass der Stellenwert einer Friedenslösung durch die regionalen Verwerfungen immer geringer wird. Fragen des Sozialen, der Verteilungsgerechtigkeit und des guten Regierens schienen relevanter zu werden als die eigentlich doch existenzielle Frage nach Krieg und Frieden.

„Auch in Europa verändern sich die vertrauten Parameter.“

Auch in Europa verändern sich die vertrauten Parameter. Dies gilt für den europäischen Einigungsprozess, der bislang, einem allseits akzeptierten Narrativ folgend, auf eine immer stärkere Integration hinauslaufen schien. Dabei ist auffällig, dass durch die einheitliche Währung, das gewünschte gemeinsame Maß, bestehende habituelle Unterschiede des Wirtschaftens und Haushaltens im Zuge der Schuldenkrise stärker hervorgetreten sind und damit auch unterschiedliche nationale Prägungen in Europa akzentuiert wurden. All dies steht nicht in direktem Zusammenhang zum deutsch-jüdischen Verhältnis, wenn auch Fragen kollektiver Zugehörigkeit – also die Zunahme europaskeptischer bis europafeindlicher Parteien und Strömungen – darüber verstärkt aufgeworfen werden. Schließlich war es der über Jahre, wenn nicht über Jahrzehnte ungebrochene Trend der Europäisierung, der zu einer Neutralisierung nationaler Unterschiede und historischer Sollbruchstellen im Verhältnis der europäischen Nationen zu- und untereinander beitrug. Die Juden Europas, vor allem aber die Juden in Deutschland, konnten durch eine solche Neutralisierung auch ihre Integration befördert sehen.

Ein weiteres, Neuerungen in sich bergendes Element für das deutsch-israelisch/jüdische Verhältnis ist die Präsenz des Islam in Europa und somit auch in Deutschland. Was die Fragen des Ritus angeht, stehen Judentum

und Islam sich einander näher als jeweils zum Christentum. Das gilt für Speisevorschriften, vor allem aber für eben jenes Ritual der Beschneidung. Und solange sich Fragen der Speisevorschriften, vor allem die des rituellen Schlachtens, des sogenannten Schächtens, nicht mit der Frage der Beschneidung von männlichen Säuglingen oder Kleinkindern verbinden, dürfte das lauernde theologische Moment die Beschneidungsdebatte nicht über Gebühr belasten. Sollte sich dies ändern und kämen solche Forderungen auch aus einer den Muslimen ohnehin wenig gewogenen Richtung, dann dürfte auch das deutsch(-christlich)-jüdische Verhältnis davon in Mitleidenschaft gezogen werden.

„Belastet ist auch das jüdisch-muslimische Verhältnis in Deutschland.“

Belastet ist auch das jüdisch-muslimische Verhältnis in Deutschland. So haben die Vertreter der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland unumwunden darauf hingewiesen, in der Beschneidungsdebatte nur für sich, also für die Juden sprechen zu wollen. Ein gemeinsames Vorgehen mit Muslimen werde nicht angestrebt. Das trennende Moment zwischen beiden Religionsgemeinschaften ist die leidige Palästinafrage. Dieser Dauerkonflikt entfremdet in einem Land wie Frankreich Juden und Muslime weitaus stärker voneinander, als dies in Deutschland der Fall ist, was offensichtlich mit der komplexen Kolonialvergangenheit des Landes, aber auch mit seinem laizistischen republikanischen Selbstverständnis in Verbindung steht. Der in Deutschland traditionelle Konfessionalismus und das Staatskirchenrecht eröffnen hier ganz andere Möglichkeiten der Integration.

Vor dem Hintergrund des breiteren politischen und sozialen Kontexts sollen nun die Erhebungsergebnisse genauer in den

Blick genommen werden. Angesichts des skizzierten, sich neu justierenden Kontexts wäre auch innerhalb der über lange Dauer diagnostizierten Stabilität der Befragungsergebnisse auf das Sichtbarwerden kleinerer Verschiebungen zu achten, die unter Umständen doch so etwas wie einen Wandel ankündigen.

Gesicherte und ungesicherte staatliche Existenz

Wenn im Folgenden Auffälligkeiten in der aktuellen Befragung herausgestellt werden, so dient dies wesentlich dazu, die wiederkehrenden Strukturmerkmale des deutsch-israelisch/jüdischen Verhältnisses herauszustellen. Dazu gehören Merkmale, die sowohl mit der Vergangenheit, also dem Nationalsozialismus und dem Holocaust, in Verbindung stehen, als auch mit dem Konflikt im Nahen Osten. Sie betreffen so unterschiedliche Parameter wie der gesicherten, in sich ruhenden Existenz des Gemeinwesens der Deutschen und der chronisch ungesicherten Existenz des Staates Israel. Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Gegensätze speisen sich wesentlich aus diesen existenziellen Bedingungen, die unterschiedlicher nicht sein könnten. Das wird bereits anhand der Frage nach der Wertigkeit von kollektiver oder nationaler Zugehörigkeit deutlich. Diese Frage in Deutschland und in Israel zu stellen, bedeutet, sich auf große Differenzen gefasst zu machen, denn tatsächlich sind die beiden Gemeinwesen in dieser Hinsicht gleichsam gegensätzlich gepolt. Im Unterschied zu Deutschland ist Israel ein noch sehr junges und in sich ungefestigtes Gemeinwesen. Genau genommen versteht der Staat, ob schon vor einem Menschenleben etabliert, sein Nationsbildungsprojekt noch immer als unabgeschlossen. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass in Israel 90 Prozent der Befragten ihre Nationalität als wichtigen Bestandteil ihres Selbstverständnisses ansehen. Hingegen mag es verwundern, dass sich auch in Deutschland immerhin 80 Prozent der Befragten so äußern –

allerdings lässt dies zugleich erkennen, dass kollektiver Zugehörigkeit in Deutschland eine höhere Wertigkeit zukommt, als man vielleicht vermuten würde. Schließlich, so jedenfalls die Erwartung, sind die Diskurse in der veröffentlichten Meinung in Deutschland entweder europäisch orientiert oder verstehen sich als postnational. In Israel sind sie dramatischer, da sie vor dem Hintergrund eines Konflikts geführt werden und mit der an diesen Konflikt anknüpfenden Frage nach der Legitimität des Gemeinwesens verbunden sind, was allenthalben zu massiven emotionalen Aufwallungen führt.

Ihre Fortsetzung findet die Frage nach der nationalen Zugehörigkeit bzw. der Identifikation mit dem Kollektiv in beiden Ländern in den Einstellungen zum individualrechtlichen Schutz und der Akzeptanz von nationalen und kulturell verschiedenen Minderheiten. Dabei ist offensichtlich, dass in Deutschland die Bereitschaft zum Schutz von Minderheiten und Individualrechten stärker ausgeprägt ist als in Israel. Dieser Unterschied hat zweierlei Ursachen: Einerseits das in der Bundesrepublik ausgeprägtere zivile Bedürfnis, die Gestaltungsmacht des Staates einzuschränken (Individualrechte), und die höhere Bereitschaft, kulturelle Unterschiede gelten zu lassen (Minderheiten). Dies würde auf eine gefestigte liberale Linie in der politischen Kultur deuten. Andererseits wirkt sich auf israelischer Seite der arabisch/palästinensisch-israelische Konflikt aus, der in seinem Kern ein demographischer Konflikt ist und zu der Bereitschaft führt, menschenrechtliche wie liberale Erwägungen aus Sicherheitsgründen hintanzustellen. So steht die arabische Minderheit in Israel, also die Palästinenser israelischer Staatsangehörigkeit, unter Generalverdacht, dem israelischen Gemeinwesen wenn nicht feindlich, so jedenfalls distanziert gegenüberzustehen, was seiner Definition als jüdischem Staat ebenso geschuldet ist wie der Konfliktlage insgesamt. Es ist also zu bedenken, dass die arabische Minderheit in Israel einer jüdischen Mehrheit gegenübersteht, die

aber ihrerseits im mehrheitlich arabisch-muslimischen Nahen Osten eine Minderheit darstellt. Diese paradoxe Verkehrung macht wiederum den Kern des Konflikts aus, auch wenn die israelische Landnahme in den 1967 besetzten Gebieten zur demographischen Umkehrung der bestehenden Verhältnisse unberücksichtigt bliebe. So befindet sich die Demokratie in Israel in einem doppelten Belagerungszustand: Durch die demographischen Verhältnisse (Mehrheit/Minderheit), die ethnisch-nationale Zugehörigkeit mit einem politischen Bonus oder Malus belegen, und durch die schwebende Möglichkeit ihrer Verkehrung. Der demographische Charakter des Konflikts (hier die unter nationalem Verdacht stehende arabische Minderheit in Israel, dort die Israelis als Minderheit in einer überwiegend arabisch-islamischen Region) ist etwas anderes als jene Fremdenfeindlichkeit, die etwa schwarzafrikanischen Flüchtlingen in Israel entgegenschlägt. Diese hat ihre Quelle nicht im demographisch angelegten Konflikt, sondern in Xenophobie. Diese Flüchtlinge werden im Zustand der relativen Rechtlosigkeit ihrer ethnischen Sichtbarkeit wegen gebrandmarkt und kollektiv mit gewissen sozialen Attributen, etwa der Kriminalität, in Verbindung gebracht.

In den Augen des jeweils Anderen

Soweit sich die Befragung mit dem Verhältnis zwischen den Deutschen und den israelischen Juden befasst, ist auffällig, dass die Zahlen von einem gegenseitigen Desinteresse sprechen. Das ist angesichts der historischen Belastung, die das Verhältnis zwischen Deutschen und Juden prägt, nicht zu beklagen, sondern eigentlich ein Ausdruck von Normalität. Daraus könnte geschlossen werden, dass die Vergangenheit als bestimmendes Moment in den deutsch-israelisch/jüdischen Beziehungen durch eine offene Gegenwarts- und Zukunftsorientierung abgelöst wird. In der Welt der Zukunft ist der jeweils Andere nicht unbedingt als konstantes Element der Selbstdefinition sichtbar, will heißen: Deutsche und Juden beziehen

sich bei ihrer Selbstdefinition nicht mehr auf ihr historisches Verhältnis zum jeweils Anderen. In den ersten Jahrzehnten nach dem Holocaust war das noch anders. Damals schien der Andere ständig präsent. Indes wird diese Zustandsbeschreibung durch die Befunde der Erhebung auch wieder konträrkiert, wenn auch nur in eingeschränktem Ausmaß. So ist die israelische Öffentlichkeit Deutschland gegenüber zweigeteilt, wobei die Mehrheit der Israelis im Großen und Ganzen eine gute Meinung über Deutschland hat. Diese Haltung schlägt dann um, wenn aufgrund von skandalisierenden Ereignissen in Deutschland oder im Nahen Osten die eingängigen historischen Bilder wieder abgerufen werden – wodurch eben jene strukturelle Ambivalenz des Verhältnisses offenbar wird.

Dass Deutschland von den Israelis zunehmend positiv wahrgenommen wird, dürfte auch mit dem Generationswechsel in Verbindung stehen. Das bedeutet aber – wieder paradoxerweise – keineswegs, dass jüngere Menschen einem positiven Deutschlandbild anhängen, die älteren hingegen nicht. So haben im Vergleich die über 60-Jährigen in Israel eine positivere Einstellung zu Deutschland, als die weitaus jüngeren Befragten es haben. Dies erklärt sich nicht dadurch, dass ältere Menschen ein besonderes Näheverhältnis zur Vergangenheit haben, sondern dadurch, dass sie besonnener reagieren als Jugendliche, die gemeinhin klare Unterscheidungen bevorzugen und die Welt eher nach stereotypen Kategorien einteilen.

„Es sollte aufhören
lassen, dass in Deutschland die
Meinung über Israel
im Allgemeinen und über die
israelische Regierung
mit ihrer sichtbaren
Politik massiv
auseinandertreten.“

Es sollte aufhören lassen, dass in Deutschland die Meinung über Israel einerseits und über die israelische Regierung andererseits massiv auseinandertreten. Eine solche Diskrepanz ist meist eher bei der Beurteilung von autoritär oder diktatorisch regierten Ländern zu beobachten, wo ein Gegensatz zwischen der Staatsmacht und der Bevölkerung erkennbar ist. Israel jedoch ist eine Demokratie. In der Regierungsbildung kommt die Auffassung der Mehrheit zur Geltung. Gemeinwesen und Regierungspolitik treten nicht beliebig auseinander. Diese eklatante Differenz lässt sich offenbar dadurch erklären, dass es um die Meinung der Deutschen über Israel weitaus schlechter bestellt ist, als die Umfragedaten nahezulegen scheinen. Wahrscheinlich widerspiegeln diese eine Meinungsäußerung, die dem Einfluss der Geschichte mehr als den ureigenen Gefühlen der Befragten entspringt. In der überaus negativen Haltung zur israelischen Regierung und ihrer Politik dürfte sich in erheblichem Maße die Einstellung zu Israel als Ganzem äußern. Dies lässt sich auf den Konflikt mit den Palästinensern zurückführen, jedenfalls soweit es die abgegebenen Erklärungen betrifft. Bedenklich ist der relativ hohe Anteil der deutschen Befragten, der die Behandlung der Palästinenser durch die Israelis mit jener der Juden durch die Nazis vergleicht bzw. gleichsetzt. Das weist in eine Richtung, die von der ohnehin komplexen Konstellation des Konflikts abweicht und auf tiefere Beweggründe schließen lässt. So sieht die überwiegende Zahl der Deutschen ihre Haltung zu Israel durch den Nationalsozialismus bedingt. Die eher zurückhaltende Haltung zu Israel ist demnach eher in der deutschen Vergangenheit und weniger in der Einstellung zum Konflikt im Nahen Osten begründet.

Wie stark die politischen Kulturen in beiden Ländern bei den Themen Konflikt, Militär und Gewaltanwendung auseinandertreten, zeigt sich an der Bereitschaft oder Nichtbereitschaft, Israel im Konfliktfalle zu unterstützen. Dabei ist offenkundig, dass diese in

erster Linie durch das Moment der räumlichen Distanz zum Konflikt bedingt wird. Auf Tieferliegendes zu schließen, wäre sicher nicht falsch, aber doch eher nachgeordnet. Die Logik der räumlichen Ferne gilt im Übrigen auch für fast alle weiteren Befunde der Umfrage zum Konflikt – bis hin zur Haltung zum iranischen Atomprogramm.

Zwiespältige Signale für die jüdische Kultur in Deutschland

Einen ähnlichen Befund weist das Meinungsbild zur Frage nach einer Förderung der jüdischen Kultur in Deutschland auf. Die Zustimmung zu einer Förderung dürfte sich wesentlich aus der Pflicht gegenüber der Vergangenheit ergeben – vielleicht auch als Ersatz für eine politische Stellungnahme, die man lieber unterlässt. Eine ähnliche Einstellung wird auch Israel gegenüber deutlich: Ein ansteigendes Interesse an israelischer Literatur ist genau zu jenem Zeitpunkt zu beobachten, als das politische Interesse an Israel aus naheliegenden Gründen erlischt. In der Beschneidungsfrage halten sich Befürworter und Gegner in etwa die Waage, wobei interessanterweise festzuhalten ist, dass ein Drittel der deutschen Befragten sich „unter allen Umständen“ gegen die Beschneidung ausspricht. Dies dürfte so etwas wie einer qualifizierten Mehrheit entsprechen, wobei zu bedenken ist, dass die Beschneidung als religiöse Pflicht zum nicht verhandelbaren Kernbestand des Judentums zählt.

„Ein Drittel der deutschen Befragten spricht sich ‚unter allen Umständen‘ gegen die Beschneidung aus.“

Neu dürfte die durchwegs positive israelische Haltung zur Förderung jüdischer Kultur in Deutschland sein. Dabei bleibt ungeklärt, ob die befragten Israelis darunter die kultu-

relle Förderung der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland verstehen oder die Förderung des jüdischen Erbes in diesem Land, also seine Musealisierung. Auffällig ist, dass in Israel – anders als in den ersten Jahrzehnten der Existenz des jüdischen Staates – die Präsenz von Juden in Deutschland nicht mehr als Sakrileg aufgefasst wird. Mehr noch: Sie wird nicht nur lakonisch akzeptiert, sondern in weiteren Kreisen offenbar gutgeheißen. Inwieweit dies mit einer generationellen Neigung oder mit anderen lebensweltlichen Faktoren der Gegenwart in Verbindung steht, ausgehend von einer Israelisierung der israelischen Juden, geht aus der Anlage der Befragung nicht hervor.

Umgang mit Spannungen

Was die Vergangenheit der nationalsozialistischen Verfolgung der Juden angeht oder damit in Verbindung gebracht wird, ist in Deutschland eine auffällige Stabilität zu erkennen. Die Deutschen haben der Umfrage nach ihre generationenübergreifende Verantwortung für den Nationalsozialismus angenommen, wenn auch diese Akzeptanz ein breites Spektrum an Unterschieden offenbart. Die Forderung nach einem Schlussstrich sorgt in unterschiedlichen Abständen für Widerrede, was zu einem jeweils neuen Schub der Beschäftigung mit jener Zeit und mit dem Holocaust als ihrem zentralen Ereignis führt. Insoweit kann die Zeit des Nationalsozialismus bzw. ihre generationenübergreifende Verarbeitung als wesentlicher Bestandteil der politischen Kultur in Deutschland angesehen werden. Dies will gleichwohl nicht heißen, dass die Menschen in Deutschland und Israel daraus dieselben Schlüsse ziehen. Eher handelt es sich um einen Bezugspunkt, der unter Umständen zu gegenteiligen Folgerungen führt. Dies nicht allein aus Gründen kultureller oder religiöser Verschiedenheit, sondern vornehmlich der gegebenen politischen Rahmenbedingungen wegen: Das sind vor allem die relativ gesicherte Lage Deutschlands im Zentrum Europas und die wenig Sicherheit in Aus-

sicht stellende Lage der israelischen Juden. Damit sind die Parameter des Erwägens und Ermessens a priori unterschiedlich, gar gegensätzlich. Wo Gemeinsamkeiten aufgerufen werden können, geschieht dies eher den jeweils herrschenden Umständen zum Trotz – sei es aus weltanschaulicher Überzeugung oder aus Gründen übergeordneter Interessenlagen, aber jedenfalls weniger aus der jeweiligen doch so unterschiedlichen Existenz Erfahrung heraus. Da diese das eigentlich treibende Moment sozialer Wirklichkeit ist, beginnt die politische und kulturelle Regulierung von untergründig bestehenden und als „objektiv“ gesetzten Spannungen immer wieder von Neuem und lenkt sie in eine Richtung, die sie handhabbar macht. Dass eine solche Regulierung wesentlich ein Projekt von Eliten ist, die jene Unterschiede zu verstehen scheinen, wird nicht zuletzt durch die Umfrage des Jahres 2013 bestätigt. Sie ist bei aller strukturellen Unterschiedlichkeit der beiden Gemeinwesen in gewisser Hinsicht auch ein Ausdruck der politischen Stabilität und Kontinuität der politischen Kulturen der beiden in so bemerkenswerter Weise miteinander verbundenen Länder – Deutschland und Israel.

„Die Zeit des
Nationalsozialismus
bzw. ihre generationenüber-
greifende Verarbeitung
kann als wesentlicher
Bestandteil der politischen
Kultur in Deutschland
angesehen werden.“

Trendvergleich 2013–2014

von Steffen Hagemann

Erhebungsmethodik

Um etwaige Veränderungen in der Meinung der deutschen Bevölkerung zu überprüfen, hat das Befragungsinstitut TNS Emnid im Oktober 2014 insgesamt sieben Fragen der Umfrage von 2013 erneut erhoben. Die Daten dieser Untersuchung wurden in einer telefonischen Befragung erhoben (Computer Assisted Telephone Interviewing). Folgende Parameter lagen dabei zugrunde:

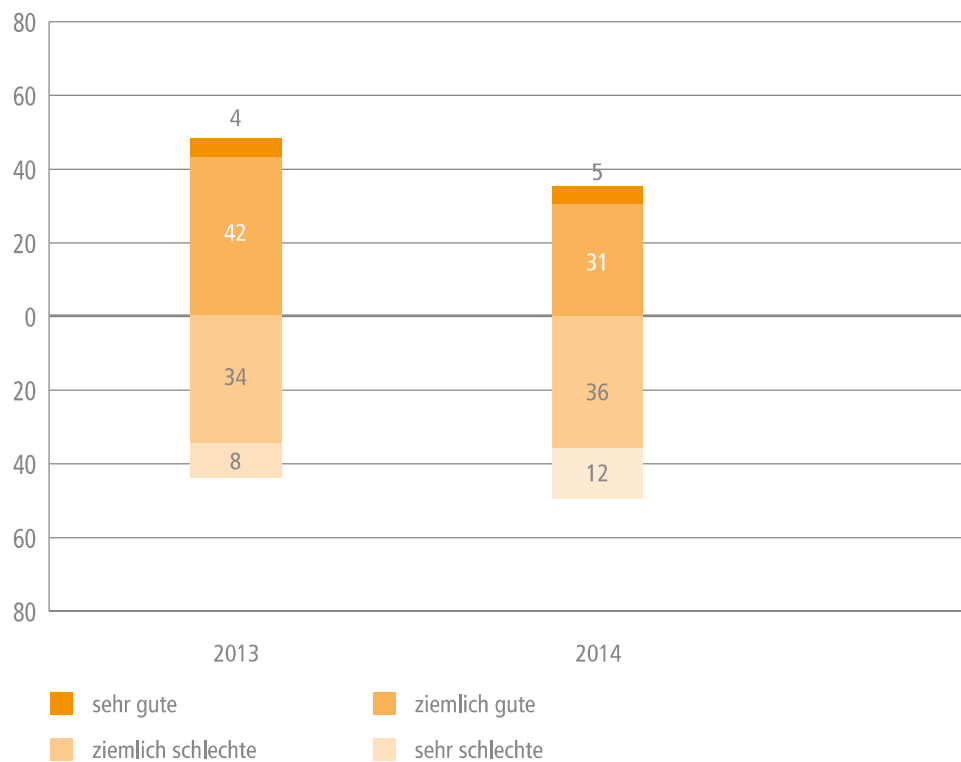
- Grundgesamtheit: deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren in Privathaushalten in der Bundesrepublik Deutschland
- Stichprobenumfang: 946
- Durchführungszeitraum: 10.10. – 11.10.2014

Die mittlere Fehlertoleranz der Anteilswerte beträgt ± 3 Prozentpunkte (bei einer Sicherheitswahrscheinlichkeit von 90 %, eine Stichprobengröße von $n = 946$ zugrunde gelegt).

Meinung über Israel

Die Meinung gegenüber Israel hat sich in der Blitzumfrage 2014 deutlich verschlechtert. Hatten 2013 noch 46 Prozent der Befragten eine sehr oder ziemlich gute Meinung über Israel geäußert, sind es 2014 nur noch 36 Prozent. Die Zahl der Befragten mit einer ziemlich oder sehr schlechten Meinung über Israel ist hingegen von 42 auf 48 Prozent gestiegen. 16 Prozent (im Vergleich zu 12 % 2013) konnten keine Angabe machen. Die Untersuchung aus 2013 hat hier einen Zusammenhang mit der schlechten Meinung über die israelische Regierung vermutet, was auf eine Gleichsetzung Israels mit der Politik der Regierung hindeutet. Dies könnte auch die verschlechterten Werte erklären, da die Politik der Regierung Israels im Gaza-Konflikt 2014 in deutschen Medien, insbesondere angesichts der hohen Anzahl ziviler palästinensischer Opfer, scharf kritisiert worden ist.

Abbildung 1: Meinung über Israel (Angaben in %)



Antworten auf die Frage: „Was denken Sie ganz allgemein über das heutige Israel? Haben Sie eine sehr gute, eine ziemlich gute, eine ziemlich schlechte oder eine sehr schlechte Meinung über Israel?“; an 100 % fehlend: „weiß nicht, keine Angabe“.

Quelle: TNS Emnid 2013, 2014

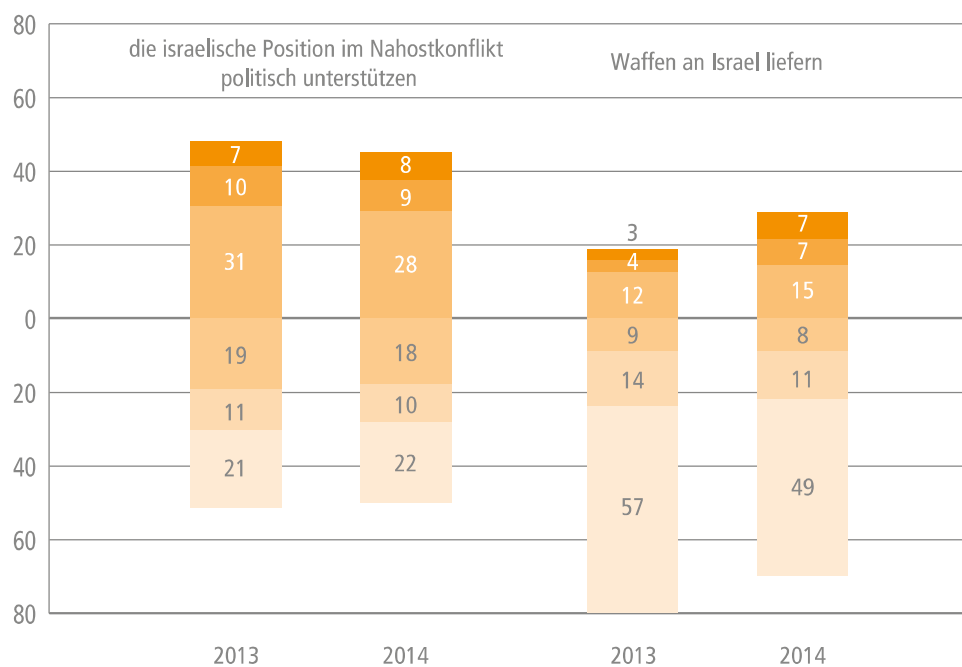
BertelsmannStiftung

Erwünschtes Verhalten der deutschen Bundesregierung

Bei der Frage, ob die deutsche Bundesregierung die israelische Position im Nahostkonflikt unterstützen soll, ist nahezu keine Veränderungen festzustellen. Die Meinungen der Deutschen scheinen hier stark festgelegt zu sein, sodass ein Konflikt wie der Gaza-Konflikt nur wenig Einfluss auf diese grundsätzliche Frage hat. Die Befragten sind hier nahezu gespalten: 45 Prozent sind eher einer Unterstützung Israels zugeneigt, 50 Prozent wünschen dies nicht. Betrachtet man allerdings nur die höchsten und niedrigsten Antwortoptionen (Top-2- und Bottom-2-Boxes) so wird deutlich, dass fast doppelt so viel Befragte (32 %) die Unterstützung Israels klar ablehnen, während nur 17 Prozent eine eindeutige Unterstützung Israels fordern.

Interessanterweise hat die Unterstützung für Waffenlieferungen an Israel, wenn auch auf vergleichsweise niedrigem Niveau, zugenommen. So befürworten (in Abstufungen) 29 Prozent der Befragten Waffenlieferungen an Israel, ein klarer Anstieg um 10 Prozentpunkte im Vergleich zu 2013. Noch immer lehnt jedoch eine klare Mehrheit weiterhin Waffenlieferungen an Israel ab (68 % gegenüber 80 % in 2013). Diese Veränderungen könnten darauf hindeuten, dass der Beschuss Israels mit Raketen der Hamas das Verständnis für die Notwendigkeit eines militärischen Vorgehens leicht erhöht hat, auch wenn die Unterstützung vorsichtig und qualifiziert bleibt.

**Abbildung 2: Erwünschtes Verhalten der deutschen Bundesregierung
(Angaben in %)**



Skalenwert 1 („unter allen Umständen“) ←→ 6 („unter keinen Umständen“).
Abgebildet sind die Skalenwerte 1, 2 und 3.

- Skalenwert 1 (unter allen Umständen)
- Skalenwert 4
- Skalenwert 2
- Skalenwert 5
- Skalenwert 3
- Skalenwert 6 (unter keinen Umständen)

Antworten auf die Frage: „Ihrer Ansicht nach: Sollte die deutsche Bundesregierung die israelische Position im Nahostkonflikt politisch unterstützen?“; „Ihrer Ansicht nach: Sollte die deutsche Bundesregierung Waffen an Israel liefern?“;
an 100 % fehlend: „weiß nicht, keine Angabe“.

Quelle: TNS Emnid 2013, 2014

| BertelsmannStiftung

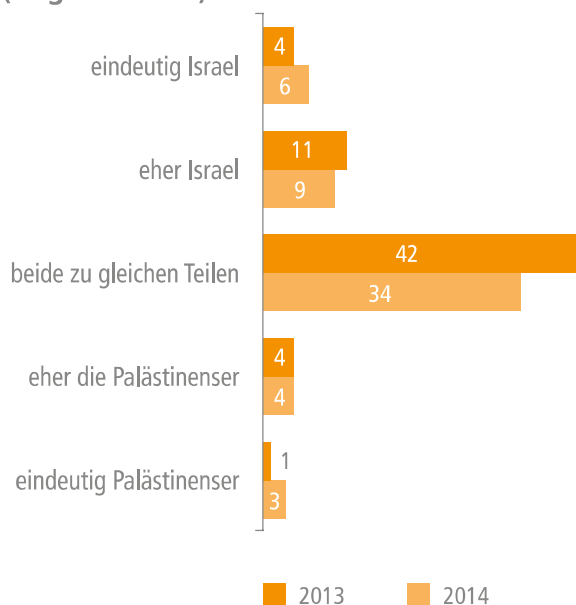
Wen sollte die Bundesregierung unterstützen?

Die Daten nach dem Gaza-Krieg zeigen, dass nur wenige der Befragten sich mit einer Konfliktpartei identifizieren. Diese Potenziale sind nahezu unverändert geblieben: 15 Prozent der Befragten wünschen, dass die Bundesregierung eindeutig oder eher Israel unterstützt (im Vergleich zu 15 % 2013), 7 Prozent bevorzugen eine Unterstützung für die Palästinenser (im Vergleich zu 5 % 2013). Trotz der medialen Berichterstattung und der Wirkmächtigkeit der Bilder von der Zerstörung im Gaza-Streifen konnten

die Palästinenser somit nicht an politischer Unterstützung gewinnen.

Die Daten zeigen zudem eine steigende Frustration und Ratlosigkeit in der deutschen Bevölkerung. Hatten 2013 noch 42 Prozent eine Unterstützung beider Parteien gefordert, so befürworteten 2014 nur noch 34 Prozent diese Position; gestiegen ist jedoch die Zustimmung zu einer im Vergleich distanzierteren und passiveren Haltung, die keine von beiden Parteien unterstützen möchte: 38 Prozent der Befragten stimmten der Option „keine von beiden“ zu (im Vergleich zu 32 % 2013).

Abbildung 3: Wen sollte die deutsche Bundesregierung unterstützen?
(Angaben in %)



Antworten auf die Frage: „Wenn Sie entscheiden könnten, wen sollte die deutsche Bundesregierung Ihrer Meinung nach im israelisch-palästinensischen Konflikt unterstützen?“; an 100 % fehlend: „keiner von beiden“, „weiß nicht, keine Angabe“.

Quelle: TNS Emnid 2013, 2014

BertelsmannStiftung

Einen Schlussstrich unter die Vergangenheit ziehen

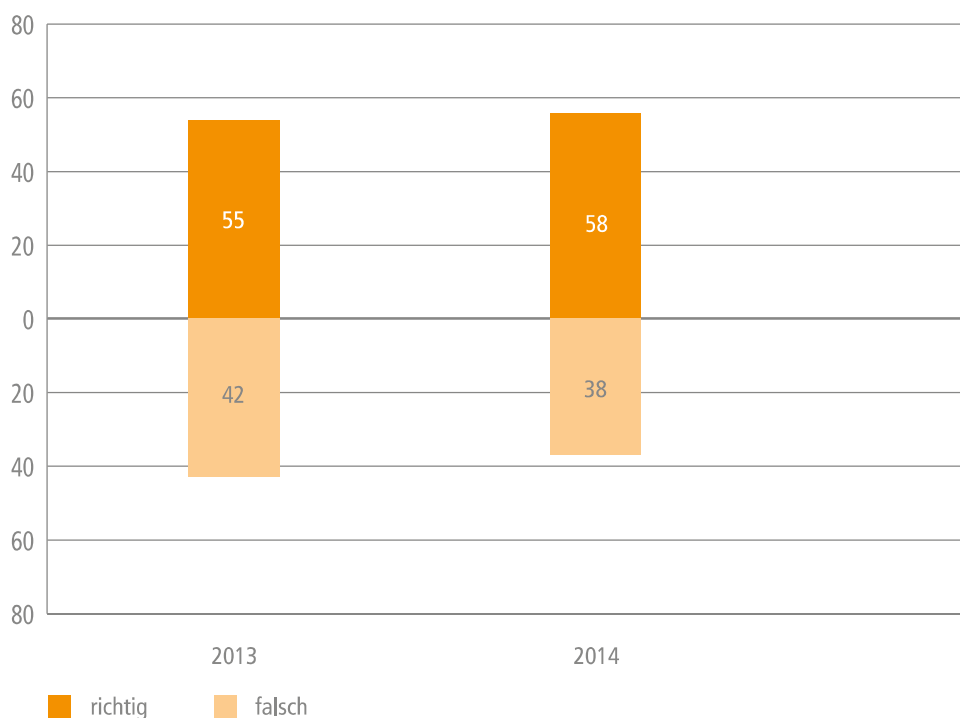
Die Befragung von 2014 bekräftigt die Ergebnisse von 2013: Eine klare und leicht gestiegene Mehrheit von 58 Prozent der Befragten (gegenüber 55 % 2013) hält es für richtig, dass beinahe 70 Jahre nach Kriegsende nicht mehr so viel über die Judenverfolgung geredet, sondern endlich ein Schlussstrich unter die Vergangenheit gezogen werden sollte.

Vor allem das Bildungsniveau hat einen starken Einfluss auf die Einstellungen zur Forderung nach einem Schlussstrich: Mit höherem Bildungsabschluss nimmt die Zustimmung zu einem Schlussstrich unter die deutsche Geschichte deutlich ab. Bei Befragten mit Abitur oder Universitätsabschluss lehnte gar eine Mehrheit von 55 Prozent einen Schluss-

strich ab. Befragte mit niedriger Bildung (Volks- oder Hauptschule) befürworteten hingegen mit überdurchschnittlichen 71 Prozent einen Schlussstrich. Besonders hoch ist die Zustimmungsrate auch unter Schülerinnen und Schülern mit 75 Prozent. Dies weist einerseits auf die Notwendigkeit von Bildungsprojekten hin, zum anderen gilt es allerdings auch, die Vermittlung von Geschichte und Erinnerung angesichts der zunehmenden Distanz der jüngeren Generationen kritisch zu befragen und zu evaluieren.

Die Studie von 2007 hat in dieser Frage einen Abstand von 10 Prozentpunkten zwischen West und Ost festgestellt (60 % Zustimmung West gegenüber 50 % Ost). Diese Werte haben sich 2014 mit 60 zu 56 Prozent angenähert.

Abbildung 4: Schlussstrich unter die Vergangenheit ziehen (Angaben in %)



Antworten auf die Frage: „Heute, beinahe 70 Jahre nach Kriegsende, sollten wir nicht mehr so viel über die Judenverfolgung reden, sondern endlich einen Schlussstrich unter die Vergangenheit ziehen. Halten Sie diese Aussage für richtig oder falsch?“ an 100 % fehlend: „unentschieden“, „weiß nicht, keine Angabe“.

Quelle: TNS Emnid 2013, 2014

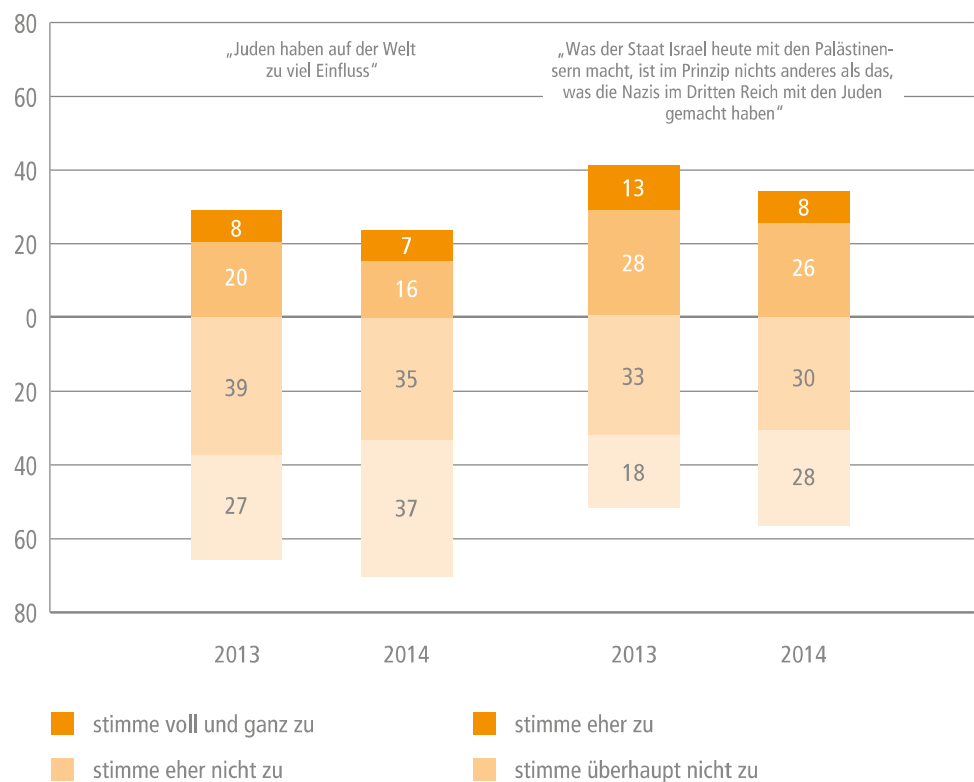
| BertelsmannStiftung

Antisemitismus in Deutschland

Die Aussage „Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss“ ist ein klassischer Indikator für traditionellen Antisemitismus: Im Vergleich zur Umfrage 2013 sind die Zustimmungswerte 2014 leicht von 28 auf 23 Prozent gesunken, nahezu drei Viertel der Befragten lehnen diese Aussage ab. Der traditionelle Antisemitismus (dies zeigen auch andere Studien) scheint relativ konsistent, stabil und änderungsresistent zu sein, wobei die-

ser nicht ständig geäußert werden muss, sich in politischen Krisen aber aktivieren lässt. Auch die Ergebnisse 2014 legen nahe, dass der traditionelle Antisemitismus insbesondere unter älteren Befragten verbreitet ist. Bei den Befragten im Alter 60+ stimmten 33 Prozent der Aussage zu, bei den unter 29-Jährigen waren es nur 7 Prozent. Zudem ist auch bei dieser Frage ein Einfluss des Bildungsniveaus zu erkennen. Mit steigendem Bildungsgrad sinkt die Zustimmung.

Abbildung 5: Antisemitismus in Deutschland (Angaben in %)



Zustimmung zu den Aussagen: „Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss.“; „Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben.“; an 100% fehlend: „weiß nicht, keine Angabe“.

Quelle: TNS Emnid 2013, 2014

BertelsmannStiftung

Etwas anders stellen sich die Ergebnisse für die NS-vergleichende Israelkritik dar. Die Aussage „Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben“ ist Indikator für israelbezogenen Antisemitismus. Die Zustimmungsrate ist, auf hohem Niveau, gesunken von 41 Prozent der Befragten auf 34 Prozent. Die Werte nähern sich wieder den Daten der Umfrage aus dem Jahr 2007 an. Im Unterschied zum traditionellen Antisemitismus liegen die Zustimmungswerte der jüngsten Befragten bis 29 Jahre

überdurchschnittlich hoch bei 40 Prozent. Die Zustimmungswerte sinken wiederum mit steigendem Bildungsgrad. Hier gilt es ebenfalls zu beachten, dass die Zustimmung nicht notwendigerweise mit einer andauernden Äußerung einhergeht, dass ein israelbezogener Antisemitismus aber durch politische Ereignisse im Nahen Osten aktiviert werden kann. Trotz der leicht gesunkenen Werte kann es dennoch zu einer deutlichen Zunahme antisemitischer Äußerungen im Rahmen des Gaza-Konflikts gekommen sein.

Literaturverzeichnis

A

Arian, Asher, Shlomit Barnea und Pazit Ben-Nun. *The 2004 Israeli Democracy Index. Auditing Israeli Democracy. Attitudes of Youth*. Jerusalem: The Israeli Democracy Institute 2004.

D

Decker, Oliver, Johannes Kiess und Elmar Brähler. *Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*. Leipzig: Universität Leipzig 2014.

I

Israeli Democracy Index Surveys, 2003–2012. <http://en.idi.org.il/tools-and-data/guttman-center-for-surveys/the-israeli-democracy-index/> (Download 18.11.2014).

H

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.). *Deutsche Zustände 9*. Berlin 2010.

Hexel, Ralf, und Roby Nathanson. *All of the Above: Identity Paradoxes of Young People in Israel*. Herzliya: Friedrich Ebert Stiftung and Macro Center for Political Economics 2010.

N

Nathanson, Roby, und Hagar Tzameret. „Israelis and Germans: Ambivalence of the Normality“. Friedrich Ebert Stiftung 2000. <http://www.macro.org.il/lib/2235384.pdf> (Download 27.11.2014).

P

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. „Koalitionsvertrag: Deutschlands Zukunft gestalten“. Berlin 2013.

www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2013/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf;jsessionid=0F745E3B218AEA168570CAAB5B55F2AC.s2t2?__blob=publicationFile&v=2 (Download 6.10.2014).

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. „Speech by Federal Chancellor Angela Merkel to the Knesset in Jerusalem“. 2008. https://www.knesset.gov.il/description/eng/doc/speech_merkel_2008_eng.pdf (Download 6.10.2014).

Pollack, Detlef, Nils Friedrichs, Olaf Müller, Gergeley Rosta und Alexander Yendell. *Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt. Eine Bevölkerungsumfrage in fünf europäischen Ländern*. Münster 2010.

Die Autoren

Dr. Steffen Hagemann

Seit 2010 promovierter wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachbereich Sozialwissenschaften, Fachgebiet Politikwissenschaft an der TU Kaiserslautern. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Politik und Religion, Autoritarismus und Demokratie, Emotionsforschung und Außenpolitik. Regionale Schwerpunkte sind Israel und die USA.

Dr. Roby Nathanson

Ist Doktor der Wirtschaftswissenschaften, Universität Köln, sowie Gründer und Vorsitzender, Israeli Institute for Economic and Social Research. Gegenwärtig ist er Generaldirektor des Macro Center for Political Economics in Israel. Im Rahmen seiner Lehrtätigkeiten unterrichtete Dr. Nathanson an der Eitan Berglas School of Economics, der Tel-Aviv University und dem Department of Business Administration, Hebrew University of Jerusalem. Zurzeit lehrt er am Department of Economics, the Academic College of Tel-Aviv-Yaffo.

Prof. Dr. Dan Diner

Ist Professor für Moderne Geschichte an der Hebräischen Universität, Jerusalem sowie Ordentliches Mitglied der philologisch-historischen Klasse der Sächsischen Akademie der Wissenschaften, Leipzig. In Jerusalem führt er gegenwärtig ein ERC-Projekt zur Gedächtnisgeschichte des Zweiten Weltkrieges durch. In Leipzig leitet er das Adademie-Projekt Enzyklopädie jüdischer Kulturen. Von 1999 – 2014 war er Direktor des Simon-Dubnow-Instituts für jüdische Geschichte und Kultur an der Universität Leipzig. Im Laufe seiner Lehr- und Forschungstätigkeit nahm er internationale Gastprofessuren wahr und hielt sich zu längeren Forschungsaufenthalten u. a. in Wien, Princeton, Oxford, Stanford und Uppsala auf.

Impressum

© 2015 Bertelsmann Stiftung

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich

Stephan Vopel

Mitarbeit

Anna Held, Sabine Poplat, Lisa Breford

Lektorat

Gesine Bonnet, Wiesbaden

Übersetzung

Dr. phil. Eva-Raphaela Jaksch, St. Konrad, Österreich

Gestaltung

Visio Kommunikation GmbH, Bielefeld

Bildnachweis

Titelbild © vm/iStockphoto.com

Seite 4 © Arne Weyhardt

Seite 11 © marexx/iStockphoto.com

Seite 21 © Mark Horn/Gallerystock/laif

Seite 31 © Kay Nietfeld/picture alliance/dpa

Seite 41 © Bernd Oertwig/Schroewig/picture alliance

Druck

druck.haus rihn GmbH, Blomberg



Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon: + 49 5241 81-0
Fax: + 49 5241 81-81999

Kontakt

Stephan Vopel
Director
Programm Lebendige Werte
Telefon: +49 5241 81-81397
Fax: +49 5241 816-81131
E-Mail: stephan.vopel@bertelsmann-stiftung.de